PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) — Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier — Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 — Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 — Auflage: 40 000 — Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 — Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 — Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 — Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 16.12.1975, fertiggestellt.

18. Dezember 1975 Jg. 3 Nr. 50 50 Pfennig

Die CDU / CSU stimmte zu

Im reaktionären Grundprinzip der Mitbestimmung einig

Zwei Tage nach Bekanntmachung des "Mitbestimmungskompromisses" der Regierungskoalition hat sich die CDU/CSU-Fraktion dem Mitbestimmungsentwurf der SPD/FDP prinzipiell angeschlossen. Mit unverhohlenem breiten Grinsen traten Strauß, Katzer und Kohl vor Presse und Fernsehen und erklärten, daß sie diesem Entwurf zustimmten, "nachdem die sozialliberale Koalition ihren alten Entwurf aufgegeben und grundsätzliche Vorstellungen der Unionsparteien übernommen" habe.

In der Tat entspricht der "Mitbestimmungskompromiß" in allen wesentlichen Punkten mehr den Grundsätzen, die die CDU auf ihrem Hamburger Parteitag 1973 beschlossen hatte, als der Forderung der SPD und der DGB-Führung nach "paritätischer Mitbestimmung".

Doppeltes Stimmrecht für den Aufsichtsratsvorsitzenden; Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden durch die Aktionärsversammlung, wenn keine Zweidrittelmehrheit bei der Wahl im Aufsichtsrat zustandekommt; "Minderheitenschutz für leitende Angestellte" durch die Vorschrift, daß ein leitender Angestellter auf die "Arbeitnehmerbank" gewählt werden muß – all das sind vom Hamburger CDU-Parteitag aufgestellte Grundsätze.

Diesen jüngsten lumpigen Abgesang der SPD/FDP-Reformpolitik können die Lumpen von der anderen Bank, der CDU/CSU-Opposition, mit Vergnügen mitsingen. Eine Zeitung schrieb, daß die Katzer-Leute nun zufrieden sein könnten, daß sie in den Betrieben nun nicht mehr dem Vorwurf ausgesetzt werden könnten, allein im Unternehmerwohl zu handeln. In der Tat, daß sie dabei nicht allein stehen, wird nun auch den letzten klar, die noch an die SPD-Reformpolitik geglaubt hatten.

Der DGB-Vorsitzende Vetter erklärte, daß der Mitbestimmungsentwurf nicht den DGB-Vorschlägen entspreche, man aber jetzt "alles daran setzen" würde, "dessen Möglichkeiten voll auszuschöpfen". Es sind immerhin eine ganze Menge Aufsichtsratsposten neu hinzugekommen, die "voll ausgeschöpft" werden müssen. Dazugehören zur kapitalistischen Unternehmensleitung, die Interessen der Arbeiter denen der Geschäftsleitung unterzuordnen, das ist das Prinzip der Mitbestimmung, das im Regierungsentwurf klar zutage tritt. Das betrügerische Gewand von der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit, mit dem dies Prinzip vor der Arbeiterklasse vertreten wird, ist schnell ausgezogen, wenn es gilt, die Aufsichtsratssessel zu besetzen. Doch dies Gewand wird weiterhin immer wieder aus der Mottenkiste hervorgeholt werden, wenn die Arbeitnehmervertreter vor den Kollegen die Entscheidungen der Unternehmensleitung vertreten – mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß leider es nicht anders ginge, weil noch nicht die "echte Mitbestimmung" erreicht sei.

Die "echte, die paritätische Mitbestimmung", unter dieser Fahne treten jetzt natürlich auch die Reformisten und Revisionisten, die Jusos und die DKP, gegen den Mitbestimmungskompromiß auf. Die Beschwörung der "echten Mitbestimmung" wird auch die Notlüge derjenigen Funktionäre der SPD und der Gewerkschaften sein, die seit Jahren mit Mitbestimmungsparolen die Mitglieder der SPD bei der Stange zu halten und die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft vom Kampf für die Klasseninteressen abzuhalten suchen. Wie elendiglich stehen sie jetzt da vor den Kollegen nach diesem Klippschulmanöver, mit dem die SPD ihr letztes Reformversprechen vom Tisch bekommen hat und an das die CDU/CSU sich grinsend angeschlossen hat.

Forts. Seite 2



In zahlreichen Städten führte der KBW Aufklärungsaktionen und Kundgebungen durch gegen den § 130 a (88 a). Auf dem Bild Westberlin, wo die Polizei wie andernorts auch die Aufklärung über die Pläne von Bundestag und Regierung massiv zu behindern suchte.

Aktionen gegen Paragraph 130 a (88 a)

Die politische Reaktion zurückschlagen

Mit großem Eifer arbeiten Parlament, Regierung und Bundesrat an einer Reihe von reaktionären Gesetzeswerken, die sie noch in dieser Periode unter Dach und Fach bringen wollen. Der 218 ist noch nicht neuformuliert, der "Todesschuß" für Polizeibeamte muß noch freigegeben werden, der "Radikalenerlaß" muß in Gesetzesform gegossen werden und die geplanten Maulkorbgesetze, Ausdehnung der Grundsätze des KPD-Verbots auf jede Befürwortung der Volksgewalt im Kampf gegen die Ausbeuterordnung und politische Unterdrückung, steckt nach der ersten Lesung noch in den Ausschüssen. Das hohe Haus hat noch einiges zu leisten, bevor es durch die Bourgeoisie entlassen wird, um sich in den Bundestagswahlen für weitere vier Jahre Reaktion ein Mandat zu ergaunern.

Trübe Aussichten treiben Regierung und Parlament zur Eile an: Kaum hatten sie lauthals eine "Tendenzwende" beschworen und gehofft, ihre Machenschaften ungestörter treiben zu können, da müssen sie erkennen: Ein Neuaufschwung der demokratischen und revolutionären Massenbewegung steht ihnen ins Haus. Unübersehbar sind die Streiks und Demonstrationen gegen die Reaktion an Schulen und Hochschulen. Drei Tage lang Tausende von Darmstädter Schülern im Streik und auf der Straße im Kampf für die Rechte ihrer Vertretungsorgane. Für Hessen ist das der Anfang; in Niedersachsen geht nach den Schulstreiks im Oktober die Auseinandersetzung weiter. Das sieht nicht gut aus, wenn man's als Parlamentarier oder Regierungsmensch betrachtet.

Und die Universitäten! Wie glaubte man sie im Griff zu haben. Nichts damit. Die Streiks und Demonstrationen der Studenten während der bundesweiten Aktionstage bewiesen das Gegenteil. Besonders beunruhigend jedoch für die Kettenhunde der Bourgeoisie ist: Anders als noch 1966/67 meldet sich bereits jetzt die Arbeiterklasse unüberhörbar zu Wort. Hat nicht die Arbeiterjugend das ganze Jahr über in gewerkschaftlichen Demonstrationen wie in Aktionen in Schule und Betrieb ihre Stimme erhoben? Für Parlamentarierohren klingt das nicht gut. Und die hartnäckigen Streiks, die in der ganzen Arbeiterklasse großen Widerhall fanden? Müssen sie die Herren Parlamentarier nicht zutiefst beunruhigen?

Heimliche Vorbereitungen der Reaktion enthüllt

In dieser Lage ist der Plan der Regierung, der Plan von Parlament und Bundesrat ruchbar geworden, mit einem § 130 a den Volksmassen gegenüber dem Staat nicht nur das Recht auf Volksgewalt abzusprechen. Das hat die Bourgeoisie schon mit der Verfassung getan. Den Volksmassen soll ausdrücklich das Recht genommen werden, Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber dem bürgerlichen Staat auch nur zu erörtern. Lange haben die Parlamentarier diesen Plan in ihren Ausschüssen gewälzt und nichts herausgelassen. Sie haben gewußt warum. Als der KBW am vergangenen Samstag im ganzen Bundesgebiet und in Westberlin eine Plakataktion durchgeführt hat, die diesen Plan enthüllte, waren viele überrascht von den Plänen der Regierung. Erstaunlich fanden sie diese Pläne allerdings weniger; empört und beunruhigt waren die Massen über diese Pläne. Unsere Enthüllungen stießen auf großes Interesse.

Dem Interesse der Massen entsprach die Wut des Staatsapparates, mit der er diese Enthüllungen unterdrücken wollte. So kam es oft zu Zusammenstößen. Meist mußte die Polizei abziehen und brachte nichts zustande. Die Glaubhaftigkeit unserer Plakataktion und ihre Wirkung hat jedenfalls nirgendwo unter den Angriffen der Polizei gelitten. Wer soll nicht erkennen, daß sich die Pläne der Regierung gegen die Volksmassen richten, wenn sie jede Debatte auf der Straße, jede Enthüllung ihrer Absichten bereits mit Polizeigewalt zu unterdrücken versucht? Das zeigt System, aber auch schon Züge von Panik und Hysterie.

Die Plakataktionen, die Kundgebungen enthüllten die Pläne von Regierung und Parlament und propagierten die Losungen und Forderungen:

Schließen wir uns gegen die Reaktion zusammen!

Kämpfen wir gemeinsam für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!

Schlagen wir die Angriffe auf die Meinungs-, Presse- und Organisationsfreiheit zurück!

Weg mit dem KPD-Verbot! Weg mit dem Radikalenerlaß!

Weg mit den geplanten Maulkorbgesetzen!

Sie haben gezeigt, daß der eingeschlagene Weg im Kampf gegen die Reaktion eine breite Aktionseinheit der Massen ermöglichen wird. Der Zusammenstoß zwischen der Reaktion und dem Neuaufschwung der demokratischen und revolutionären Bewegung ist unvermeidlich. An den verschiedensten Punkten hat er bereits begonnen. Es geht darum, den Kampf planmäßig zu führen, um der Reaktion empfindliche Niederlagen zu bereiten. – (js)

Angola: US-Imperialisten erwägen Pferdewechsel

In den USA wird gegenwärtig die Politik der US-Regierung gegenüber Angola kritisiert. Die bisherige Politik, die Befreiungsorganisationen aufeinander zu hetzen, FNLA und UNITA zu unterstützen sowie die dafür aufgebrachten Mittel werden kritisiert. Nicht wegen der Einmischung der Supermacht, sondern wegen Erfolglosigkeit. Verschiedenen Kongreßabgeordneten, bekannten bezahlten Agenten der verschiedenen US-Monopole, ist das Verhältnis von ausgegebenem Geld und Erfolg zu ungünstig.

Erfolg, das heißt, wie kann die andere Supermacht ausgeschaltet und Angola in erneute Abhängigkeit gebracht werden. Nach Enthüllungen der US-Presse hat der CIA dafür bereits 25 Millionen Dollar ausgeschüttet und will weitere 25 Millionen ausschütten. Die Kongreßabgeordneten erklären, die Regierung setze aufs falsche Pferd. Die FNLA werde den Bürgerkrieg nicht gewinnen, das eingezahlte Geld werde sich nicht auszahlen. Der amerikanische UNO-Delegierte Moynihan hat die Aggression des südafrikanischen Rassistenregimes gegen Angola öffentlich unterstützt. Kein Wunder. Sind doch die USA der Anstifter und Hintermann dieser Aggression. Die Abgeordneten erklären, durch die Unterstützung Südafrikas isolierten sich die USA in Afrika vollends. Unvermeidliche Folge sei, daß sich Nigeria mit den USA anlege. Nigeria aber ist nach Venezuela der zweitgrößte Öllieferant der USA. Kissinger, Friedensnobelpreisträger, hatte bereits das Mittel der direkten Intervention und Aggression zur Sprache gebracht. Da wird gleich an Vietnam erinnert. Die Völker Indochinas haben dem US-Imperialismus eine schmerzliche Lektion erteilt.

Für die Kritiker handelt es sich darum, das alte Ziel, Angola erneut in Abhängigkeit zu bringen, entsprechend den aktuellen Verhältnissen mit neuen und anderen Mitteln zu verfolgen. Das Geld erfolgversprechender anzulegen. Der Vorschlag Senator Clarks ist, der anderen Supermacht, die auf die MPLA setzt und sie zu beeinflussen sucht, diesen Einfluß streitig zu machen: "Die bisherige Geschichte der sowjetischen Interventionen in Afrika ist ein fast völliges Versagen. Siegt die Volksbewegung (MPLA) in Angola, können die Sowjets froh sein, wenn sie ihren Einfluß ein oder zwei Jahre behalten."

Die US-Monopole und Großbanken, schon unter der portugiesischen Kolonialherrschaft ins Land eingedrungen, sind diesen Überlegungen bereits einen Schritt voraus. Die Gulf Oil, hinter der die Chase National Bank und die National City Bank stehen, beutet schon lange die Erdölvorkommen Cabindas aus. Zunächst hatte sie durch einen Putsch versucht, Cabinda von Angola loszutrennen. Dazu hatte sie sich eine Truppe geschaffen, die als Befreiungsorganisation auftrat. Der Putsch ist gescheitert. Alle Befreiungsorganisationen Angolas hatten diesen Anschlag verurteilt. Daraufhin hat sie flugs ihre Taktik geändert: "Die Washington Post berichtete, daß die amerikanische Erdölgesellschaft Gulf Oil der MPLA ungefähr das Zehnfache von dem an Militärhilfe überweise, was die USA den Konkurrenzbewegungen der MPLA, FNLA und UNITA zukommen ließen. Die Gulf Oil soll der MPLA mindestens 500 Millionen Dollar gegeben haben."

Die Supermächte sind beide Feinde der Unabhängigkeit Angolas. Beide bedienen sich derselben Mittel: Ausnutzung der Spaltung der angolanischen Befreiungsbewegung, Schüren des Bürgerkriegs, Einmischung in die Angelegenheiten des angolanischen Volkes. Sie haben Angola in einen Tummelplatz ihrer imperialistischen Rivalität verwandelt und durch die massiven Waffenlieferungen in ein Schlachtfeld ihres Kampfes um Weltherrschaft. Die Sowjetunion hat ihre Einmischung durch Waffenlieferungen öffentlich eingestanden und als "brüderliche Hilfe" bezeichnet. Unter dieser Bezeichnung hat sie 1968 die CSSR überfallen, hat sie lange Zeit eng und freundschaftlich die Lon-Nol-Clique gegen das kambodschanische Volk unterstützt. Der Entschlossenheit der beiden Supermächte, ihre imperialistischen Interessen auf Kosten der Völker durchzusetzen und dies durch hehre Worte zu verkleiden, entspricht die Bereitschaft, alle und jedes Mittel anzuwenden. Die gegenwärtige "Opposition" im US-Kongreß verlangt von der US-Regierung einen Pferdewechsel als aussichtsreicheres Mittel, Angola in eine Neokolonie zu verwandeln.

Forts. ... Mitbestimmung

Was sich in diesem Manöver der bürgerlichen Parteien wieder klar herausgebildet hat, ist die "reaktionäre Mitte", die Einigung auf dem reaktionären gemeinsamen Nenner der bürgerlichen Parteien.

Auf den Mitbestimmungskompromiß haben sich die Fraktionen der bürgerlichen Parteien um so lieber geeinigt, als die Mitbestimmungsfrage Quelle von Reibereien und Gegensätzen sowohl innerhalb der SPD als auch der CDU/CSU gewesen ist. In der Krise, wo die bürgerlichen Parteien offen und rücksichtslos die Interessen der Bourgeoisie gegen die Volksmassen durchsetzen müssen – die SPD/FDP in der Regierung mit der Peitsche gegen das Volk und die CDU/CSU mit der Peitsche dahinter, die Regierung antreibend –, wachsen die Gegensätze zwischen den Flügeln innerhalb der bürgerlichen Parteien. Genährt werden diese Gegensätze aus der berechtigten Furcht vor dem völligen Verlust des Vertrauens der Volksmassen, sowohl um sich in den Regierungssesseln zu halten als andererseits bei der Jagd sie zu erobern. Mit der Einigung auf die "reaktionäre Mitte" in der Mitbestimmungsfrage haben die bürgerlichen Parteien für den Wahlkampf jede für sich Gefahren der "inneren Zerrissenheit" gekittet. Vertrauen bei den Volksmassen haben sie damit nicht erworben. – (bb)



Portugal: Die Reaktion säubert die Armee

Die nach dem 25. November begonnenen Verhaftungen in Portugal gehen weiter. Unter dem Vorwand der Waffensuche dringen Polizei- und Armeeeinheiten in Fabriken ein und nehmen gewählte Arbeiterführer fest, sie durchsuchen landwirtschaftliche Kooperativen und Wohnungen bekannter Revolutionäre. Und in Alcacer do Sul wurde sogar die evangelische Kirche durchsucht und der Pfarrer abgeführt. In der Armee sind sämtliche gewählten Organe der Soldaten und auch die gesetzlich vorgesehenen aufgelöst und verboten. In allen Einheiten sind zahlreiche fortschrittliche Soldaten aus der Armee ausgeschlossen worden oder in Haft. Mehr als 30 000 Soldaten sind vorläufig in andere Einheiten versetzt worden.

Melo Antunes sagte in einer Pressekonferenz in der vorigen Woche: Die Demokratisierung der Streitkräfte sei gescheitert und lastete dies den Soldaten selber an. Derweilen werden die faschistische Sicherheitspolizei und die Nationalgarde, die sich noch vor einem Monat nicht auf die Straße trauten, massiv aufgerüstet. Die Bourgeoisie nimmt ihr militärisches Unterdrückungsinstrument wieder fest in die Hand.

Das neue Armeegesetz

Am 11. Dezember hat der Revolutionsrat ein neues Gesetz erlassen, das Grundlage für die Neustrukturierung der Armee ist. Die bürgerliche Zeitung "Expresso" feiert dieses Gesetz als "historisches Dokument". Noch während des Ausnahmezustandes hatte Ministerpräsident Azevedo gesagt: "Das ist mein Pakt, den ich dem Volk vorschlage. Die Regierung regiert, die Arbeiter arbeiten, die Militärs halten Wache und die Revolution schreitet voran." Auf dieser Linie liegt das neue Armeegesetz.

Noch dauern die Verhandlungen zwischen PPD (Volksdemokraten), PS (Sozialisten) und PCP (Revisionisten) über die zukünftige Regierung an. Noch ist auch die Neuformulierung des politischen Paktes zwischen MFA und den politischen Parteien nicht beschlossen, aber, so meint das Hauptblatt der Bourgeoisie, der "Expresso", diese beiden Punkte sind nicht "das Zentrum des politischen Lebens in Portugal". Das Zentrum sei die Rolle, die die Streitkräfte gegenüber der Politik allgemein einnehmen. Während nach dem 11. März 1975 die sogenannten gonçalvistischen Offiziere die bürgerlichen Streitkräfte zur "Avantgarde in der sozialistischen Revolution" erklärt hatten und später die enge Verbindung der demokratischen Organe der Soldaten mit den demokratischen Organen des Volkes durch das Copcon-Dokument gefordert wurde, setzt heute die bürgerliche Führung im Revolutionsrat die vollkommene Trennung der Armee vom Volk wieder durch.

Das neue Armeegesetz sieht vor: daß neben den Polizei- und Armeekräften keine andere bewaffnete Organisation bestehen darf. Daß die Streitkräfte "die historische Aufgabe haben, die Bedingungen zu garantieren, einen friedlichen und pluralistischen Übergang der portugiesischen Gesellschaft zu Demokratie und zum Sozialismus zu erlauben", daß die Mitglieder des Berufsheeres in den Gesamtstreitkräften "Funktionen der größten Verantwortlichkeit wahrnehmen", daß "die Streitkräfte die letzte Autoritätsstütze der politischen Macht darstellen", daß "die Streitkräfte streng unparteiisch sind und es nicht zulassen, daß in ihnen politische sektiererische Aktivitäten mit parteilichen Zielen verfolgt werden", daß die Mitglieder der Armee den Zielen der Mehrheit des Volkes, so wie sie in der Verfassung festgelegt sind, nachkommen müssen, daß die Offiziere darüber zu wachen haben, daß die Mannschaften nicht von Parteiinteressen manipuliert werden und daß der Zusammenhalt der Armee nicht gefährdet wird, daß die Disziplin in der Armee besteht, die Disziplin die darin zu bestehen habe, Befehle auszuführen und daß solche Befehle immer von oben kommen. Befehle werden ausgeführt und dann wird erst diskutiert.

Die bürgerliche Reaktion braucht eine solche Armee, denn ihre Ziele treten immer offener hervor. Nicht nur soll weiter das ausländische Kapital vor dem Zugriff des Volkes geschützt werden: Auch die Anfänge der Agrarreform werden angegriffen. Unter dem Einfluß der Großgrundbesitzer werden Bauernkundgebungen organisiert gegen weitere Landbesetzungen und um die schon erfolgten rückgängig zu machen.

Wiederherstellung der alten Ordnung

Ein jetzt aus seiner Einheit hinausgeworfenes Mitglied einer Soldatenkommission sagte in einem Interview mit der UDP-Zeitung "Voz do Povo" neulich: "Als Azevedo im Fernsehen sagte, daß wir vor der Erfüllung eines Befehls zuerst eine Plenarversammlung abhielten, da hat er etwas Wahres gesagt, die Plenarversammlungen wurden gemacht, um zu prüfen, ob die Befehle gegen die Interessen unserer Klasse und des Volkes verstoßen oder nicht." Und zu der von der Bourgeoisie geforderten neuen Heeresordnung meinte er, man wolle jetzt die alte Ordnung und Disziplin wieder einführen, "bei der man so tut, als seien die Interessen der Soldaten gleich denen des Generals, wobei aber der Soldat 24,80 DM bekommt, dauernd geduckt wird, während der General 2 000 oder mehr hat und mit den Soldaten macht, was er will."

Alle bürgerlichen Parteien sind mit dem neuen Armeegesetz zufrieden. Selbst die PCP hat daran nichts auszusetzen, zumal für sie in der jüngsten Erklärung das Ziel des Kampfes der Soldaten in den letzten Monaten nicht die Demokratie war, sondern "der Kampf um Positionen im militärischen Apparat wurde zur Triebkraft der hauptsächlichen Konflikte in der MFA und in den Streitkräften und der Ungehorsamkeiten und der Aufstände im Monat November. Sicherlich gab es tiefgehende politische Differenzen zwischen den Bereichen, die sich in der Auseinandersetzung befanden, aber diese Differenzen hätten überwunden werden können durch die Ausarbeitung einer gemeinsamen Plattform ..."

So sieht die PCP heute die Auseinandersetzung im bürgerlichen Heer der letzten Monate. Es kämpften da zwei Lager, die sich eigentlich hätten einig sein sollen und können.

Das Problem der Soldaten glaubt die Bourgeoisie jetzt vorläufig im Griff zu haben. Debattiert wird zur Zeit darüber, welche Stellung die Offiziere der MFA und des Revolutionsrates insgesamt haben sollen. Während die PCP die MFA nach wie vor und auch durch ihre heutige reaktionäre Zusammensetzung als eine "Haupttriebkraft der portugiesischen Revolution" verteidigt, wollen die rechten Parteien CDS und PPD und auch die PS möglichst noch mit diesem Rest von 25. April 1974 aufräumen. Diese Woche wird aller Voraussicht nach über die Neuauflage des Paktes zwischen MFA und den politischen Parteien entscheiden. – (kkw)

Rektoratsprozess in Heidelberg

Noch in dieser Woche wird das Urteil im sogenannten Heidelberger Rektoratsprozeß gesprochen. Angeklagt sind Rolf Lebert, Ralf Fücks und Dietrich Hildebrandt, der gegenwärtig im Gefängnis von Heilbronn aufgrund des Urteils im McNamara/Cabora-Bassa-Prozeß sitzt. Ihnen wird vorgeworfen, im Wintersemester 1972/73 an einer vom Rektor der Universität verbotenen Veranstaltung teilgenommen zu haben und führend an einer kurzfristigen Besetzung des Rektorats beteiligt gewesen zu sein.

Sie sind angeklagt wegen Hausfriedensbruch, Freiheitsberaubung und Nötigung. In der ersten Instanz wurden sie bereits zu sechs, fünf und drei Monaten ohne Bewährung verurteilt. Der Prozeß findet nun im fünften Anlauf statt, und die Heidelberger Justiz steht erneut vor der Schwierigkeit, eine politische Auseinandersetzung auf Kriminaltatbestände herunterzubringen und sie so aburteilungsfähig zu machen.

Die Rektoratsbesetzung im Winter 1972/73

In Wintersemester 1972/73 fanden heftige Kämpfe an der Universität Heidelberg statt. Das Rektorat des reaktionären "Bund Freiheit der Wissenschaft", das ein sozialdemokratisches Reformrektorat abgelöst hatte, versuchte der Studentenbewegung das Wasser abzugraben durch eine Reihe von Hörsaalverboten, Hausverboten und Strafmaßnahmen. Als die Studenten einen Fall offenkundiger Ämterpatronage an der Universität diskutieren wollten, verbot der Rektor die Veranstaltung. Die Studenten setzten sich über das Verbot hinweg und besetzten aus Protest über die Beschneidung ihrer Rechte zwei Tage später das Rektorat, um dem Rektor unmißverständlich klar zu machen, daß sie die Strangulierung ihrer Bewegungsfreiheit nicht hinnehmen würden. Dieser einfache Vorgang, daß Studenten sich das Recht auf Versammlung ohne Rücksicht auf die Pläne des Rektors nehmen, auf die sie ihn in seinen Räumlichkeiten aufsuchten, um ihn zur Rede zu stellen, geriet in die Mühlen der Justiz, die schier daran zu ersticken drohte. Drei bekannte Studenten, heute Mitglieder des KBW, wurden herausgegriffen und sollten exemplarisch für viele Hundert andere abgeurteilt werden. Gewöhnlich hat man die Tat und sucht die Täter. Hier war es umgekehrt: Man hatte dieTäter und war nun gezwungen, das Verbrechen zu erfinden.

Die Mühlen der Justiz

Eine Woche nach dem Ereignis am 15. Februar 1973 wurden Hildebrandt, Lebert und Fücks vor dem Heidelberger Amtsgerichtin einem sogenannten Schnellverfahren abgeurteilt. Der Prozeß dauerte einen Tag. Wegen vielfacher Verfahrensmängel mußte er neu aufgenommen werden. Das zweite Mal dauerte er von Januar 1974 bis Mai 1974 und mußte ohne Urteil wegen Verhandlungsunfähigkeit des Richters abgebrochen werden.

In einem weiteren Anlauf im Januar 1975 brachte die Justiz ein erneutes Urteil zustande. In diesem Verfahren wurden die Verteidiger ausgeschlossen und die Angeklagten auf alle erdenkliche Weise in ihren Verteidigungsmöglichkeiten eingeengt. Das Urteil lautete erneut auf sechs, fünf und drei Monate ohne Bewährung.

Das jetzige Berufungsverfahren begann wie die anderen Verfahren vor der eindrucksvollen Kulisse von mehreren Hundertschaften Polizei. Die Öffentlichkeit hatte sich einer Reihe kleinlicher Schikanen zu unterwerfen. Jeder Prozeßbesucher mußte am Eingang seinen Ausweis abgeben. Gleich zu Beginn der Verhandlung wurde ein Zuhörer wegen angeblichen Lachens zu einer sofort vollstreckten Ordnungsstrafe von drei Tagen Haft verurteilt. Die geringste Regung im Publikum veranlaßte den Richter zu scharfen Reaktionen. Auf diese Weise versuchte er der Verhandlung eine Kasernenhofatmosphäre aufzuzwingen, die die Prozeßbeteiligten einschüchtern und die Angeklagten weichmachen sollte. Dies ist dem Gericht nicht gelungen.

In ihren Äußerungen zur Sache machten die Angeklagten unmißverständlich klar, daß sie keinen Zoll breit von ihren politischen Auffassungen abrücken würden und sich auch durch die terroristische Handhabung der Strafprozeßordnung nicht beeindrucken lassen würden. Sie bestanden auf der Berechtigung ihres Handelns und stellten die dumpfen und korrupten Zustände an der Universität an den Pranger.

Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus

In der Beweisaufnahme bot sich das aus den vergangenen Prozessen sattsam bekannte Spektakel. Als Zeugen waren die gesamte Universitätsspitze einschließlich einiger subalterner Beamter vorgeladen. Diese Zeugen konnten sich an alles Mögliche erinnern, bloß wie es tatsächlich zugegangen war, hatten sie vergessen. So wußten sie zu berichten, daß es gewaltsam zugegangen war, worin die Gewalt konkret bestanden hatte, wußten sie nicht. Sie wußten, daß sie sich bedroht gefühlt hatten, worin die Bedrohung bestanden hatte, wußten sie nicht. Sie konnten sich erinnern, daß die Angeklagten als Exponenten aufgetreten waren, wie das jedoch im einzelnen aussah, wußten sie nicht.

Systematisch schirmte der vorsitzende Richter die Herren Professoren vor peinlichen Fragen ab und ersparte so, daß diese charakterlosen Universitätsschriftsteller nichts über die politischen Hintergründe des Verfahrens sagen mußten. Heraus kam schließlich die platte Erkenntnis: Das Rektorat ist besetzt worden, weil es besetzt worden ist. Als ob die Studenten nichts besseres zu tun hätten, als so eben mal das Rektorat heimzusuchen, als ob diese Aktion nicht Gegenwehr und Antwort auf die Beschneidung der Rechte der Studenten gewesen wäre.

Die Gesinnung ist strafbar

Für eine Verurteilung stand nichts anderes zur Verfügung, als das, was sowieso niemand bestritten hatte, nämlich daß die drei Angeklagten im Rektorat gewesen waren und dort für die Forderungen der Studentenschaft eingetreten sind. Dem Staatsanwalt oblag es nun, diese Tatsache auf Beweise für Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch usw. zu bringen, um dann bei der Begründung des Strafmaßes die Katze aus dem Sack zu lassen.

Staatsanwalt Johe, der gleiche, der die Haftentlassung des Genossen Noth blockiert, weil dieser Kommunist ist und im KBW-Programm die Zerschlagung des bürgerlichen Staates gefordert wird, begründete die Notwendigkeit der Aburteilung mit dem Schutz "unseres Staates" vor extremistischen Tätigkeiten, die seine Substanz erschüttern. Die Strafe müsse hoch sein, "damit jeder den Preis kenne", der gezahlt werden muß, wenn diese staatliche Ordnung nicht anerkannt wird.

Von dem ganzen strafrechtlichen Brimborium bleibt übrig die nackte Gesinnungsjustiz. Auf diesen Sachverhalt wiesen die Angeklagten in ihren Schlußworten hin und zerfetzten den trüben Schein dieser angeblich neutralen und lediglich der "Sache" verpflichteten Justiz. Nach ihren Ausführungen wurde vom Publikum spontan Beifall geklatscht. Der Richter gab erneut eine Kostprobe seiner Staatsschutzaufgaben und ließ zwei Zuhörer dafür drei Tage ins Gefängnis stecken. Am Donnerstag wird das Urteil verkündet. Es wird das alte sein, und es wird ein nacktes Gesinnungsurteil sein. Dieses Urteil wird aber nicht erreichen, daß der Kampf der Studenten für Rechte erstickt wird. Dazu sind die Verhältnisse zu verfault, dazu ist die bürgerliche Klassenuniversität zu korrupt, zu dekadent und zu volksfeindlich, als daß nicht notwendig und unvermeidlich Protest, Widerstand und Kampf der Studenten hervorgerufen werden. – (l., Heidelberg)

UNO verurteilt Invasion in Timor-Ost

Der Kolonialausschuß der Vereinten Nationen hat in einer Resolution Indonesien aufgefordert, "alle seine Truppen sofort aus Portugiesisch-Timor abzuziehen und sich 'einer weiteren Verletzung der Integrität der Kolonie zu enthalten'. Die Resolution war von Portugal eingebracht worden. 69 Länder stimmten dafür, 11 dagegen und 38 enthielten sich der Stimme." (Süddeutsche Zeitung, 13./14.12.)

In der Debatte hatte der Vertreter der VR China erklärt: "Es ist allen bekannt, daß vor nicht langer Zeit die Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit von Timor-Ost (Fretilin) die Unabhängigkeit von Timor-Ost erklärt hat. Diese drückt die Hoffnung der großen Volksmassen von Timor-Ost aus. Unserer Meinung muß diese Tatsache in Betracht gezogen werden, wenn diese Frage hier zur Diskussion steht." Die von Portugal eingebrachte Resolution versucht genau diese Tatsache zu leugnen und Timor-Ost immer noch als eigene Kolonie zu behandeln. "Wir meinen", sagte der chinesische Vertreter, "daß Portugal die Forderung nach Unabhängigkeit der großen Volksmassen von Timor-Ost respektieren muß und sofort seine koloniale Beherrschung über dieses Territorium aufgeben muß. Portugal darf weder die Unabhängigkeit von Timor-Ost verhinden, noch sabotieren."

Indonesien hat zunächst versucht, die Angliederung zu erreichen, indem es 2 Parteien gründen ließ, die sich für die Angliederung von Timor-Ost an Indonesien aussprachen. Nachdem diese vom Volk eine klare Abfuhr erhielten und dieses sich für ein unabhängiges Timor-Ost unter Führung der Fretilin aussprach, setzt es nun auf die militärische Besetzung. Die Nichteinhaltung der Resolution des UNO-Kolonialausschusses hat Indonesien bereits angekündigt, da "es sich nicht um eine Invasion handle. Wir wollen nur mithelfen, den Frieden in diesem Gebiet zu erhalten", erklärte der Außenminister Malik. Darin besitzt das faschistische Terrorregime gründliche Erfahrung, mit Hilfe der USA hat es sich 1965 durch einen Putsch an die Macht gebracht, in dessen Verlauf etwa eine halbe Million Opponenten kurzer Hand ermordet wurden. Heute danken die imperialistischen Monopole, vor allem der USA, der BRD und Japans in Frieden Indonesien plündern können. Die Fretilin hat erklärt, daß sie den Kampf gegen die Invasoren von den Bergen aus bis zur vollständigen Unabhängigkeit führen wird.

Der Algerische Vertreter Abdellatif Rahal erklärte, daß die Anwendung von Gewalt durch stark Länder gegenüber schwachen scharf verurteilt werden muß. Die Staaten der Dritten Welt dürfen nicht dem Beispiel der großen Mächte folgen im Einsatz von Gewalt. Die Handlungen Indonesiens stellen einen Angriff auf das Recht des Volkes von Timor auf Selbstbestimmung dar. – (hl)

Nr. 51/52 erscheint wegen der Weihnachtsfeiertage schon am 23.12.1975. Fertiggestellt wird sie am 21.12. Die Nr. 1/1976 erscheint am 8.1.1976.

Geplantes Strafrechtsänderungsgesetz

„Entschärfung" nach Art des Hauses

Von Lesern sind wir aufgefordert worden, den Wortlaut der Entwürfe für das von der Bundesregierung geplante Strafrechtsänderungsgesetz zu veröffentlichen. Wir drucken im folgenden den Entwurf des § 88 a ab. Erst jetzt ist der Redaktion gelungen, ihn aus der parlamentarischen Giftküche zu besorgen. Vollständig veröffentlicht ist er bisher noch nirgends. Nach Auffassung von Bundesjustizminister Vogel und Bundesinnenminister Genscher sowie von Rechtsexperten der Regierungskoalition soll der 88 a den ursprünglich von der Regierung vorgelegten Entwurf für 130 a ersetzen. Der Unterschied zwischen beiden Entwürfen besteht darin, daß in den 88 a ein weiteres Tatbestandsmerkmal eingeführt wird ("Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland") und daß er statt unter die "Straftaten gegen die öffentliche Ordnung" in den Abschnitt "Friedensverrat, Hochverrat und Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates" plaziert werden soll. Die angebliche "Entschärfung" des geplanten 130 a (der Regierungsentwurf ist noch nicht zurückgezogen und ein entsprechender Entwurf des Bundesrates bleibt ebenfalls bestehen) durch die Häutung zum geplanten 88 a besteht darin, daß er nun **ausschließlich** gegen die **revolutionäre** Nutzung von Meinungsfreiheit, Presse-, Versammlungs-, Organisations- und Demonstrationsfreiheit gerichtet ist. Faschisten, Mafiosi und Zuhälterbanden, also das ganze Lumpenpack, das die bürgerliche Klasse heranzieht und fördert, haben nun von diesem Paragrafen nichts mehr zu befürchten. Mit Ausnahme von Landfriedensbruch, dem klassischen Strafparagrafen gegen Arbeiter- und Volksbewegungen, sind nämlich die genannten Straftaten, die nicht "befürwortet", d.h. "auch nur als notwendig und unvermeidbar dargestellt" werden dürfen, Taten, bei denen man gleich an Faschisten und Mafiosi denkt, u.a. Mord, Totschlag, Völkermord, Vergiftung usw. (§ 126,1, auf den sich 130 a und 88 a stützen). Würden Faschisten, Mafiosi und ihre Literaten oder auch die Verfasser von Polizeihandbüchern und Leitlinien für die Arbeit von Geheimdiensten wie Verfassungsschutz und MAD durch eine Verabschiedung des Paragrafen 130 a auf die freilich stets vorhandene Duldsamkeit von Staatsanwaltschaft und Gerichten angewiesen sein, so macht jetzt gleich der Gesetzgeber klar, daß es ihm nicht darum geht, den Banden der Bourgeoisie juristische Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Die "Entschärfung" besteht in der ausdrücklichen Konzentration auf die Unterdrückung der Volksmassen und ihrer demokratischen und revolutionären Bestrebungen: die Arbeiter von Ford, Opel und VW, die Bauern vom Kaiserstuhl, die Studenten und Schüler sind gemeint, sobald sie sich für ihre Interessen und Rechte gegen den bürgerlichen Staat erheben. Ihre Sprecher, Versammlungen und Organisationen sind bedroht. Nicht gemeint sind die Faschisten, Mafiosi und Zuhälterbanden und die Literatur, die ihren Bedürfnissen entspricht. Das ist jetzt klargestellt für die Bourgeoisie, und sofort beginnt die bürgerliche Presse über Liberalität und Einsicht der Regierung zu jubilieren.

Die ganze Bourgeoisie samt dem Lumpenpack ihrer Journalisten, Politiker und Pfaffen, ihrer Federfuchser und Künstler dagegen wird mit dem jetzt geplanten Paragrafen 88 a ausgezeichnet leben können. Heraus ist jetzt: Die bürgerliche Eigentumsordnung soll geschützt werden. Nicht etwa sollen Verbrechen verhindert werden, die sich aus dieser Eigentumsordnung ergeben, durch sie gefördert und in ihrem Interesse getrieben werden. Die Fronten sind damit klar: Auf der einen Seite die Kapitalistenklasse und der bürgerliche Staatsapparat, der von einer weiteren rechtlichen Fessel befreit wird, auf der anderen Seite die Arbeiterklasse und die Volksmassen, denen eine weitere Fessel angelegt werden soll.

§ 88 a (§ 90 c)

Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten

(1) Wer eine Schrift (§ 11 Abs. 3), die eine Befürwortung einer der in § 126 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 genannten rechtswidrigen Taten enthält und bestimmt sowie nach den Umständen geeignet ist, die Bereitschaft anderer zu fördern, sich durch die Begehung solcher Taten für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einzusetzen,
1. verbreitet,
2. öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder
3. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, in den räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes einzuführen oder daraus auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnen Stücke im Sinne der Nummern 1 oder 2 zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen,
wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung die Begehung einer der in § 126 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 genannten rechtswidrigen Taten befürwortet, um die Bereitschaft anderer zu fördern, sich durch die Begehung solcher Taten für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einzusetzen.
(3) § 86 Abs. 3 gilt entsprechend.



Bremen. Polizeiüberfall am 13.12. auf Aufklärungsstand zum § 130 a (88 a)

Demonstrationen in Frankfurt gegen geplantes Strafrechtsänderungsgesetz

Die Gruppe Rote Fahne und die Gruppe Roter Morgen haben im Gegensatz zum KBW am 13. Dezember Demonstrationen durchgeführt. Diese Aktionsform folgte aus der Auffassung, durch die geplanten Gesetze seien vor allem die Marxisten-Leninisten betroffen, weshalb die Marxisten-Leninisten auch zunächst allein den Kampf aufnehmen müßten. Der KBW lehnt diese Theorie der Hauptbetroffenheit der Vorhut genau so ab, wie er die Aufgabe der Vorhut darin sieht, die Massen für den Kampf zu mobilisieren. Deshalb hat der KBW am 13.12. im ganzen Bundesgebiet Plakataktionen durchgeführt, während Gruppe Rote Fahne und Roter Morgen regionale Demonstrationen durchführten. An diesen Demonstrationen nahmen in Westberlin 1 500, in Hamburg 500, in Dortmund 2 000, in Frankfurt 400, in Stuttgart 150 und in München 200 Demonstranten teil.

Neues Familienrecht im Bundestag

Staatliche Zwangsjacke für die Ehe

Der Bundestag hat ein neues Familienrecht beschlossen. Justizminister Vogel hat das "Reformwerk" über den grünen Klee gelobt: Nicht gestraft, sondern geholfen solle werden. "Das Eherecht wird ehrlicher." Kernstück des Gesetzentwurfs: das Scheidungsrecht. Nicht das Schuld-, sondern das Zerrüttungsprinzip soll gelten.

Müssen bisher die Ehepartner vor dem staatlichen Scheidungsrichter sich gegenseitig beschuldigen, um geschieden zu werden, wobei der eine oder der andere oder auch beide schuldig gesprochen werden können, so soll künftig nur festgestellt werden, daß die Ehe gescheitert sei. Wenn beide Ehepartner der Scheidung zustimmen, muß nach dem Gesetzentwurf die Scheidung ausgesprochen werden, falls sie seit einem Jahr getrennt leben. Wenn nur einer die Scheidung will, wird eine Frist von drei Jahren Trennung gesetzt. Das scheint eine Liberalisierung zu sein oder, wie Vogel erklärte, "eine aus der Sache heraus gebotene Selbstbeschränkung der staatlichen Gewalt". Tatsächlich aber ist das nicht der Fall. Nach dem neuen Gesetzentwurf mischt sich die "staatliche Gewalt" viel umfassender in Ehe- und Familienbeziehungen ein als vorher.

Die bürgerliche Familie . . .

Welche Familienform in einer Gesellschaft herrscht, darüber entscheiden die Produktionsverhältnisse dieser Gesellschaft. In der bürgerlichen Gesellschaft wird produziert unter der Bedingung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Die bürgerliche Familie ist die Organisationsform des privaten Eigentümers. Ob selbständiger Bäcker, Fleischer oder auch Bauer oder ob großer Fabrikant und Kapitalist: Die Familienmitglieder haben gemeinsam den Besitz. Die Handwerker- und Bauernfamilie benutzt gemeinsam die Produktionsmittel der Familie in der Arbeit. Die Familie des Kapitalisten verzehrt gemeinsam die durch Ausbeutung fremder Arbeit zustandegekommenen "Früchte des Kapitals". Das Familienrecht in der bürgerlichen Gesellschaft ist darauf zugeschnitten, das Familienvermögen zu schützen gegenüber den wechselnden Launen und Wünschen der einzelnen Familienmitglieder. Wer die Einheit der Familie und damit des Familienvermögens gefährdet, der macht sich "schuldig" gegenüber dem höchsten Gut in der bürgerlichen Gesellschaft und wird verurteilt. Bis vor kurzem noch strafrechtlich verurteilt wegen "Ehebruchs", heute noch "schuldig" geschieden.

Daß der Mann dabei durchweg das Oberhaupt der bürgerlichen Familie ist und die Frau sich in einer untergeordneten und gedrückten Lage befindet, ist nicht eine Eigentümlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft, sondern wesentlich älteren Ursprungs. Die bürgerliche Familie setzt dieses Erbe nur fort und bedient sich seiner, um die Familieneinheit durch und wegen des Vermögens noch durch die Familieneinheit per Unterdrückung zu ergänzen.

. . . verliert ihre Grundlage

Haltbar sind die Rechtsbegriffe der bürgerlichen Familie allerdings nur solange wie die Bindung an Besitz und privates Eigentum für viele Mitglieder der Gesellschaft noch stark ist. Je geringer die Zahl der Besitzenden, um so mehr werden auch die bürgerlichen Familienverhältnisse zersetzt.

Für die besitzlosen Klassen, insbesondere für die Lohnarbeiter, ist das bürgerliche Familienrecht von vorneherein reine Schikane. Für den Fall des Alters, der Krankheit, der Arbeitslosigkeit müssen sich die Lohnabhängigen kollektiv sichern. Auf den Zusammenhang der Familie ist da kein Verlaß. Eltern und Kinder werden auf dem Arbeitsmarkt auseinandergerissen und müssen vielleicht in verschiedenen Landesteilen oder Staaten ihre Arbeitskraft vernutzen lassen. Schon die Aufzucht der Kinder ist allein in der Familie nicht mehr möglich. Gesellschaftliche Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen sind für die Kinder der Lohnabhängigen unentbehrlich. Häufig werden sogar Mann und Frau für kürzere oder längere Zeit getrennt.

Unter solchen Lebensverhältnissen wird der Vorstellung von schuldhafter Scheidung der Boden entzogen. Die bürgerliche Gesellschaft reißt die einzelnen Familienmitglieder immer wieder auseinander. Das bürgerliche Familienrecht aber zwingt sie zusammen und mißt dem einzelnen Lohnabhängigen die Unsicherheit aller seiner Lebensverhältnisse als persönliche Schuld zu. Das ist eine starke Spannung, die viel zusätzliches Unglück unter den Angehörigen der arbeitenden Klassen erzeugt und worüber nur die Rechtsanwälte rundum glücklich sind, weil es ihnen Millionen von Menschen tributpflichtig macht.

Mit dem neuen Familienrechtsentwurf haben Regierung und Parlament der Zersetzung der bürgerlichen Familienbegriffe Rechnung tragen müssen: Das Schuldprinzip bei der Scheidung wird als unhaltbar aufgegeben, weil es bis weit in die Mittelklassen der westdeutschen Gesellschaft immer weniger Boden findet. Zweimal, nach beiden Weltkriegen, sind in Deutschland massenhaft kleinere und mittlere Vermögen vernichtet worden, nach 1945 besonders rasch. Zunächst durch Kriegszerstörungen, durch Vertreibung und Flucht, dann durch die Währungsreform und schließlich werden Jahr für Jahr Abertausende von Bauern, kleinen Handwerkern und Kaufleuten vom großen Kapital enteignet. Lohnabhängigkeit wird auch für breite Mittelklassen ein bestimmendes Schicksal. Die Anschauungen, die den Verhältnissen der Kleinproduzenten entsprechen, zersetzen sich langsamer als die Zerstörung dieser Verhältnisse selbst vor sich ging. Erst mit der nachwachsenden Generation dieser Mittelklassen wurde die Lohnabhängigkeit selbstverständlich und gerieten die hergebrachten Anschauungen unter schärferen Druck. Mitte der sechziger Jahre, im Gefolge der Reformbewegung brachen auf breiterer Front hergebrachte bürgerliche Moral- und Familienvorstellungen zusammen. Eine einfache Wiederherstellung ist nicht möglich: Die ideologische Restauration findet keinen Boden in den Verhältnissen.

Ihr Bestand wird gesetzlich erzwungen

Es wurde also eine Reform nötig, und der "Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts" ist diese Reform. Sie mußte unhaltbar gewordene bürgerliche Rechtsbegriffe opfern, welche den staatlichen Zwang über die Familienverhältnisse ideologisch rechtfertigen sollten, und das "Schuldprinzip" durch das "Zerrüttungsprinzip" ersetzen. Aber weder hört der bürgerliche Staat auf, sich als Familienrichter aufzuspielen, vielmehr werden ausdrücklich "Familiengerichte" eingeführt: Noch wird darauf verzichtet, die Lebensumstände der Lohnabhängigen in die Zwangsjacke eines bürgerlichen Familienrechts zu stecken. Da der Schuldspruch kaum mehr schreckt, werden wirkungsvollere Fesseln eingesetzt: die Verpflichtung zu zahlen, für Unterhalt, für die Altersversorgung, für die Scheidung selber. Gegenüber dem bestehenden Zustand wird faktisch die Scheidung bedeutend erschwert.

Unabhängig von den Scheidungsgründen wird der erwerbstätige Ehepartner verpflichtet, im Falle der Scheidung für den Unterhalt des nicht erwerbstätigen aufzukommen. Und das nicht nur, wenn "wegen der Pflege oder Erziehung eines gemeinschaftlichen Kindes eine Erwerbstätigkeit nicht erwartet werden kann" (§ 1571 BGB (E)), sondern auch dann, wenn er "nach der Scheidung keine angemessene Erwerbstätigkeit zu finden vermag" (§ 1574 BGB (E)). Es soll der eine für den anderen also das Risiko der Arbeitslosenversicherung auf sich nehmen.

Ausgeschlossen von solcher Unterhaltsverpflichtung ist nie der Lohn, von dem einer sich durchschlagen muß, wohl aber der "Stamm des Vermögens", der "nicht verwertet" zu werden braucht, "soweit die Verwertung unwirtschaftlich oder unter Berücksichtigung der beiderseitigen wirtschaftlichen Verhältnisse unbillig wäre" (§ 1582 E). Damit ist nicht das Häuschen gemeint, dessen Verkauf "unbillig" wäre. Gemein t ist die Fabrik und das Geschäftsvermögen, das zusammenbleiben soll.

Aber nicht nur die Unterhaltsverpflichtung nach der Scheidung wird als private Verpflichtung des einen Lohnabhängigen gegenüber dem anderen geregelt. Die Familie eines jeden Lohnabhängigen wird auch mit einem fiktiven gemeinsamen Familienvermögen ausgestattet: in Gestalt der Rentenansprüche. Hier wird ein Versorgungsausgleich eingeführt. D.h. die während der Ehe angesammelten Rentenanwartschaften beider Ehepartner werden als ein gemeinsames Vermögen behandelt, das im Falle einer Scheidung in zwei gleiche Hälften geteilt wird. Das Resultat: "Im Regelfall (also überall dort, wo nicht ein "Reicher" beteiligt ist) schauen für beide Ehegatten Minirenten heraus, welche beide den Gang zum Sozialamt antreten lassen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Dezember) Auf jeden Fall spart dabei der Staat, denn Mini-Renten plus Sozialhilfe, um auf den Sozialhilfesatz zu kommen, das ist weniger an Sozialhilfeaufwendungen als wenn einer der beiden ganz vom Sozialhilfesatz leben müßte und der andere seinen vollen Rentenanspruch behält. Die Regelung, die unter dem Vorwand größerer Gerechtigkeit zwischen Mann und Frau eingeführt wird, bringt also nur mit sich, daß in jedem Fall die Alterssicherung der geschiedenen Ehepartner zunächst privatrechtlich ausgeglichen werden muß, bevor ein öffentlicher Anspruch entsteht. In Hinblick auf den Rentenanspruch wie auf die Unterhaltsverpflichtung wird also die Ehe in gewisser Weise unlöslich.

Scheidung wird schwerer

Der Justizminister Vogel hat erklärt: "Der Gang zum Gericht wird künftig nicht bequemer, die Scheidungsfolgen werden nicht leichter." Man muß das korrigieren: Sie werden für die Masse der Lohnabhängigen schwerer, weil Lohn und Rente viel umfassender als zuvor als Familienangelegenheit genommen und dem Spruch des Familienrichters unterworfen werden.

Die Bundesregierung rechtfertigt diese durch und durch schikanöse und reaktionäre "Reform" damit, daß vor allem die ältere Frau geschützt werden soll, die ihr Leben mit der Führung des Haushalts und der Erziehung der Kinder zubringen mußte und die vom Ehemann verlassen wird, weil der sich z.B. eine jüngere nehmen will. Die gedrückte Lage der Frauen wird als Rechtfertigung genommen für die staatliche Zwangsjacke und den Familienrichter.

Der Staat spielt sich auf als Anwalt der Frauenemanzipation, indem er Mann wie Frau in die gleiche Zwangsjacke steckt und verspricht, das Elend gerecht zu verteilen. Während doch die Emanzipation der Frau ganz und gar eine gesellschaftliche Sache ist und daran hängt, daß die Frauen nicht vom Prozeß der gesellschaftlichen Produktion ausgeschlossen bleiben. Und daran, daß die gesellschaftliche Produktion von den Fesseln des privaten Eigentums befreit ist, was die Voraussetzungen dafür schafft, daß die unmittelbare Reproduktion der arbeitenden Klassen nicht länger private Aufgabe der Frauen bleibt. Erziehung der Kinder, Zubereitung der Nahrung, das sind ja nicht notwendig private Aufgaben. Es werden private Aufgaben, wenn die Gesellschaft beherrscht wird durch das Privateigentum der Kapitaleigentümer und die Masse ihrer Mitglieder in Lohnknechtschaft gehalten wird, so daß alles, worüber sie verfügen, der Lohn ist, mit dem jeder für sich sein und seiner Familie Leben bestreiten muß. Der Entwurf zur Familienrechtsreform ist der Versuch, auch noch die Verwendung dieses winzigen Rests, der dem Arbeiter bleibt, dem staatlichen Urteilsspruch zu unterwerfen. Das ist weder für Frauen noch für Männer ein Vorteil, sondern ein Nachteil für die arbeitenden Klassen insgesamt. – (wm)



Auf der Kundgebung wurden Solidaritätserklärungen von zahlreichen Betrieben begrüßt, u. a. von den Betriebsräten von SEL, Daimler-Benz Wörth, Pierburg Neuss, BASF-Jugendvertretung

5 000 Arbeiter in Speyer forderten: Keine Stillegungen!

VFW plant 7 000 – 9 000 Entlassungen / Die Stillegungen führen zur Verödung der ganzen Region / Interview mit einem VFW-Vertrauensmann

Speyer. Dicht gesäumt waren die Straßen Speyers, als der Demonstrationszug von 5 000 Arbeitern und Angestellten durch die Straßen zur Kundgebung vor das Rathaus zog. Laute Sprechchöre riefen die Tausende: "Wir fordern sicheren Arbeitsplatz, sonst machen wir großen Rabatz!", "Arbeitsplätze her, sonst geben wir keine Ruhe mehr!" An der Spitze des Zuges ein großes Transparent: "Hände weg von den Arbeitsplätzen bei VFW!"

700 bis 900 VFW-Kollegen sollen nach dem Plan der Geschäftsleitung auf die Straße gesetzt werden. Die Stillegung des gesamten Werkes mit 1 300 Beschäftigten wäre dann nicht mehr weit. Mehr als 10 Prozent Arbeitslose gäbe es dann in der Stadt. Seit Juli 1974 wurden bis zum November dieses Jahres 1 150 industrielle Arbeitsplätze abgebaut. Mehrere Werke wurden stillgelegt, Salamander im April, 400 Beschäftigte, Ashland im September mit 130. In den letzten Jahren wurden acht Betriebe geschlossen.

"Wir sollen fliegen, damit andere noch mehr Gewinne kriegen!", schrieben VFW-Arbeiter auf ihre Schilder. Wenn die Arbeiter auf die Straße gesetzt werden, dann trifft das nicht nur sie allein. Die Stillegungspolitik der Kapitalisten führt zur Verödung der ganzen Region. Weniger industrielle Arbeitsplätze als 1956 gibt es heute in Speyer. Die Kollegen schrieben auf die Demonstrationsschilder: "Industrie kein Brot – Einzelhandel tot! Ohne Industrie ist die Stadt Speyer hie!"

Als die Arbeiter, an vorderster Stelle die Kollegen von VFW, jetzt ihre Forderungen auf die Straße trugen, fanden sie daher breite Unterstützung in der ganzen Stadt. Auch die bürgerlichen Politiker traten wieder auf und machten große Versprechungen, wie schon bei der Stillegung von Salamander. Aber die Kollegen haben aus den bisherigen Kämpfen gegen Stillegungen gelernt. Sie schrieben auf ein Transparent: "Arbeiter arbeiten – Politiker reden ... reden ... reden ..." Nur wenn die Arbeiter auf ihre eigene Kraft vertrauen, werden sie erfolgreich kämpfen. Besonders starken Beifall gab es auf der Kundgebung, als die Delegation der Vertrauensleute aus dem Bremer VFW-Werk die Unterstützung der Bremer Kollegen zusicherte.

Amboß oder Hammer sein? So wurde die Frage auf der Kundgebung gestellt. Diese Demonstration wird sicher nicht die letzte Aktion der Speyerer Arbeiter gegen die Maßnahmen der Kapitalisten gewesen sein.

Keine Demontage des VFW-Werks!

Die jetzige Entlassungsdrohung steht in einer Reihe von Angriffen, die die Konzernleitung von VFW führte, um die Arbeitsplätze im Werk Speyer abzubauen. Schon vor anderthalb Jahren erklärte sie, Massenentlassungen müßten vorgenommen werden. 350 sollten auf die Straße gesetzt werden. Mit einem Streik und Marsch durchs Werk und anschließender Versammlung unter freiem Himmel demonstrierte die Belegschaft ihren Widerstand. Die Geschäftsleitung hat dann Auflösungsverträge angeboten, die vom Betriebsrat angenommen wurden. Bis Ende 1975 wurde die Belegschaft um 350 auf 1350 abgebaut. Vor kurzem stimmte der Betriebsrat weiteren 140 Auflösungsverträgen zu, die für Angestellte gelten sollen.

Gespräche mit einem Vertrauensmann von VFW

Über die letzte Entwicklung berichtete ein Vertrauensmann von VFW in einem Gespräch mit der KVZ-Redaktion:

Uns ist zuerst gesagt worden, daß der MRCA (Kampfflugzeug der Bundeswehr) aus Speyer abgezogen wird. Das war der eigentliche Auslöser für die letzte Demonstration im Werk. Behälterbau und Rumpfmittelstück, das ganze Programm sollte abgezogen werden. Das Ganze ist nicht offizielle angekündigt worden. Das ist durchgesickert, als das Fernschreiben ins Haus gekommen ist. Die waren überrascht, wie schnell das unten gelandet ist. Das ist morgens ins Haus gekommen und dann auch gleich morgens bekannt geworden. Dann haben die Leute natürlich rumgestanden. Erst Gruppen, dann die ganze Abteilung. Keiner hat mehr was geschafft. Wir haben den ganzen Morgen diskutiert. Aus diesen Diskussionen haben sich spontane Abteilungsversammlungen entwickelt. Die Vertrauensleute waren dabei. Wir haben überlegt, was man dagegen macht. Jeder war sich klar, wenn die Vorrichtungen herausgehen, dann ist das der Todesstoß für das Werk.

Die Absicht, das Werk zu schließen, kann man daraus ersehen: Soll das Werk bestehen bleiben, dann kann es ihnen egal sein, ob das Ding da steht oder in Bremen. Aber läuft die Produktion einmal an, dann ist es unmöglich, das Werk zu schließen. Weil man den MRCA nicht mehr verlagern kann. Eine nachträgliche Verlagerung können sie sich nicht mehr leisten.

Sie wollen die Vorrichtungen im nächsten Januar abbauen, weil das Projekt Ende des Jahres anlaufen soll. Ich glaube sogar, daß wenn die Vorrichtungen im Februar oder März noch stehen, daß es dann zu spät ist, die abzubauen. Wenn wir bis März so lang hinhalten können, dann ist es für die Geschäftsleitung an sich schon zu spät, die Serienproduktion rechtzeitig anlaufen zu lassen. Das ist ja jetzt die Vorserie. Wenn der MRCA wegfällt, dann sind etwa 150 Arbeiter betroffen. Die weiteren 700 bis 900 Entlassungen sind dann später bekanntgegeben worden in den Verhandlungen mit dem Betriebsrat. Gleich am nächsten Tag war die Demonstration die Antwort darauf, daß der MRCA abgezogen werden soll.

Was hat die Geschäftsleitung gesagt?

Sie hat gemeint, daß sie keine Antwort zu geben braucht, das Ganze sei nur ein Planspiel. Aber das war konkret mit Daten und wann spätestens Abbaubeginn und wer abbaut und daß die Gleichen das noch in Bremen aufbauen sollen.

Ich habe gehört, daß die Geräte so kompliziert seien, daß sie nur von denen abgebaut werden können, die sie auch hier gebaut haben?

Wer das behauptet, der tut sich selber verarsche. Das sind Arbeiter gewesen, die die gebaut haben, und ein Arbeiter, wenn es einer ist, kann es auch wieder aufbauen. Das ist ja nicht vom Herrgott erbaut worden, das Gerät.

Der Abbau ist kein Spiel, sondern Tatsache. Diese Darstellung der Geschäftsleitung ist auch nicht hingenommen worden.

Man muß verhindern, daß die Maschinen überhaupt herausgehen. Das ist klargestellt worden auf der Betriebsversammlung: Keine Vorrichtung darf das Werk verlassen gegen den Willen der Belegschaft. Es ist klar gemacht worden: Es kommt darauf an, daß die Vorrichtungen besetzt bleiben und bewacht werden Tag und Nacht.

Wie ist das mit einer Verlagerung zwischen Weihnachten und Neujahr?

Der Betriebsrat schätzt das so ein, daß es nicht möglich sein wird, weil die Vorrichtungen zur Zeit nicht abgebaut werden könnten. Ich meine aber, daß die Geschäftsleitung echt was vorhat, und wenn sie eine Abbruchfirma nehmen. Während der ganzen Aktionen, in diesem Zeitraum, während die Bekanntgabe des MRCA-Abbaus bis zur außerordentlichen Betriebsversammlung, ist dann auch irgendwann der Plan mit den sieben- bis neunhundert Entlassungen über den Betriebsrat bekannt geworden.

Warum wollen die das Werk Speyer, obwohl Aufträge da sind, jetzt tatsächlich stillegen?

Warum? Der MRCA kommt frühestens in einem Jahr. Die F 16 in anderthalb oder zwei Jahren. Wo die Vollproduktion anlaufen tät. Bis dorthin möcht man gern das Werk Speyer geschlossen haben. Die Kapazitäten von Speyer wird man bis dahin wieder in Bremen aufgebaut haben. Dann ist doch jetzt gerade die Zeit dafür. Weil sie rationalisieren wollen, wollen sienach Bremen verlegen und dort aufbauen.

Wir stellen dagegen die Forderung: Arbeit nach Speyer. Keine Kündigungen. Keine weiteren Auflösungsverträge mehr.

Wenn man es genau betrachtet, gehen die Angriffe schon so lange, wie das Ding VFW heißt. Wenn man das alles zusammenfaßt, muß man zu dem Schluß kommen, daß die VFW die Heinkel aufgekauft hat, um sie zu schließen. Wie man eine Brauerei aufgekauft hat in Speyer, um sie zu schließen.

Nur wenn die Belegschaft stark ist, kann man etwas erreichen. Das ist das Ziel, was der Vertrauensleutekörper erreichen wollte, das jedem einzelnen klarzumachen, und was man auch ziemlich erreicht hat. Noch nie war in dem Werk so Einigkeit in dem Punkt, noch nie eine spontane Aktion so schnell und schlagkräftig in der ganzen Firma gestanden wie jetzt in der Zeit.

Und wenn die Geschäftsleitung in der nächsten Zeit daran geht, die Vorrichtungen abbaut und verlagert?

Dann steht das Werk garantiert, dann steht nicht nur der Vorrichtungsbau, dann steht die ganze Firma und sagt: Da geht nichts raus!

Das ist schon besprochene Sache; die haben ihre Planung für den Abbau zum ersten Januar, wir sind gerüstet dagegen.

Auf der Kundgebung hat der Betriebsratsvorsitzende Weber gesagt, wenn die Demonstration nicht hilft, dann werden wir andere Kampfmittel einsetzen.

Ich meine, jedem ist klar, daß er nichts mehr zu verlieren hat, er kann nur nach vorne gehen. Er kann nicht mehr wie hinausfliegen, egal unter was für Umständen. Das kann jeden treffen, deswegen ist auch jeder dabei.

Wie stehen die anderen Werke zu dem Plan, in Speyer abzubauen?

Die Betriebsräte und Vertrauensleutekörper sind solidarisch mit dem Werk Speyer. Auch deren Arbeitsplätze sind unsicher geworden, das ist die gleiche Basis wie bei uns. Unsere Betriebsräte waren dort und haben auf Versammlungen die Absichten und Hintergründe erläutert. Der Gesamtbetriebsrat hat sich eingesetzt. Sogar die Holländer haben sich solidarisch erklärt.

Von der VFW-Belegschaft ist das nicht die letzte Aktion in der Stadt gewesen. In Speyer war seit Kriegsende der dreißigjährige Frieden. Jetzt ist Speyer das erste Mal aufgewacht und die Leute sind auf die Straße gegangen.

Was die Geschäftsleitung macht, die Leute auf die Straße setzt, das ist Besitzrecht, aber das ist nicht recht. Das ist nach dem Gesetz Recht, aber dann ist es nicht mehr recht. Das muß man unterscheiden. Das Recht muß anders sein.

Es wurde von der Delegation, die nach Speyer gefahren war, von der großen Solidarität in Speyer berichtet. Die Geschäftsleitung forderte Zusammenlegung der Werke. Sie behauptete, Speyer habe schlechte Anlagen und müsse Arbeiten anderweitig vergeben. Deswegen könne die Schließung in Speyer bevorstehen. Durch die internationale Konkurrenz könnte die Leitung gezwungen werden, die Kollegen in Speyer wegzurationalisieren. Das würde zwar keiner gern tun, aber es es um den Konzern ginge, müsse es gemacht werden. – (VFW-Zelle, Bremen)

Was ist mit den arbeitslosen Salamander-Kollegen geworden?

Speyer. Am vergangenen Freitag gab es in Speyer eine große Demonstration, weil wieder ein Betrieb (VFW) geschlossen werden soll.

Uns hat man im März auf die Straße geworfen. 460 waren wir. Gegen die Schließung haben wir damals vor einem Jahr zusammen mit Tausenden von Kollegen demonstriert. Wir konnten uns nicht durchsetzen.

Die wenigsten von uns haben wieder eine Arbeit gefunden. Manche erhalten sogar nur noch die lumpige Arbeitslosenhilfe, das sind für etliche zwischen 300 und 400 DM im Monat. Einige sind irgendwo untergekommen, oft nur als Putzhilfe oder Aushilfe. Einige haben in der Anfang dieses Jahres neu eröffneten Schuhfabrik (in den ehemaligen Salamander-Räumen) Frischmann einen Arbeitsplatz gefunden. Insgesamt arbeiten dort 50 Kollegen!

Unter welchen Bedingungen müssen sie dort arbeiten?

Obwohl dort kein Tariflohn gezahlt wird, hat das Arbeitsamt insbesondere ehemalige Salamander-Arbeiter (Stepperinnen) dorthin vermittelt. Manche Kollegen kommen nur auf 2,50 DM die Stunde. Einen Betriebsrat gibt es dort nicht, weil die Kollegen Angst vor Druck und Schikanen durch den ehemaligen Meister und Betriebsrat der Firma Salamander haben, der jetzt Betriebsleiter der Firma Frischmann ist.

Sie sind dem ständigen Druck dieses ehemaligen Betriebsrates ausgesetzt. So hörte man von ihm: Die ehemaligen Salamander-Kollegen, die jetzt nicht freiwillig zur Firma Frischmann kommen (dort würden sie wahrscheinlich weniger verdienen als sie Stempelgeld bekommen), werde ich, wenn sie kein Stempelgeld mehr bekommen, auch nicht mehr einstellen.

Entlassungen stehen auf der Tagesordnung. So wurden in den letzten vier Wochen fünf Kolleginnen auf die Straße gesetzt, weil sie angeblich so wenig gearbeitet haben. Aber wenn sie erst einmal etwas verdienen, setzt man sie schnell an eine andere Arbeit. Die Akkordsätze werden zuvor von einem REFA-Mann vorgelegt, aber ohne vorher bei den Kollegen eine Aufnahme gemacht zu haben. So kommt es dann vor, daß eine Kollegin im Akkord nur etwa 500 DM im Monat verdient hat. Der Dank war der Rausschmiß. Zuerst mußten Überstunden gemacht werden wegen dem Weihnachtsurlaub, dann war keine Arbeit mehr da, und einige Kollegen mußten drei Tage früher Urlaub nehmen.

Unter solchen schlechten Bedingungen müssen die Kollegen dort arbeiten. Sie sind auf die Gnade von Frischmann angewiesen, ob der Kapitalist ihnen 1. freiwillig Tariflohn bezahlt, 2. wieviel Jahresurlaub er ihnen gibt, 3. wann er sie wieviel Überstunden machen läßt, 4. ob er ihnen vermögenswirksame Leistungen zahlt.

Auch die Gewerkschaftsführung Leder hat wenig Interesse daran, was mit den Kollegen bei Frischmann passiert. Sie hat nach der Schließung von Salamander, bei der sie große Reden geschwungen hat, ihre Ortsverwaltung in Speyer aufgelöst und seither nichts mehr für die Kollegen bei Frischmann unternommen, um sie zu unterstützen. Da gerade auch jetzt viele ehemalige Salamander-Kollegen, vor allem jüngere Kollegen, nur noch Arbeitslosenhilfe beziehen, sind sie gezwungen, jede auch noch so schlecht bezahlte Arbeit wie bei Frischmann anzunehmen.

Genaue Zahlen haben wir nicht. Aber über die Hälfte der 460 sind bestimmt noch ohne Arbeit. Das ändert sich auch so schnell nicht, weil in Speyer überall Einstellungsstopp ist. – (g., Speyer)

140 DM Lohnerhöhung

Göttingen. Am Mittwoch, dem 10. Dezember, wurde auf einer Sitzung des Vertrauensleutekörpers der Firma Zeiss die Forderung nach einer linearen Lohnerhöhung von 140 DM in der Tarifrunde für die metallverarbeitende Industrie Niedersachsens aufgestellt. Die Forderung wurde an die Ortsverwaltung der IG Metall und an die Tarifkommission weitergeleitet. Gleichzeitig wurde dieser Beschluß der Vertrauensleute an den Anschlagbrettern im Betrieb ausgehängt.

In der Diskussion meinten einige, die 140 DM-Forderung wäre doch ziemlich niedrig. Und das Mitglied der Ortsverwaltung empfahl, man sollte eine höhere Forderung aufstellen, um Raum zum Nachgeben zu haben. Dagegen wurde gesagt: "Das ist keine Forderung zum Nachgeben, sondern die Forderung ist ernst gemeint und notwendig. Keiner soll mit weniger als 140 DM aus der Tarifrunde herauskommen, dahinter darf es kein Zurück geben." Die Forderung von 140 DM wurde ohne Gegenstimme verabschiedet. Es gibt aber keinen Zweifel, daß sich weder die Kapitalisten noch die Tarifkommission um unsere Forderung kümmern werden, wenn wir nicht kampfbereit sind. Ohne Streik wird es in der Tarifrunde nur einen Lohnraubabschluß geben. Das war uns völlig klar, weil die Zeiss-Kapitalisten – als wir eine Forderung nach 150 DM Weihnachtsgeld mehr aufgestellt hatten – auch nicht einen Millimeter nachgaben. Selbst dann nicht, als wir zu dieser Frage eine außerordentliche Betriebsversammlung erzwangen. – (Zelle Zeiss, Göttingen)

wir zu dieser Frage eine außerordentliche Betriebsversammlung erzwangen. – (Zelle Zeiss, Göttingen)

Prozentforderungen erleichtern das Ziel der Kapitalisten

"Die Arbeitgeber sind bestürzt, weiß doch die IG Metall, wieviel Betriebe um die nackte Existenz kämpfen", meinte der Vorsitzende der Metallkapitalisten Baden-Württembergs zur 8,5 %-Forderung der Tarifkommission.

Die Arbeiter sollen durch Lohnverzicht einige Kapitalisten schonen, die durch den zerfleischenden Konkurrenzkampf an den Rand ihrer Existenz gedrängt wurden. Gehätschelt werden sollen Schmarotzerexistenzen, die sich durch die Arbeit anderer mästen lassen. Von diesen "bedrohten" Kapitalisten soll die Gefahr abgewandt werden, daß ihr Eigentum von größeren Eigentümern einverleibt wird; und sie, ihres Eigentums verlustig gegangen, eventuell selbst der verschmähten körperlichen Arbeit nachgehen müssen. Damit dieses Schicksal einige Kapitalisten nicht ereilt, sollen die Ernährer dieser Existenzen in Kauf nehmen, ins Elend gestoßen zu werden.

Dieses Ansinnen äußert der Kapitalist Dürr öffentlich. Er glaubt die Arbeiter hereinlegen zu können, weil es ihnen besser gefallen würde, von **ihrem** Kapitalisten ausgebeutet zu werden, der es seit Jahren tut, als von einem neuen. Aber Ausbeutung ist Ausbeutung und Lohn ist Lohn, egal ob von dem alten oder einem neuen Kapitalisten.

Der Kapitalist Dürr spricht mit seinem Appell gleichzeitig eine Wahrheit an. Er fordert die Arbeiter auf, zurückzustecken, damit es ihm und seinen Kumpanen gut ergehe. Sie "fürchten um ihre Existenz", aber zwei Drittel aller Selbständigen, wozu auch die allein schaffenden Tischler, Bauern und Schuster gehören, verdienen netto mehr als 2 200 Mark im Monat. Bei den Arbeitern sieht das anders aus, mehr als die Hälfte verdient weniger als 1 000 Mark im Monat. Wenn es nach dem Willen der Kapitalisten ginge, sollen sie noch weniger verdienen. Ein Abschluß unter Inflationsrate, das halten sie für angemessen. Eine Möglichkeit, diesen ihren Willen gegen die Arbeitermassen durchzusetzen, sehen sie in der aufgestellten Prozentforderung.

Seit Monaten betreiben sie in den Fabriken Lumpereien mit Umbesetzungen, die Meister lassen sie dann kommen und mitteilen, die Arbeit sei leichter geworden, deshalb ist man eine Lohngruppe tiefer eingestuft. Stück für Stück drücken sie die Masse der Arbeiter in untere Lohngruppen.

Unter tausend Mark verdienen, das heißt in der Metallindustrie in Baden-Württemberg in den Lohngruppen 1 bis 4 eingestuft zu sein. Für sie heißt die aufgestellte Lohnforderung, die bei Dürr Bestürzung hervorgerufen hat, bestenfalls siebzig Mark netto im Monat und bei dem von Steinkühler angepeilten Abschluß ein angerissener Fünfzigmarkschein.

Gegen die Prozentforderung haben die Kapitalisten nichts einzuwenden, sie kommt ihnen gerade recht. Sie haben dadurch den Vorzug, daß die untersten Lohngruppen radikal gedrückt werden und ihren Antreibern und Wächtern noch mehr zugesteckt wird.

Die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen wird in den Gewerkschaften seit Jahren erhoben. Bis dorthin, daß sich der Gewerkschaftstag im letzten Jahr gezwungen sah, zur tarifpolitischen Entschließung als Material einen Beschluß zu fassen, der ausdrücklich die Streichung der unteren Lohngruppen fordert.

Seit Jahren wehren sich die Kapitalisten verzweifelt gegen diese Forderung. Das geht so weit, daß sie der Angleichung der Lohngruppe 1 an die Lohngruppe 2 zustimmen, aber die Aufrechterhaltung verlangen, weil sie dann immer noch die Möglichkeit haben, über verringerte Leistungszulage in der Lohngruppe 1 den Lohn zu drücken. Die Kapitalisten können nicht oft genug betonen, daß in diesen Lohngruppen kaum jemand arbeitet. Warum wollen sie dann aber die Lohngruppen unbedingt aufrechterhalten? Sie brauchen sie, damit ihre Umsetzungsmanöver auch weiterhin funktionieren. Stück für Stück wollen sie die Masse der Arbeiter in die unteren Lohngruppen ansiedeln. Dadurch kann jede tarifliche Lohnerhöhung durch die Kapitalisten aufgefangen und zunichte gemacht werden. Wenn diese Lohngruppen verschwinden, wird den Umsetzungsmanövern der Kapitalisten ein Riegel vorgeschoben. – **(db)**

Wahrheit an. Er fordert die Arbeiter auf, zurückzustecken, damit es ihm und seinen Kumpanen gut
wenden, sie kommt ihnen gerade recht. Sie haben dadurch den Vorzug, daß die untersten Lohngrup-
Umsetzungsmanövern der Kapitalisten ein Riegel vorgeschoben. – (db)

Die Bedingungen in der Metallindustrie für den Lohnkampf

Die Metalltarifauseinandersetzungen betreffen fast die Hälfte der Industriearbeiter in der BRD. Rund 45 % der Industriearbeiter sind in der metallverarbeitenden Industrie beschäftigt. Die IG Metall ist die größte Einzelgewerkschaft der Welt mit rund 2,5 Millionen Mitgliedern. Über 60 % der Metallarbeiter sind in ihr organisiert.

Die Metallindustrie ist zudem überdurchschnittlich konzentriert, was man darin sehen kann, daß fast die Hälfte der Industriearbeiter in den ca. 30 000 Betrieben der Metallindustrie beschäftigt ist, die ein knappes Drittel aller Industriebetriebe ausmachen. In weniger als 700 Betrieben (1972 waren es 683), das sind ca. 2 % der Metallbetriebe, sind fast die Hälfte aller Arbeiter dieses Gewerks beschäftigt. Diese 2 % sind die Betriebe, in denen mehr als tausend Beschäftigte sind. Weitere 3 % aller Metallbetriebe haben zwischen 500 und 1 000 Beschäftigte. In diesen Betrieben sind ca. 15 % aller Metallarbeiter. Weitere 15 % der Metallarbeiter sind in Betrieben mit 200 bis 500 Beschäftigten, die 7 % aller Metallbetriebe ausmachen. Weitere 15 % der Metallarbeiter sind in Betrieben der Größenordnung 50 bis 200 Beschäftigte, die 20 % aller Metallbetriebe ausmachen. Mehr als zwei Drittel aller Metallbetriebe sind Kleinbetriebe mit bis zu 50 Beschäftigten. Aber nur ca. 7 % aller Metallarbeiter arbeiten in diesen Kleinbetrieben.

Zentralisation und Konzentration des Kapitals

Die Zentralisation und Konzentration des Kapitals ist jedoch noch erheblich größer, als es die Statistik der Betriebe ausdrückt. Denn große Kapitalunternehmen vereinen eine große Zahl an Betrieben. Diese Großkonzerne beuten die Arbeitskraft von Zehntausenden, ja über hunderttausend Arbeitern aus. In der Automobilindustrie sind es fünf große Automobilkonzerne (und einige wenige andere Konzerne, die unter anderem Fahrzeuge produzieren, wie z. B. Klöckner), die 7 % aller Industriearbeiter ausbeuten. Sie beherrschen aber einen noch größeren Teil des Industriekapitals. Mit Zulieferfirmen arbeitet jeder siebte Arbeiter (14 %) in der Automobilindustrie.

Ähnlich ist die Lage in der Elektroindustrie, die ca. 13 % aller Industriearbeiter beschäftigt. Sechs große Konzerne (Siemens, AEG, Bosch, BBC, Philips und SEL) beherrschen diesen Bereich.

Der dritte große Industriezweig ist der Maschinenbau mit ungefähr gleich viel Beschäftigten wie in der Elektroindustrie. Unter den 100 größten Konzernen der BRD sind 6 überwiegend Maschinenbauer (Mannesmann, Flick, Babcock, Kraftwerk Union, Linde, Liebherr; die Kraftwerkunion gehört seit diesem Jahr überwiegend zu Siemens). Insgesamt gibt es nach Angaben des Kapitalistenverbandes zirka 6 000 Maschinenbauer, darunter eine größere Zahl mittlerer Unternehmen. Diese befinden sich aber wiederum zu einem großen Teil im Besitz von Großkonzernen und Banken (zum Beispiel Heidelberger Druckmaschinen gehört zu RWE, Teves zum ITT-Konzern, man könnte mit diesen Beispielen stundenlang weitermachen).

Die hohe Zentralisation des Kapitals ist Ergebnis des kapitalistischen Konkurrenzkampfes, der in der Krise besonders rücksichtslos ausgetragen wird. Die Großen fressen die Kleinen, doch wenn's zur Tarifrunde kommt, triefen die Kapitalisten vor Mitleid mit den kleinen Unternehmern, die durch die Löhne in den Ruin getrieben würden, das heißt sie möchten gern, daß die Arbeiter ihre Forderungen ausrichten am geheuchelten Mitleid mit den Unternehmern, die die Kapitalisten selbst niederkonkurrieren. Für die Arbeiterklasse sieht die Sache anders aus. Die zunehmende Zentralisation und Konzentration des Kapitals und die damit verbundene immer höhere Vergesellschaftung der Arbeit faßt die Arbeiterklasse in immer größeren Betrieben zusammen – eine geballte Macht gegen die Kapitalisten, wenn sie im Klasseninteresse zusammensteht.

Ein Viertel der westdeutschen Industrieproduktion geht in den Export, weitere 14 % sind Zulieferproduktion für die Exportindustrie.

Die Exportabhängigkeit der Metallkapitalisten

Für die metallverarbeitende Industrie ist die Exportrate noch wesentlich höher. 34 % der Produktion gehen in den Export, weitere 12 % sind Zulieferproduktion für die Exportproduktion. Im Maschinenbau und in der Automobilindustrie liegt die direkte und indirekte Exportabhängigkeit noch höher bei insgesamt 55 %.

Während die Unternehmerverbände über die Exporteinbußen in der Krise jammern, ist der Exportanteil einzelner Industriezweige und vieler Unternehmen noch weiter gestiegen, im Maschinenbau im Lauf dieses Jahres auf 60 %. (Frankfurter Rundschau, 28.10.) Schlägt man eine Wirtschaftszeitung auf, so fällt auf: das allgemeine Gejammere über den Export und auf der anderen Seite die Berichte über einzelne Unternehmen, die große Exporterfolge melden. Zum Beispiel der Bosch-Konzern konnte den Anteil von Export und Auslandsproduktion von 47,8 % auf 52,3 % ausweiten (Handelsblatt, 1.8.). In der gleichen Ausgabe Siemens: "Das Auslandsgeschäft von Siemens hat sich erhöht." Der Auslandsumsatz wuchs um 16 % gegenüber 3 % im "heimischen Geschäft". Die Liste solcher Meldungen läßt sich beliebig ausdehnen.

Das bedeutet, daß der durchschnittliche Rückgang des Exports die Kapitalisten sehr unterschiedlich trifft. Was stattfindet ist ein heftiger Konkurrenzkampf um die Weltmärkte bei geschrumpftem und stagnierendem Welthandelsvolumen. Dabei hat sich das westdeutsche Kapital einen überproportionalen Anteil an neuen Märkten erobert. Während der Export in die EG-Länder um 9,3 % und in die USA um 29 % im ersten Halbjahr 1975 zurückging, stieg der Export in die Erdölländer um 78,4 % und in die Sowjetunion um 66,3 %. Volumenmäßig machen die Exportsteigerungen in diesen Regionen mehr als die Hälfte der Exporteinbußen auf den in der Krise verstopften traditionellen Märkten aus. Da die Exportsteigerungen in die Erdöl- und Comecon-Länder fast ausschließlich im Export von Investitionsgütern erreicht wurden, ist die Metallindustrie daran überproportional beteiligt.

Kapitalexport vervielfacht

Der Warenexport vor allem der großen Konzerne geht Hand in Hand mit gesteigertem Kapitalexport zum Aufbau von Auslandsniederlassungen. In den Jahren 1974 und 1975 hat das westdeutsche Kapital "mit 10 Mrd. DM soviel im Ausland investiert, wie in den ersten 20 Jahren nach Kriegsende zusammen. Dabei zeigt sich, daß Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen nach wie vor im Inland vorgenommen werden, während bei Erweiterungsinvestitionen der Auslandsstandort zunehmend an Bedeutung gewinnt." (Handelsblatt, 18.7.)

Das plumpe Unternehmerargument, es fehle an Geld für Investitionen, und deshalb müßten die Löhne gesenkt werden, ist also durch Tatsachen widerlegt. Auch die expandierenden Unternehmen rationalisieren, nehmen Entlassungen vor und drücken die Löhne, um im Konkurrenzkampf Märkte im In- und Ausland zu erobern, um ihre Profitrate zu erhöhen. In der Krise können sie das nur durch Niederringen der Konkurrenz, weil die Überproduktion nicht abgesetzt, die vorhandenen Produktionskapazitäten sonst nicht ausgelastet werden können. Dabei verhalten sich die Kapitalisten einer Nation gegenüber den anderen Nationen so wie ein Kapitalist gegenüber dem anderen Kapitalisten, als Wolf unter hungrigen Wölfen. Und da diese Wölfe die Ausbeuter sind, ist der im Vorteil, der das Geschäft der Ausbeutung am weitesten treibt.

In der Metallindustrie sieht das in Zahlen folgendermaßen aus:

Zahlen über die Ausbeutung

Seit zwei Jahren wird die Zahl der Beschäftigten ständig verringert. Im ersten Halbjahr 1975 wurde die Zahl der Beschäftigten um 87 300 (4 %) verringert. Allein von Juni auf Juli, als wegen der Investitionszulage kurzfristig die Aufträge um über 100 % zunahmen, wurden 12 300 Arbeitskräfte "freigesetzt". Die Summe aller Lohnaufwendungen (einschließlich Arbeitnehmeranteile) in der Metallindustrie ist im ersten Halbjahr 1975 um 2,6 % gegenüber dem ersten Halbjahr 1974 niedriger. Die Wochenlöhne stiegen im Durchschnitt um 4,6 % (brutto), netto entsprechend weniger, also weniger als die Teuerungsrate. Von dem 6,8 %-Tarifabschluß ist also realer Lohnabbau über geblieben.

Die Preise der Metallkapitalisten stiegen um 6,3 % (August 1975 gegenüber August 1974), während die Preise der Industrie im Durchschnitt um 3,3 % stiegen. An dieser höheren Preissteigerung kann man sehen, daß die Konkurrenzposition der Metallkapitalisten besser ist als im Durchschnitt der Industrie. (Alle Zahlen nach Angaben von Gesamtmetall in Handelsblatt, 8.10.)

Das Raubtier ist nicht übermächtig

Für die Kapitalisten ist der Konkurrenzkampf untereinander ein unerbittliches Naturgesetz, in dem sich ihre Raubtiernatur entfaltet. Aus der Ausbeutung ziehen sie ihre Kraft, aber darin liegt auch ihre Schwäche. Werden die Räder angehalten, verliert das Raubtier schnell an Kraft. Das gilt auch in der Krise, wo ihnen gleich der Verlust von Märkten droht. In der Krise, wo der Konkurrenzkampf unerbittlich ist, kann die Arbeiterklasse durchaus ihre Kraft zur Geltung bringen und die Verwundbarkeit der Kapitalisten nutzen, um der Ausbeutung Schranken zu setzen. Die Arbeiterklasse muß diesen Kampf führen, weil die Verelendung zunimmt und die Kapitalisten dabei sind, die Ausbeutung schrankenlos zu verstärken. Die Voraussetzungen, in diesem Kampf sich zu behaupten, sind für die Metallarbeiter, die das hoch gewerkschaftlich organisierte und größte Kontingent der Industriearbeiter stellen, keineswegs aussichtslos. Aussichtslos erscheinen sie nur denen, für die die Gesundheit des kapitalistischen Raubtiers Maßstab des Handelns ist. – **(bb)**

140 DM gefordert

Achim bei Bremen. Die Abteilung Werkzeugbau der Firma Alcan-Aluminium in Achim/Uphusen (300 Beschäftigte) hat sich per Unterschriftensammlung mehrheitlich für die Tarifforderung: 12 Prozent, mindestens aber 140 DM, ausgesprochen.

Existenzlohn für Lehrlinge gefordert

Friedrichshafen. Der Ortsjugendausschuß der IG-Metall-Verwaltungsstelle Friedrichshafen forderte Existenzlohn für Lehrlinge in Höhe von 740 DM; das entspricht 60 Prozent des Ecklohnes.

Mindestforderungen

Bremen. Vertrauensleutekörper bei Krupp-Maschinenfabrik zur Tarifrunde 10 %, mindestens 123 DM, zwei Tage Urlaub, 100 DM für Lehrlinge – einstimmig.

Vertrauensleutekörper bei **Engelhard und Förster**: 140 DM mehr für Lehrlinge, entspricht dem Beschluß der Gewerkschaftsjugendversammlung, 10 %, mindestens aber 130 DM, 4 Tage mehr Urlaub für alle, 10 % mehr Urlaubsgeld.

Vertrauensleutekörper AG Weser fordert: 10 %, für Programmlöhner 173 DM mehr. 10 % auf den Ecklohn bei Programmlohn sind 173 DM. 80 DM mehr für Lehrlinge.

IGM-Tarifkommission Unterweser Hauptvorstand: Forderungen über 9 Prozent werden

IGM-Tarifkommission Unterweser Hauptvorstand: Forderungen über 9 Prozent werden annulliert

Bremen. Die Tarifkommission der IG Metall des Gebietes Unterweser, Bremen und Bremerhaven hat am Dienstag mit 17 Ja-, 15 Neinstimmen und 2 Enthaltungen folgende Forderungen beschlossen:
- 8 Prozent mehr Lohn und Gehalt
- 50 Prozent mehr Ausbildungsvergütung
- Verlängerung des Urlaubs gestaffelt nach Alter um 1 bis 4 Tage.

Damit hat sich die Bezirksleitung Hamburg in der Tarifkommission durchgesetzt. Sie berief sich auf die Direktive des Hauptvorstandes, die besagt, daß Forderungen über 9 Prozent Gesamtvolumen von ihm annulliert würden. Die vorliegenden Forderungen aus den Betrieben, darunter die beiden größten Betriebe des Tarifgebietes, die Werften AG Weser und Vulkan, lauteten auf 10 Prozent, mindestens 173 bzw. 125 Mark. Sie wurden mit dem Verweis auf den feststehenden Lohngruppenschlüssel vom Tisch gewischt. Gleichzeitig wurde beschlossen, im Nordverbund, d. h. den Tarifgebieten Unterweser, nordwestliches Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam zu verhandeln.

Bosch-Streik gegen Kürzung der Schichtzulage

Herne. Bei Bosch legte am letzten Donnerstag die Frühschicht und später auch die Mittagsschicht die Arbeit nieder und protestierte gegen die Kürzung der Schichtzulage, die am 1. Januar in Kraft treten soll. Die Zulage, die bisher nach dem Effektivlohn berechnet wurde, soll künftig nach dem Tariflohn bemessen werden. Das bedeutet einen Lohnabbau von bis zu 170 DM monatlich für einen Arbeiter. Der Betriebsrat erhielt von der Geschäftsleitung die Zusage, daß noch vor der Betriebsversammlung am 17. Dezember eine Regelung vereinbart werden soll.

Siemens-Werk wurde besetzt gehalten

Haguenau. Als Am Montag, dem 8. Dezember, die 320-Mann-Belegschaft des Meßgerätewerkes der Siemens AG in den Streik trat, besetzte sie gleichzeitig das Werk. Damit wandten sie sich gegen die beabsichtigte Entlassung von 52 Kollegen und gegen die Kurzarbeit. Während der Besetzung wurden auch zeitweise drei Mitglieder der Fabrikleitung in den Büroräumen eingeschlossen. Das Werk arbeitet als Zulieferwerk für das Siemens-Meß- und Gerätewerk in Karlsruhe. Am Freitag soll die Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen haben. (Stuttgarter Zeitung, 13. Dezember)

In die Klemme geraten

Bundeskanzler Schmidt vor Benz-Arbeitern in Mannheim

Mannheim. Am letzten Dienstag, dem 16.12.1975, fand bei Daimler-Benz in Mannheim eine Betriebsversammlung statt, zu der Bundeskanzler Schmidt eingeladen war.

Auf der letzten Betriebsversammlung hatte ein Spitzenfunktionäre der SPD-Mannheim, Betriebsrat Feuerstein, Buhrufe und Pfiffe geerntet, als er die Politik der SPD als Politik im Interesse der Arbeiter anpries. Jetzt begab sich der Bundeskanzler selber vor die Arbeiter. Er versuchte von höherer Warte und mit geschickter Rede den Arbeitern klarzumachen, daß sie in dieser wirtschaftlichen Situation weitere Verschlechterungen ihrer Lage hinnehmen müßten. 40 Minuten redete er die meiste Zeit über die günstige Lage der Bundesrepublik in der Weltwirtschaft. "Wir sind wieder wer", wer hätte das gedacht in den Nachkriegsjahren, "wir haben sogar die Amerikaner überholt." Er dankte vor allem den "besonnenen Gewerkschaftsführern", wenn sie sich weiter so verhalten würden, "wird es so bleiben, wie es ist".

Dann, wenn er einmal auf die Maßnahmen der Regierung gegen das Volk zu sprechen kam, zum Beispiel auf die Steuererhöhungen ("wir werden an der Steuerschraube drehen"), gab es ein Raunen und Murren in den Reihen der 7 000 bis 8 000 anwesenden Kollegen. Schnell versuchte er, solche Situationen mit rhetorischen Witzen zu überbrücken. "Es würde mich wundern, wenn es jemand gäbe, der bei Steuererhöhungen Halleluja schreit."

In der Diskussion wurden Schmidt dann aber von einem Kollegen konkrete Fragen zu seiner Politik gestellt. Ob er es für sozial gerechtfertigt hält, den Arbeitern die Steuern zu erhöhen, um diese Gelder den Unternehmern für Rationalisierungen als Investitionszuschüsse zu geben.

Es wurde ihm vorgehalten, daß die Jugendlichen keine Verbesserung ihrer Lage vom Parlament erwarten können, weil nach dessen Vorstellungen weiterhin nach den Bedürfnissen des Kapitals ausgebildet werde. Das heißt, ein großer Teil der Jugendlichen wird auf der Straße liegen.

Uns würde das wenig nützen, wenn es in anderen Ländern noch schlechter gehe. Wir sollen immer verzichten. Im letzten Jahr hätten die Gewerkschaften mit dem 6,8 % Abschluß zurückgesteckt, daß aber trotzdem nichts besser wurde. Im Gegenteil: Arbeitslosenzahlen, Preise und Mieten sind weiter gestiegen, Krankenkassenbeiträge und Arbeitslosenversicherungsbeiträge sind erhöht worden. Ob Schmidt angesichts solcher Steigerungen meine, daß seine Politik im Interesse der Arbeiter liegt. wenn er sagt, daß "die Lohnquote in den letzten Jahren zu hoch gewesen sei und die Gewinne der Unternehmer wieder ansteigen müßten".

Diese Fragen brachten Schmidt in seinem Schlußwort zusehends in Schwierigkeiten. Seine Äußerungen zur Lohnquote mußte er zugeben. Zur Jugendarbeitslosigkeit konnte er nur erklären, daß er das in seinem Herzen tief bedauert. Auf die Frage nach Rationalisierungsinvestitionszuschüsse ging er gar nicht erst ein.

Hatte er in seiner Rede noch Zwischenbeifall bekommen, war jetzt in seinem Schlußbeitrag nur Schweigen in der Belegschaft.

Kollegen äußerten hinterher: "Der hat sich schön durchgeschlängelt", "Im Schwätzen ist er geschickt", "Solche Fragen haben ihm nicht gepaßt."

Ein Kollege meinte: "Wenn der jetzt wieder nach Bonn zurückfährt, dann weiß er wenigstens, daß er uns nichts mehr erzählen kann.



Auf dem Werkshof vom Siro-Werk, das stillgelegt werden soll, versammeln sich die Arbeiter

Protest gegen Stillegungen

Aachen. Die Kollegen von Siro Hydraulik GmbH legten am Mittwoch, 10. Dezember, die Arbeit nieder, um gegen die geplante Schließung des Werkes Aachen zu protestieren.

Der Kapitalist will die Produktion nach Neumünster in Schleswig-Holstein verlegen, da er dort aus Landesmitteln für jeden Arbeitsplatz nach Auskunft der Kollegen rund 10 000 DM einsteckt.

165 Kollegen sollen durch die Verlegung arbeitslos werden.

Immer deutlicher tritt zutage, daß die Schließungen, Entlassungen und die Steigerung der Arbeitshetze nicht Willkürakte einzelner Kapitalisten sind, sondern eine allgemeine Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus. So meinte ein Kollege von Siro: "Als die Kollegen bei Garbe Lahmeyer (Aachener Betrieb) entlassen wurden, da hab ich noch gedacht, ich hab ja noch meinen Arbeitsplatz. Wir haben uns nicht drum gekümmert. Jetzt sehen wir auf einmal, daß wir auch betroffen sind." In den letzten zwei Jahren wurden in Aachen in fünf Betrieben fast 2 000 Arbeiter auf die Straße gesetzt.

Am Mittwoch morgen waren etwa 400 Kollegen aus Aachener Betrieben und Umgebung da, um ihre Solidarität mit den Kollegen von Siro zu demonstrieren.

Die Betriebsleitung hatte die Tore abschließen lassen. Erst als der Betriebsrat protestierte, wurde aufgeschlossen. Unter Beifall der Siro-Kollegen zogen die 400 auf den Werkshof. – (d., Aachen)

500 Arbeiter demonstrieren

Nürnberg. 500 Kollegen protestierten auf der IG Metall-Kundgebung gegen die Entlassungen und Stillegungen in zahlreichen Betrieben Mittelfrankens. Bei der Trafo-Union sollen etwa 300 Arbeiter entlassen werden. Die Belegschaft hat gegen die Verlagerung von Kleintrafos nach Kirchheim/Teck und Westberlin durch die Siemens- und AEG-Kapitalisten schon zweimal gestreikt. Bei Eckert & Ziegler, Kabelmetal, dem AEG-Werk in Gräfenberg, wo ebenfalls die Belegschaften gegen die Entlassungen gestreikt und demonstriert haben, bei Friesecke und Höpfner in Erlangen und dem AEG-Telefunkenwerk in Nürnberg sollen jeweils mehrere Hundert Kollegen entlassen werden.

Teile des Tarifvertrags nicht anerkannt

Streik bei Eles wurde fortgesetzt

Wiesbaden. Der siebenwöchige Kampf der Kollegen bei Eles hat den Kapitalisten Szor in die Knie gezwungen. Er mußte auf Verhandlungen mit der Gewerkschaft Textil und Bekleidung eingehen. Bei den Verhandlungen, an denen der Kapitalist Szor, der staatliche Schlichter Landrat Becker und Vertreter der Gewerkschaft Textil und Bekleidung teilnahmen, mußte Szor wichtige Forderungen der Arbeiter und Angestellten von Eles anerkennen. Folgendes Verhandlungsergebnis erzwangen die Kollegen gegen den Kapitalisten:

,Lohn- und Gehaltstarifvertrag der Textil und Bekleidung, Tarifvertrag über Jahressonderzahlungen (35 % vom Monatsbruttolohn), Manteltarifvertrag mit Ausnahme von Überstundenzuschlägen und mit Ausnahme einer anderen Arbeitszeitregelung: 1976 = 45-Stunden-Woche, 1977 = 42-Stunden-Woche, 1978 = 40-Stunden-Woche. Im Manteltarifvertrag sind aber 40 Stunden festgelegt. Urlaubs- und Urlaubsgeldabkommen wird in zwei Stufen anerkannt: 1976 = 21,5 Tage und 175 DM, 1977 = 25 Tage und 350 DM. Letzteres gilt bereits in anderen Betrieben. Ein großer Erfolg in diesem langwierigen Kampf ist die Anerkennung des Gehaltstarifes und von Teilen des Manteltarifs durch den Kapitalisten Szor. Mit der Anerkennung des Lohn- und Gehalts- und Manteltarifvertrages erkennt der Kapitalist Szor die Tariffähigkeit der Gewerkschaft Textil und Bekleidung an. Das waren die Hauptforderungen dieses Kampfes.

Das bedeutet zum Beispiel, daß bei Tarifverhandlungen die Eles-Kollegen automatisch in den Kampf aller Kollegen der Textilbranche in Hessen miteinbezogen sind.

In künftigen Tarifkämpfen können sich die Eles-Kollegen einreihen in den Kampf der Textilarbeiter und die gesamte Schlagkraft der Textilarbeiter und -angestellten kann gegenüber den Textilkapitalisten zur Geltung gebracht werden. Möglich war dieser Erfolg, weil die Eles-Kollegen auf ihre eigene Kraft und Stärke vertraut haben. Stark sind sie, weil die Arbeiter die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums sind, den sich die Kapitalistenklasse aneignet. Der Kapitalist Szor und der bürgerliche Staat mit seiner Polizei und seinen Spitzeln konnte diesen Streik nicht zerschlagen. Breite Unterstützung erhielt der Kampf der Kollegen durch Arbeiter und Angestellte aus anderen Betrieben und Gewerkschaften und aus den Hochschulen.

Dennoch will der Kapitalist Szor den vollen Sieg in diesem Kampf nicht zugestehen. Gefordert hatten die Kollegen, daß sämtliche von der Gewerkschaft Textil und Bekleidung den Textilkapitalisten in Hessen abgetrotzten Tarifverträge anerkannt werden. Teile davon will der Kapitalist nicht anerkennen. Gegenüber der 40-Stunden-Woche, die die westdeutsche Arbeiterklasse mit Hilfe ihrer Gewerkschaften in fast allen Branchen erkämpft hat, bedeutet die ausgehandelte Arbeitszeitregelung eine vertraglich vereinbarte Verlängerung des Arbeitstages.

Der Kapitalist will Teile der Tarifverträge nicht anerkennen

Fünf Stunden sollen die Eles-Kollegen gegenüber den Vereinbarungen im Manteltarifvertrag (40 Stunden) mehr schaffen und dazu noch ohne jegliche Überstundenzuschläge. Die Überstundenzuschläge nach dem Manteltarifvertrag hat Szor nicht anerkannt. Ebenso wird das Urlaubs- und Urlaubsgeldabkommen der IG Textil und Bekleidung nur schrittweise erfüllt.

Das ist die andere Seite des Verhandlungsergebnisses. Der Kapitalist versucht die Tariffähigkeit der Kollegen wieder zu durchlöchern. Er versucht, die Eles-Kollegen unter die in den letzten Jahren erkämpften Vereinbarungen der Arbeiter in der Textilbranche zu drücken. Er will die Kollegen von Eles zwingen, hinter diese Manteltarifvereinbarungen, die Tarifvereinbarungen über vermögenswirksame Leistungen und hinter das Urlaubszeit- und Urlaubsgeldabkommen zurückzugehen. Damit greift er die gewerkschaftliche Organisation an durch Aushöhlung dessen, was die hessischen Textilarbeiter erkämpft haben und was vertraglich festgelegt ist. Das öffnet den Kapitalisten in der Textilbranche Tür und Tor für Angriffe auf die Arbeiter und Angestellten in diesem Industriezweig und schadet ihrem gewerkschaftlichen Kampf um den Zusammenschluß der Gewerkschaft.

Auf diese unverschämten Angriffe des Kapitalisten Szor auf die volle Tariffähigkeit und die einheitliche Organisation reagierten die Kollegen auf der letzten Streikversammlung am Freitag mit Zorn. Ihr Wille nach voller Anerkennung aller Tarifverträge wurde durch dieses Manöver des Kapitalisten Szor und seines Schlichtungsbruders, Landrat Becker, nur gestärkt.

Urabstimmung wieder abgesetzt

Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung setzte, nachdem das Verhandlungsergebnis bekanntgegeben war, eine Urabstimmung an, die jedoch wieder abgeblasen werden mußte. Das Verhandlungsergebnis ist an die hessische Tarifkommission der IG Textil und Bekleidung weitergeleitet worden, wo es zur Abstimmung steht. Auf einem Treffen von Kollegen der Streikleitung bekräftigte diese nochmals die Forderung nach voller Anerkennung der Tarifverträge durch den Kapitalisten Szor und trat ein für die Fortsetzung des Streikes.

Fortsetzung des Streiks

Jetzt galt es, die Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Kollegen gegenüber der hessischen Tarifkommission zu bekräftigen und sich an diese zu wenden mit dem Ziel, sie zu gewinnen für die Weiterführung des Kampfes zur Durchsetzung aller Forderungen der Kollegen. Weiter galt es, den Sondervereinbarungen des Vertrages entgegenzutreten, die darin bestanden, Streikschilder zu beseitigen und den Wohnwagen für die Streikposten abzufahren. Außerdem sollten am Montag acht namentlich festgelegte Kollegen wieder arbeiten gehen. Festgelegt war auch, daß den Kollegen gekündigt wird, sollten sie am Montag nicht im Szor-Betrieb erscheinen. Dies alles haben die Kollegen zu verhindern versucht. Konnten die Streikenden am Freitag den Abtransport des Wohnwagens boykottieren, indem sie ihn mit Privatautos umstellten, so wurde er in der Nacht klammheimlich weggeschafft. Am Sonntagabend wurden die acht Kollegen von anderen Streikenden besucht und mit ihnen diskutiert, daß es falsch ist, Teile des Vertrages zu erfüllen, bevor die gewerkschaftlich organisierten Kollegen von Eles und die hessische Tarifkommission über das Abkommen entschieden haben. Am Montagmorgen nahm keiner der acht Kollegen die Arbeit auf. Erst am späten Mittag gingen fünf Kollegen in den Betrieb. Alle anderen Kollegen von Eles sind nicht am Arbeitsplatz erschienen.

Von Anfang an hat sich der bürgerliche Staat in den Streik der Kollegen für ihre gerechten Forderungen eingeschaltet. Wie bereits in vorherigen Artikeln berichtet, wurde die Polizei gegen die Streikenden eingesetzt. Aber allzu offensichtlich wurde dabei die Aufgabe des Staates, gegen die Bewegungen in der Arbeiterklasse vorzugehen und die Ausbeuterordnung mit aller Gewalt aufrechtzuerhalten. Zu breit wurde der Protest gegen die Polizeieinsätze. Zudem verbreiterte sich zusehends die Solidarität der Kollegen anderer Betriebe mit den Streikenden. In dieser Situation wurden die Polizeieinsätze nicht weitergeführt. Der Landrat Becker trat auf den Plan und schaltete sich in die Verhandlungen der Gewerkschaft Textil und Bekleidung mit den Eles-Kapitalisten ein.

So steht im "Wiesbadener Kurier" vom 9.12.: *"Wie aus gut informierten Kreisen zu erfahren war, hatte sich der Landrat in den Arbeitskampf eingeschaltet, als die Auseinandersetzungen in Taunusstein/Bleidenstadt immer schärfer wurden."* Während auf der einen Seite der Landrat als Lakai des bürgerlichen Staates auf den Plan trat, so versuchte die Presse das Übrige. Als die Kollegen das am Montag, dem 8.12. erzielte Verhandlungsergebnis nicht akzeptierten und weiter streiken wollten, signalisierte die Presse bereits das Ende des Streiks. So steht im "Wiesbadener Kurier" vom 9.12.: *"Der Arbeitskampf kann damit – so der Landrat – noch in dieser Woche beendet werden."*

Auch wenn die Kapitalisten und ihre Presse den Streik seit einer Woche offiziell für beendet erklärt haben: Bis jetzt ist der Streik weitergeführt worden. – (m., Ortsgruppe Wiesbaden)

Letzte Meldung

Heute hat die Gewerkschaft Textil und Bekleidung Bezirk Frankfurt an alle gewerkschaftlich organisierten Kollegen ein Schreiben geschickt, in dem steht: "Nach ausführlicher Beratung ist unsere große Tarifkommission zu dem Ergebnis gekommen, daß mit der Vereinbarung vom 8.12.1975 das Streikziel erreicht ist. Das Verhandlungsergebnis wird damit angenommen. Der Streik ist damit beendet."

Arbeitshetze nicht hingenommen

München. 20 Kollegen beim Münchner Merkur gingen am 4. Dezember gemeinsam zum Betriebsrat. Die Kollegen der Anzeigensetzerei sagten den Grund ihres Arbeitsausfalls laut und deutlich: "Während von uns Überstunden verlangt werden, während heute drei Kollegen vor oder während der Arbeitszeit wegen Überbelastung umkippten (eine Kollegin mußte sofort in den Sanitätsraum gebracht werden), läuft noch ein Arbeitsgerichtsprozeß, wonach ein Kollege wegen Arbeitsmangel rausgeschmissen werden soll. Wir fordern Zurücknahme der Kündigung und für den Anzeigenbereich Aushilfen!"

Nach knapp einer Stunde wurde ein erster Teilerfolg erreicht. Für die nächsten zwei Wochen wurden vier Aushilfen zugesagt. Auch die Angelegenheit des Kündigungsprozesses soll baldigst per Verhandlung beigelegt werden.

Streik gegen erhöhte Stückzahl

Frankfurt. Bei VDM wurden in den letzten Monaten 400 Kollegen auf die Straße geworfen. 15 Kollegen wurden am 1. Dezember für unbefristete Zeit aus der Schwermetallzieherei in die Gesenkschmiede versetzt. Dort wurde am Montag die Stückzahl um 20 Prozent im Durchschnitt erhöht. Den Kollegen reichte es, und sie arbeiteten bis 20 Uhr nur 75 Prozent der vorherigen Stückzahl und legten die Arbeit nieder. Daraufhin wurden drei Kollegen fristlos entlassen. Trotz der willkürlichen Kündigungen der drei halten die anderen die Forderungen weiter aufrecht. Zahlreiche Kollegen schaffen ihren Akkordrichtsatz nicht mehr und verlieren oftmals 1 DM pro Stunde. Dagegen richtet sich der Widerstand der Spätschicht in der Gesenkschmiede.

Hannover. Der Vertrauensleutekörper bei VAW hat am vorletzten Montag einen Beschluß für die IG-Metall-Tarifrunde gefaßt: 10 Prozent, mindestens aber 100 DM. Weiterhin wird die Erhöhung des Weihnachtsgeldes gefordert. Bekräftigt wurde, daß ein Tarifabschluß wie in der Stahltarifrunde von 6 Prozent nicht annehmbar ist.

Vierhundert Universitätsmitglieder verhindern Gesinnungsschnüffelei

Anhörungsverfahren in Bremen verhindert

Bremen. Das Dienstgespräch des Personalratsmitgliedes der Bremer Universität, Dieter Mützelburg, wurde am vergangenen Donnerstag von über 400 Universitätsangehörigen verhindert.

Dieter Mützelburg, der seit fast fünf Jahren an der Universitätsverwaltung angestellt ist und seit fast vier Jahren Mitglied des Personalrates ist, sollte wegen "aktiver Betätigung für den KBW" vom Rektor Steinberg dienstverhört werden. Ziel des Verhörs, das der Wissenschaftssenator (-minister) Franke angeordnet hatte, war, Mützelburg verfassungsfeindliche Tätigkeit nachzuweisen, um ihn zu entlassen. So wie vor ihm die Angestellte Barbara Busch und wie derzeit den Physik-Professor Scheer.

Doch Franke hatte die Rechnung ohne die Universitätsmitglieder gemacht. Von Anfang an hatte ihm die Sache Kopfschmerzen bereitet. Sein Amtsvorgänger Thape hatte kurz vor Aufgabe des Hochschulministeriums nämlich Mützelburg den Rausschmiß wegen KVZ-Verkauf angedroht. Fast alle Universitätsmitglieder empörten sich darauf. Die Mehrheit der achthundert Angestellten unterstützte Protestresolutionen, in denen freie politische Betätigung und auch die Abschaffung des besonderen Dienstrechtes gefordert wurde. Personalrat, Betriebsgruppe der ÖTV und selbst der Rektor stellten sich vor Mützelburg, kündigten – wie die Gewerkschaftsgruppen ÖTV und GEW – auch weitere Maßnahmen für den Fall weiterer Schritte gegen Mützelburg an.

Franke nahm das ernst. Kündigte er erst noch in der Universität an: "Wer diesen Staat in den Orkus schicken will, der muß gehen", wies er ein paar Tage später dann den Rektor an, ein "Dienstgespräch" zu führen, um selbst sich die Hände nicht schmutzig zu machen, gilt er doch als "links". Anlaß des Gesprächs sollte eine Erklärung Dieter Mützelburgs sein, daß er angegriffen werde als Verfechter der Interessen der Beschäftigten, als Mitglied des Personalrats, wo er konsequent zur Organisierung vieler Kämpfe gegen politische Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung und staatliche Rationalisierungen und Verschärfung der Arbeitshetze aufgetreten war. Aus der Tatsache, daß er vertrat: "Nicht nur die Fabriken, sondern auch der Staat muß in die Hand der Arbeiter", und dazu werde der Staat, Schutzhülle des Kapitalismus, zerbrochen, sollte Mützelburg der Strick gedreht werden.

Die Sozialdemokraten in der Regierung gingen das nicht ungeschickt an. Streuten sie doch angesichts der breiten Front – mittlerweile hatten sich auch Studentenvollversammlungen und viele Professoren gegen die Disziplinierungen ausgesprochen und sich spontan unter zwanzig Kollegen der Bibliothek eine Aktionseinheit gegen politische Entrechtung gebildet – Gerüchte über Gerüchte aus, man wisse es genau, "aus höchster Quelle", "hundertprozentig", Mützelburg werde nicht entlassen, das Dienstgespräch diene nur dem Schutz des Kollegen. Während zahlreiche Kollegen und auch die ÖTV-Vertrauensleute diesen Trick nicht durchschauten, sondern dem Rektor, der als Berufsverbotsgegner bekannt ist, trauten, versuchten die Genossen der KBW-Zelle im Verein mit Studenten und fortschrittlichen Hochschullehrern klarzumachen: Jede Anhörung ist eine politische Disziplinierung. Sicher – selbst wenn der Rektor will, daß Mützelburg bleibt – entscheiden muß der Staat. Und der verlangt eine Distanzierung Mützelburgs vom KBW. Der aber hatte mehrfach erklärt, daß er nicht kuschen werde. Freie politische Betätigung nehme er auch im öffentlichen Dienst in Anspruch. Seine politischen Ziele vertrete er öffentlich, eine geheime Anhörung lehne er ab.

Während die Kollegen zögerten, schloß sich zwei Tage vor der Anhörung auch der Allgemeine Studentenausschuß der von fortschrittlichen Studenten und Hochschullehrern ausgegebenen Parole "Verhindert das Dienstgespräch" an. Der Allgemeine Studentenausschuß wird von MSB Spartakus und SHB gestellt. Jetzt war, nachdem auch die Hochschullehrer des Bundes Demokratischer Wissenschaftler im Verein mit einer Gruppe sozialistischer Hochschullehrer Steinberg aufforderten, das Gespräch abzusagen, die Basis für einheitliche Aktionen der Universitätsangehörigen gelegt.

Die Universitätsleitung reagierte verzweifelt über ihre Spitzenbeamten, die als "ÖTV-Fraktion" im Akademischen Senat die Parole von "KBW-Störaktionen" zum Schaden des Kollegen Mützelburg ausgaben. Die Parole zog nicht mehr. Steinberg lehnte zwar die Absage des Gesprächs ab, mußte sich aber vierhundert empörten Universitätsangehörigen im Sitzungssaal stellen. Da stand er nackt vor den vielen Menschen: Die ihm vom Senator aufgetragenen Spitzelfragen – Steinberg: "Ja das sind Fragen nach der Gesinnung" – wolle er bewußt nicht stellen. Und warum dann die Anhörung? "Ja, ich werde ganz anderes fragen, Historisches über die Gewalt und wie das bei den Klassikern steht." Man muß nämlich wissen, Steinberg ist Professor für Geschichte der Arbeiterbewegung. Und ob der Senator mit diesen Fragen und den Antworten zufrieden sei, wo er doch nichts über Marx und Lenin, sondern über Mützelburg und den KBW wissen wolle, und ob er Steinberg garantiere, daß, wenn Mützelburg mit ihm ein Geschichtsstündchen mache, er nicht entlassen werde. Steinberg schwieg.

Die Universitätsangehörigen brachen in schallendes Gelächter aus. Spontan stimmten sie auf Vorschlag des Kommunistischen Studentenbundes ab: Steinberg solle das Gespräch aufgeben. Der Allgemeine Studentenausschuß schlug vor, die Türen dicht zu machen, daß Mützelburg einfach nicht zu Steinberg könne.

Der Rektor ging. Mützelburg blieb. Denn nur gegen den Willen der Universitätsangehörigen, der gerecht war, hätte er und zwar mit Gewalt den Saal verlassen können. Das aber konnte gar nicht im Interesse eines erfolgreichen Kampfes gegen die politischen Disziplierungen sein.

Steinberg stellte über den Leiter der Universitätsverwaltung ein zehnminütiges Ultimatum. Wenn Mützelburg dann nicht käme, wäre das Nötigung, und Mützelburg müsse vor Gericht aussagen, außerdem hätte er die Universitätsangehörigen "angestiftet". Die Masse lachte den Kanzler aus: "Uns hat niemand angestiftet, wir kämpfen für freie politische Betätigung und gegen Gesinnungsschnüffelei!" Steinberg setzte noch ein Ultimatum, jetzt ohne Drohung. Die Tür blieb für Mützelburg dicht. Nach anderthalb Stunden war die Angelegenheit vorbei. Steinberg verzichtete auf das Dienstgespräch. Und Senator Franke schrieb er: "Ich habe keine Neigung m ehr, das Gespräch durchzuführen. Ich weise Sie ausdrücklich auf Artikel 15 der Landesverfassung (der die freie politische Betätigung auch im öffentlichen Dienst garantiert) hin und fordere Sie auf, keine weiteren Schritte gegen Herrn Mützelburg einzuleiten."

Steinberg hatte aufgegeben. Das Dienstgespräch fand nicht statt. Damit ist der "Fall Mützelburg" nicht zu Ende. Während Rektor und Personalratsvorsitzender nun aus "höchsten Kreisen" wußten, daß Mützelburgs Entlassung gesichert sei und man eigentlich nichts mehr tun könne, will Franke jetzt eine schriftliche Stellungnahme anfordern.

Doch die Universitätsangehörigen haben bewiesen, daß sie einheitlich gegen Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei auftreten. Um bei neuen Maßnahmen neue Erfolge zu erzielen, werden sie jetzt daran gehen, auch die zögernden Kollegen gerade in der ÖTV-Betriebsgruppe zu gewinnen. – (Zelle Universitätsverwaltung Bremen)

Proteste gegen Zulagenstreichungen in Baden-Württemberg

In der letzten Woche wollte die baden-württembergische Landesregierung einen weitgehenden Schlag gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst landen. Ebenso wie den Beamten beim Land sollten auch den Lohnabhängigen bei den Gemeinden und "den sonstigen der Herrschaft des Staats unterstehenden Körperschaften" sämtliche übertariflichen Zuschläge mit einem Federstrich genommen werden. Das sollte durch das "Haushaltsanpassungsgesetz" geschehen, über das am Mittwoch im Landtag beraten werden sollte. Die ÖTV rief daraufhin Versammlungen von Personalräten ein, die ihren Protest formulierten gegen den Wegfall von Essenszuschuß, Fahrtkostenzuschüssen, Zuschüssen für Erholungen. Auf Grund des Protests wurden in Stuttgart die Gemeinden von der Zulagenstreichung zunächst "ausgeklammert". Wie sich die Streichung der Zulagen auswirkt, dazu schreibt uns die Zelle des KBW an den Städtischen Kliniken in Mannheim:

Die übertariflichen Zulagen, die als Teil des Lohnes zu betrachten sind, und die gestrichen werden sollten, sehen im Städtischen Krankenhaus Mannheim konkret so aus:

– 150 DM Wohnungszulage für alle Pflegekräfte, die nicht im Krankenhaus wohnen (75 DM für die Auszubildenden);
– Zuschüsse der Stadt für den Kinderhort, in dem ein Säuglingsplatz schon jetzt 350 DM monatlich kostet;
– Zuschüsse der Stadt für das Kantinenessen, das erst vor drei Monaten auf 1,80 DM verteuert wurde. Nach den Plänen der Landesregierung würden wir im neuen Jahr mehr als das Doppelte zahlen;
– das Urlaubswerk, das jedem Beschäftigten im Krankenhaus alle zwei Jahre einen kostenlosen Urlaub ermöglicht. Mit dem Hinweis aufs Urlaubswerk wurden die Forderungen der Kollegen im öffentlichen Dienst nach einem einheitlichen Urlaubsgeld oft abgeblockt. Die Streichung würde bedeuten: weder Urlaubswerk noch Urlaubsgeld;
– Schmutzzulagen (bis zu 0,40 DM pro Stunde), Leistungszulagen, Darlehensgewährung.

Durch die große Empörung der Kollegen konnten die unverschämten Auspressungsversuche des bürgerlichen Staates erstmal verhindert werden – die Gesetzesvorlage wurde abgelehnt. Wer diesen Erfolg den Sozialdemokraten zurechnen will, dem sei gesagt: SPD und CDU sind sich zwar uneinig bei der Durchführung der Sparmaßnahmen, das heißt aber lediglich, daß sie sich nicht einig wurden, in welcher Form die Kollegen im öffentlichen Dienst geschröpft werden sollen.

Denn daß beide aus den Arbeitern und Angestellten rausholen wollen, was immer nur geht, darüber haben sie nie Zweifel gelassen – und Kanzler Schmidt läßt auch keine Gelegenheit aus, dies immer wieder zu betonen. Dieser Erfolg ist einzig und allein der breiten Front der Kollegen zuzuschreiben, die sofort reagierten. So wurde in einem Ausbildungskurs des Mannheimer Krankenhauses eine Resolution verfaßt, die die ÖTV auffordert, umgehend Warnstreiks zu organisieren gegen die geplanten Maßnahmen.

HBV: Aktion vor den Buchläden nicht genehmigt

Heidelberg. Auf der letzten Mitgliederversammlung der Fachgruppe Buchhandel und Verlage der Gewerkschaft HBV am 10. Dezember in Heidelberg haben die anwesenden Mitglieder mit großer Mehrheit beschlossen, noch im Weihnachtsgeschäft eine Aktion vor Heidelberger Buchläden durchzuführen. In Flugblättern und kurzen Megaphonbeiträgen sollte der Bevölkerung und den im Buchhandel und Verlagen Beschäftigten die Notwendigkeit aufgezeigt werden, gegen den ständigen Lohnabbau vorzugehen und die von der Tarifkommission dagegen aufgestellte Forderung von 160 DM für alle aktiv zu unterstützen.

Die Gewerkschaftsführung aber hat verhindert, daß diese Aktion im Weihnachtsgeschäft durchgeführt wird. Der auf dieser Mitgliederversammlung anwesende Sekretär teilte im Namen der Bezirksleitung mit, daß diese Aktion nicht genehmigt wird. Daraufhin wurde von den anwesenden Mitgliedern mehrheitlich eine Resolution verabschiedet, in der entschieden gegen dieses gewerkschaftsschädigende Verhalten protestiert wurde und die Bezirksleitung aufgefordert wurde, Rechenschaft darüber abzulegen und die Beschlüsse der Mitgliederversammlung nachträglich zu unterstützen. Die Mehrheit der Mitglieder auf der Versammlung ist sich darüber im klaren, daß die Festgeldforderung von 160 DM für alle nur dann durchzusetzen ist, wenn auch alle bereit sind, aktiv für diese Forderung zu kämpfen.

Frankfurt
Die ÖTV-Abteilung Justiz Frankfurt beschloß am 15. Dezember: 130 DM für alle! 300 DM Urlaubsgeld! 600 DM einheitlich für alle Auszubildenden!

Kassel
Die Mitgliederversammlung d der ÖTV Gesamthochschule beschloß einstimmig: 170 DM, 10 DM mehr für jedes Kind. Die Mitglieder sind bereit, diese Forderung notfalls mit Streik durchzusetzen.

Köln
Die Betriebsversammlung der Arbeiterwohlfahrt forderte bei 50 Anwesenden einstimmig: 140 DM als Tarifforderung.

Westberlin
ÖTV-Vertrauensleutekörper bei der Deutschen Gesellschaft zur Förderung des Wohnungswesens: 140 DM auf BAT und 80 Pfennig mehr pro Stunde für Hauswarte.

Bezirksamt Schöneberg: Sozialarbeiter fordern 140 DM.

Bezirksamt Wilmersdorf: 140 DM, Urabstimmung und Kampfmaßnahmen, falls absehbar, daß 140 DM nicht zugestanden werden.

Frankfurt
Die ÖTV-Betriebsgruppe des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik hat am 10. Dezember für die Tarifrunde einen Festgeldbetrag von 140 DM gefordert.

Göttingen
Die ÖTV-Mitgliederversammlung am Max-Planck-Institut für Strömungsforschung hat eine Forderung von 150 DM für alle aufgestellt.

Die ÖTV-Mitgliederversammlung an den Fachbereichen Mathematik/Physik der Universität hat eine Forderung von 140 DM für alle aufgestellt.

Dortmund. ÖTV-Fachgruppe Universität: 180 DM.

Offenbach
Die Fachgruppe Sozialarbeit des ÖTV-Kreises Offenbach hat einstimmig beschlossen: 6 Prozent, mindestens 180 DM, 300 DM Urlaubsgeld.

Frankfurt
Die ÖTV-Mitgliederversammlung des Technischen Rathauses beschloß: 180 DM, die Mitgliederversammlung des Stadt-Steueramtes: 160 DM.

Bremen
Am 29. November 1975 fand die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV statt. Die anstehende Tarifrunde wurde diskutiert. Überall dort, wo Betriebsgruppen Beschlüsse zur Tarifrunde gefaßt hatten, waren Festgeldforderungen aufgestellt worden, meist in Höhe von etwa 150 DM pro Monat. Auch unser Arbeitervertreter in der Großen Tarifkommission, Röhrs, sprach sich für einen Festgeldbetrag aus. Der Vorstand wegte es in dieser Situation nicht, die Anträge zur Ablehnung zu empfehlen. So wurden sie an den Hauptvorstand, Tarifsekretariat, überwiesen.

Personalversammlung im Schulamtsbezirk Freiburg Land
Für Einstellung aller Lehrer!
Emmendingen. Auf der Personalversammlung des Schulamtsbezirks Freiburg Land am 27. November forderten die etwa 600 anwesenden Kollegen, daß der Personalrat beim Kultusminister für die Einstellung aller benötigten Lehrer eintritt. Die Kollegen wandten sich gegen die Sparmaßnahmen im Schulbereich, weil in den Schulen immer noch Klassenstärken von dreißig bis vierzig Schülern vorherrschen und die Arbeitsbelastung der Kollegen insbesondere durch Überstunden zu groß ist.

Stuttgart. ÖTV-Mitgliederversammlung Universität Stuttgart: 140 DM.

Wiesbaden
Die ÖTV-Mitgliederversammlung, 26 Kollegen anwesend, forderte 160 DM, gegen Kürzung der Ortszuschläge, Urabstimmung vor dem Tarifabschluß. Gefordert ist eine öffentliche Veranstaltung zur Tarifrunde und den Arbeitsbedingungen an den Kliniken.

Betriebsgruppenversammlung Sozialamt/Stadtverwaltung: 180 DM mehr.

Gesamtbetriebsgruppenversammlung (zentrale Vertrauensleuteleitung) Stadtverwaltung: Beschluß von den Vertretern von 18 Betriebsgruppen auf 180 DM. Der Geschäftsführer der Kreisverwaltung Wiesbaden unterstützte diese Forderung.

Gießen. Die ÖTV-Mitgliederversammlung Universitätsklinik forderte 190 DM Lohnerhöhung.

Hamburg. Vertrauensleutekörper-Sitzung Universitätskrankenhaus Eppendorf: 180 DM.

Oldenburg
Die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV-Kreisverwaltung Oldenburg beschloß am 6. Dezember:

eine Aufforderung an die Große Tarifkommission, in dieser und allen zukünftigen Tarifrunden nur noch Festgeldbeträge zu fordern.

Große Mehrheiten fanden Anträge an den Hauptvorstand, für die volle Tarifautonomie und das Streikrecht aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst in der Dienstrechtsdiskussion einzutreten. Gefordert wurde u.a. auch die Beseitigung des Tendenzschutzes in Einrichtungen caritativer und kirchlicher Verbände.

Hamburg. Die Vertrauensleutevollversammlung der Abteilung Justiz hat in einem Antrag für die Bezirkskonferenz der ÖTV zum einheitlichen Dienstrecht die Ausdehnung der Tarifautonomie und das Streikrecht für alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten gefordert.

Wie das Arbeitsamt Frauen mit Kindern um ihr Recht betrügt

Mit vielerlei Mitteln versuchen die Arbeitsämter Arbeitslose um die ihnen zustehenden Leistungen zu bringen. Dazu gehört die Anforderung von "Betreuungsnachweisen", die arbeitslose Frauen dem Arbeitsamt vorlegen müssen, wenn sie kleine Kinder haben. Auf einem Vordruck müssen diejenigen Personen oder Einrichtungen, die sich während der Arbeitszeit um die Betreuung der Kinder kümmern, das durch Unterschrift bestätigen. Wer keinen Kindergartenplatz oder keine Großmutter zum Kinderverwahren hat, steht "dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung" und kriegt vom Arbeitsamt keinen Pfennig.

Hat eine Frau vorher ganztags gearbeitet und muß jetzt, weil sie niemanden für das Kind hat, eine Halbtagsstelle suchen, erhält sie Arbeitslosengeld nicht entsprechend der früheren, sondern entsprechend der vorgesehenen Arbeitszeit.

Gibt es aber in dem Bereich, wo sie arbeiten will, gerade keine Halbtagsstellen, erhält sie nichts, weil sie "dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht". Solange sie Arbeit hat, kümmert sich der Staat und der Kapitalist einen Dreck darum, wie sie mit ihren Kindern durchkommt. Hat sie die Arbeit verloren, heißt es, "der Schutz von Kindern und Familie hat Vorrang vor der Frauenarbeit".

Ludwigshafen. Die Betriebsangestelltenkonferenz der IG Chemie Rheinland-Pfalz fordert, daß die Arbeitslosengelder 18 Monate gezahlt werden.

Streik der Klinikhelfer in Göttingen

Göttingen. Am Montag, 15.12., legten etwa 400 studentische Helfer, die ausschließlich auf den acht Intensivstationen der Uniklinik arbeiten, unbefristet die Arbeit nieder. Die Landesregierung hatte über 80 Prozent von ihnen eine Woche zuvor den Lohn von 70 DM brutto pro acht Stunden auf 49 DM gekürzt. Ihr neuerliches Angebot lautete 54 DM für alle unter der Voraussetzung, daß insgesamt 10 bis 13 % der studentischen Hilfskräfte entlassen werden. Dieses Angebot wurde zurückgewiesen. Sie beharren weiter auf den 70 DM. Das Personal hat sich weitgehend mit diesem Kampf solidarisiert und einzelne Stationen haben sich direkt gegen den Lohnabbau, Mehrarbeit und Überstunden ausgesprochen.

Eine Wachstation hat beschlossen, mit folgenden Schritten den Streik zu unterstützen: 1. Wenn nötig, Verlegung von Patienten. 2. Streikbrecher werden weggeschickt. 3. Meldung an die Krankenkassen über die Minderversorgung der Patienten. Auf Grund der breiten Solidarisierung sieht sich die Landesregierung gezwungen, diese Frage am 16.12. im Landtag zu behandeln.

Fast 5 000 auf der Straße

Braunschweig. Vier- bis fünftausend Schüler, Studenten, Eltern und Lehrer demonstrierten am 10. Dezember durch die Braunschweiger Innenstadt gegen die schlechten Verhältnisse im Schulwesen. "Für die Einstellung aller Lehrer", "Lehrer her, Räume her, wir geben keine Ruhe mehr!" waren vorherrschend. Aufgerufen hatten GEW, Stadtschülerrat und die Allgemeinen Studentenausschüsse der Braunschweiger Hochschulen. Die Demonstration fiel zeitlich mit dem Streik der Studenten zusammen und wurde dementsprechend von ihnen kräftig unterstützt. Zu Beginn der Demonstration wurde eine Resolution der Betriebs- und Personalrätekonferenz des DGB verlesen, die die Aktion der GEW begrüßte. Die Aktion war der bisherige Höhepunkt der Auseinandersetzungen um das Schulwesen. Sonderschulklassen waren mit ihren Eltern dem Schulrat auf die Amtsstube gerückt und hatten Unterricht gefordert. Eltern hatten eigene Erhebungen angestellt über den Unterrichtsausfall, weil sie (berechtigt) den staatlichen Angaben mißtrauen. Einen Monat vorher gab es einen eintägigen Boykott an Gymnasien.

Kein Lehrer als Regierungsknecht

Hildesheim. 3000 Hildesheimer Eltern, Schüler, Lehrer und Studenten demonstrierten am 11. Dezember gegen neue Erlaßentwürfe der niedersächsischen Landesregierung. Diese sehen u.a. vor: Schulklassen werden zu Mammutklassen zusammengelegt, der Unterrichtsausfall verschleiert, Abbau der Altersermäßigung für ältere Lehrer. Die Rechte der Lehrer werden eingeschränkt: Personalversammlungen und Personalrat dürfen nicht mehr in der Unterrichtszeit tagen. Der Schulabteilungsleiter des Kultusministeriums gab zu: "Niemand von uns meint, daß damit meßbar Lehrerstunden gewonnen werden könnten." (Erziehung und Wissenschaft Nr. 22/75) Die Regierung will zeigen, wer Herr in der Schule ist. Die 3000 Demonstranten forderten vom Kultusminister Mahrenholz: "Ernst-Gottfried, laß das Reden sein, stell schnellstens alle Lehrer ein!" Andere Transparente forderten kleinere Klassen, den Schulausbau, Arbeitslosengeld für arbeitslose Jugendliche und Lehrer, zwölf Stunden Berufsschulunterricht. Stark vertreten waren auch Forderungen gegen die Disziplinierung und Einschüchterung der Studenten und Lehrer: "Kein Lehrer als Regierungsknecht – Weg mit dem Beamtenrecht!"

1200 Kollegiaten beschließen Streik

Westberlin. Am 12. Dezember fand im Auditorium Maximum der Technischen Universität die Vollversammlung der Westberliner Institute des Zweiten Bildungsweges statt. Gekommen waren etwa 1 200 Kollegiaten trotz stattfindenden Unterrichts in den einzelnen Instituten. Beschlossen wurde ein dreitägiger Streik Ende Januar u.a. unter den Forderungen: Keine Änderung der Ausbildung im Zweiten Bildungsweg ohne Zustimmung der Studierenden! Für 600 DM BAFöG! Anerkennung aller Abiturienten, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose! Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf! Die Forderung "Gegen den schleichenden Abbau des Zweiten Bildungsweges" wurde unter Beifall kritisiert: "Diese Forderung beinhaltet, die herrschende Klasse aufzufordern, wieder die früheren Konkurrenzbedingungen herzustellen und möglichst viele Funktionäre heranzubilden. Im Interesse von uns Kollegiaten in der Frage der Schule kann es nur sein, eine einheitliche, allgemeine Ausbildung, welche die Grundlagen der Hauptzweige der Produktion vermittelt, zu fordern und die Zersplitterung des Schulwesens aufzuheben: Dann werden wir Unterstützung und Zustimmung bei unserer Informationsarbeit in der Stadt vorfinden."

Mit Streik gedroht

Offenbach. Die Schülvertretung Offenbach hat erklärt, sich gegen die neue Rechtsverordnung für Schüler an öffentlichen Schulen "ganz und gar wehren" zu wollen. "Wenn der Kultusminister die Absicht hat, diese Rechtsverordnung in Kraft treten zu lassen, werden wir auf Vollversammlungen in unseren Schulen für Warnstreiks plädieren und die Schüler auffordern, eine große Protestaktion aller Offenbacher Schulen in der Öffentlichkeit zu machen."

Darmstädter Schüler im Kampf für ihre Vertretungsorgane

„Das ist es, was wir nicht wollen, Staatskontrollen, Staatskontrollen!"

Der Versuch des Kultusministeriums, eine Verordnung an den Schulen zu landen, die es ermöglicht, die lernende Jugend ihrer Interessenvertretung zu berauben, die politische Betätigung aller Schüler an der Schule unter direkte Kontrolle der Schulleitungen zu bringen, ist nach hinten losgegangen. Die Rechtsverordnung für die Schülervertretungen an den hessischen Schulen, die im August 1976 nach dem Plan des Kultusministeriums in Kraft treten soll, ist unter den Schülern in Hessen auf massive Proteste gestoßen und hat in Darmstadt zu einem Streik der Schüler geführt, der im Laufe der letzten Woche dreizehn Schulen erfaßte (Gymnasien, zwei Realschulen, Fachoberschulen und an den Berufsschulen Protestresolutionen und Beteiligung an den Versammlungen der Schüler).

In der letzten Woche haben täglich in Darmstadt zu Beginn der Woche Hunderte und in den letzten Tagen der Woche Tausende demonstriert, am Mittwoch 2 500. Am Donnerstag waren in Darmstadt 5 000 Schüler auf der Straße, am Freitag wiederum über 2 000 auf der Straße und 1 000 auf einer Schülerversammlung im Auditorium Maximum der Technischen Hochschule Darmstadt, zur Abschlußdemonstration am Samstag versammelten sich 7 000 Schüler.

Die Massenbewegung der Schüler hat die ganze Stadt in Bewegung gebracht. Schon nach den ersten Streiktagen fand eine Berichterstattung statt in der bürgerlichen Presse. Die Polizei wurde an den Schulen stationiert und versuchte zu verhindern, daß die Schüler Streikposten bildeten, um die Schüler, die sich an den Beschluß der Vollversammlung nicht halten wollten, von dieser Notwendigkeit zu überzeugen.

Der Regierungspräsident ließ erklären, daß der Streik rechtswidrig, illegal sei und die Schüler sowieso das Recht nicht hätten, zu streiken.

All das hat überhaupt nichts genützt. Täglich traten mehr Schüler in den Streik und stürmten auf die



7 000 Schüler demonstrierten am 13.12. in Darmstadt

Straße. "Das ist das, was wir nicht wollen: Staatskontrollen, Staatskontrollen!" "Krollmann heißt er, uns bescheißt er!" "Krollmann, wir lynchen dich!" "Weg mit der RVO!" "Wir wollen keinen Maulkorb tragen, wir wollen unsere Meinung sagen!" – das waren die Parolen, die die Schüler in den letzten Wochen auf die Straße getragen haben.

Die ganze Wut über die Gängelung, Vereinzelung durch die steigende Konkurrenz und den verstärkten Druck, all das haben in der letzten Woche die Schüler auf den Asphalt getrampelt.

Die Bemühungen der Schulleitungen, durch Drohungen die Schüler aufzuhalten, zogen nicht.

Täglich waren die Schüler wieder auf der Straße, jeden Tag wurden es mehr, und der Kontakt der Schüler untereinander war auch nicht mehr aufzuhalten. Im Streik bildete sich ein Streikkomitee der Darmstädter Schulen, das sich täglich traf und die nächsten Schritte festlegte.

So die gemeinsame Demonstration der 5 000 am Donnerstag und auch die Vollversammlung, die den Zweck hatte, den Schülern aller Schulen so die Möglichkeit zu geben, über ihre Ziele zu debattieren, was sie auch taten.

Im Laufe des Streiks bildeten sich verschiedene Positionen heraus: Der Aufbruch der Schüler gegen Gängelung und für unabhängige Interessenvertretungen richtet sich direkt gegen die Bestrebungen des Staates, und so setzen sich auch als führende Schüler diejenigen durch, die eine konsequente Linie gegenüber dem Staat in dieser Frage vertreten. Während des Streiks haben die Schüler auf allen Versammlungen, die sie abgehalten haben, gegen Abwiegelversuche und Angebote der Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium ihre Position durchgesetzt: "Gegen die muß man mit Kampfmaßnahmen antreten"

Die, die die Position der Abwiegelei vertraten, mußten diese Linie entweder aufstecken oder konnten sie zumindest nicht offen vorbringen.

Im Streik wurde jedoch teilweise noch mit Erfolg die Auffassung vertreten, es gelte ein Gesetz auszuarbeiten seitens der Schüler und dieses dem Kultusministerium vorzulegen. Dieser Position steht die andere Position gegenüber, daß die Schüler sich nicht vom Kultusminister die Genehmigung holen sollen, wie sie sich versammeln, wie sie ihre Interessenvertretung zu wählen haben und was diese zu sagen und zu machen hat, sondern daß die Schüler sich selber ihre Satzung geben müssen.

Im Streik trat die Position auf, daß Parteipolitik vom Kampf der Schüler fernzuhalten sei – das stützte sich einmal darauf, daß die Schüler sich gegen Gängelung zur Wehr setzen, die sie bis oben hin stehen haben –, wurde aber von der bürgerlichen Presse zur Stimmungsmache gegen die Beteiligung und Unterstützung des KBW gewendet.

Aber seine Sache selber in die Hand zu nehmen und Politik rauszuhalten, das ist nicht ein und dasselbe. Auf die Idee kann man nur kommen, weil man bei "Politik" spontan dazu neigt, an bürgerliche Parteien zu denken, deren Bestreben immer dahin geht, jedes selbständige Handeln der Massen zu verhindern und ihren Zusammenschlußzu zerstören. Das ist aber nicht Politik, das ist bürgerliche Politik: Die Massen werden auf Entscheidungen und Tätigkeiten von Parlamentariern und Behörden verwiesen und vertröstet. Wo solche bürgerliche Politik in den Massen sich breitzumachen versuchte, da erlitt sie Niederlagen. Die Darmstädter Allgemeinen Studentenausschüsse und der Kreisjugendausschuß des DGB, welche am Samstag die Demonstration organisierten, wurden ausgepfiffen, als sie dies zum Anlaß nehmen wollten, sich auf die Bewegung draufzusetzen. Der Redner des DGB mußte seine Rede vor Ende einstellen.

Die spontane Ablehnung von Politik überhaupt wirkt sich aber schädlich aus und ist der Punkt, an dem der Staatsapparat reinstoßen wird und es auch tut.

Verschiedene Sprecher der Schüler haben das erkannt: Auf der Abschlußkundgebung der Schüler wurde seitens des Streikkomitees der Schüler gesagt, daß es richtig ist, wenn die Gewerkschaft die Tätigkeit der Schüler unterstützt, und es falsch ist – auch wenn der Redner des DGB sich nicht richtig auf die Schüler bezogen hat –, ihn gar nicht anzuhören.

Weiter: daß die Schüler für freie politische Betätigung auf die Straße gehen und es nur im Interesse der Gegner der Schülerbewegung ist, wenn man sich auf die Kommunistenhetze einläßt.

Gegen die Pressehetze gegen den KBW hat das Streikkomitee eine Stellungnahme verfaßt, in dem diese Auffassung bestätigt wird.

Nach einer Woche Streik wird in den Schulen zu Disziplinarmaßnahmen gegriffen. Sechsen werden verteilt, einige Schüler bekommen direkte Disziplinarstrafen. Die Schüler haben beschlossen, diese Maßnahmen auf die Straße zu tragen, um so die Bedingungen dafür zu schaffen, den Kampf dagegen aufzunehmen.

Am Donnerstag dieser Woche wird die Landesschülerratssitzung stattfinden. Die Darmstädter Schüler werden zu dieser Landesschülerratssitzung ihre Schülervertreter entsenden. Klassensprecher, Stundensprecher, Schulsprecher von Gymnasien, Haupt- und Realschulen sowie Berufsschulen werden sich am Donnerstagmorgen versammeln, um gemeinsam in Bussen nach Frankfurt zu fahren, um dort den Beschluß für einen gemeinsamen Streik aller hessischen Schulen im Januar durchzusetzen.

(m, Ortsgruppe Darmstadt)

Chronologie des Schülerstreiks in Darmstadt

Freitag: Beschlüsse von Bert-Brecht-Schule (Gymnasium) und Schuldorf Bergstraße, ab Montag in den Streik zu treten. AES: Streik gegen die Entlassung der Lehrerin R. Schäfer.

Montag: Konferenz aller Schülervertreter Darmstadts um 11 Uhr. Beteiligung von 500 Schülervertretern. Beschlossen wird Streik gegen die Rechtsverordnung, Beschluß, daß der Landesschülerrat für Januar einen hessenweiten Streik gegen die Rechtsverordnung organisieren soll und daß zum Zeitpunkt der Verhandlung der Rechtsverordnung eine Demonstration in Wiesbaden stattfinden muß.

Dienstag: Die Hauptstelle der AES beschließt Beteiligung am Streik.

Mittwoch: Justus-Liebig-Schule (Gymnasium), Emmanuel-Merck-Schule (Wirtschaftsgymnasium), Ludwig-Georg-Gymnasium und Lichtenberg-Gymnasium treten in den Streik. In der Stadt formieren sich die Schüler dieser Schulen zu einem Marsch mit 2 500 Schülern.

Donnerstag: Georg-Büchner-Schule (Gymnasium), Gutenberg-Schule (Realschule), Klassen der Fachoberschule Beheim-Schule, Viktoria-Schule (Gymnasium), Leuschner-Schule (Real- und Hauptschule) beschließen den Streik. In der Stadt formiert sich eine Demonstration, die an allen Schulen vorbeizieht und zum Schluß eine Stärke von 5 000 Mann erreicht.

Freitag: An den einzelnen Schulen finden Vollversammlungen und Arbeitsgruppen statt. Kleinere Demonstrationen. Es wird zu einer Vollversammlung aller Schüler aufgerufen, zu der sich ein Demonstrationsmarsch mit zeitweise über 2 000 Schülern formiert. An der Vollversammlung beteiligen sich über 1 000 Schüler. Auf der Vollversammlung wird bekanntgegeben, daß die Eleonoren-Schule (Gymnasium für Mädchen) den Streik beschlossen hat.

Samstag: Die Schulen streiken und bereiten die Demonstration am Nachmittag um 14 Uhr vor. An der Demonstration beteiligen sich nach polizeilichen Meldungen über 8 000 Menschen.

An den Streiktagen finden an einigen Gymnasien Vollversammlungen für Mittel- und Unterstufe statt. Zahlreiche Mittel- und Unterstufen beschließen Streikteilnahme.

Berufsschulen: Am Montag beteiligen sich die Klassensprecher der Erasmus-Kittler-Schule an der Konferenz der Schüler und befürworten den dort gefaßten Beschluß. Am Mittwoch findet an der Peter-Behrens-Schule eine Klassensprechersitzung statt, gegen den Willen des Schulleiters. Die Klassensprechersitzung befürwortet die Resolution der Konferenz am Montag und beschließt eine Vollversammlung am Mittwoch der folgenden Woche durchzuführen. Am Donnerstag findet an der Peter-Behrens-Schule eine Vollversammlung statt. Die Schüler bestätigen die Resolution der Konferenz am Montag. Da seitens der Lehrer damit gedroht wird, die Beteiligung am Streik an die Betriebe zu melden, entsteht unter den Schüler Unsicherheit. Sie beteiligen sich an der an der Schule vorbeiziehenden Demonstration der 5 000 Schüler nicht. An der Erasmus-Kittler-Schule findet eine Klassensprechersitzung statt, die die Direktion bis 13.30 Uhr hinausschob.



Braunschweig. Demonstration am 10.12.

Aktionstag der Kaiserstühler in Freiburg: "Das Volk ist ein Kernkraftwerk, wenn es Wyhl!"

Das war eine der Losungen, unter denen Kaiserstühler Bauern in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Umweltschutz u.a. am Samstag in der Freiburger Innenstadt durchgeführt haben.

Weitere Transparente waren beklebt mit "Alle Atomkraftwerke sind zur Zeit sicherer als dein Arbeitsplatz", was unzweideutig nahelegt, für wie sicher man die Kernkraftwerke hält. Eine Absage an die bürgerlichen Politiker kam in solchen Losungen zum Ausdruck wie "Sei's Schieler oder Filbinger, sind beide KKW-Bringer, sie sind Hampelmänner der Großindustrie und auf Bürgers Dummheit ruhen sie!"

Trotz des schlechten Wetters und einer Schikane des Amtes für öffentliche Ordnung, die Kaiserstühler auf viele kleine Plätze aufzuteilen, war der Tag ein großer Erfolg. Die Aktivitäten waren mit viel Phantasie durchgeführt und stießen auf große Zustimmung. Eine Demonstration zum Abschluß wurde durchgeführt. – (ak)

Trotz Polizeischutz für Ärztekammer....

. . . große Unterstützung für Untersuchung ihrer Praktiken

Hamburg. Die Ärztekammer ist verantwortlich für Gutachter wie z.B. Dr. Hommelhoff (wir berichteten darüber in der letzten KVZ), die die Frauen schikanieren und verspotten und von deren Zustimmung oder Ablehnung über einen Schwangerschaftsabbruch die Frauen abhängig sind. Diese Gutachter werden vom Staat eingesetzt und bezahlt dafür, daß sie das Strafgesetz anwenden und durchsetzen.

Deshalb beschlossen einige Komiteemitglieder, zur Ärztekammer zu gehen, um Anklagematerial gegen die Gutachter bei den Frauen zu sammeln, um damit den geschäftsführenden Arzt der Ärztekammer Dr. Ahrens zur Rechenschaft zu ziehen.

Als wir zu viert kurz vor 14 Uhr mit unseren Flugblättern, Zeitungen und Unterschriftenlisten bei der Ärztekammer eintrafen, standen dort drei Mannschaftswagen und eine grüne Minna (da sollten wir wohl rein).

Wir sahen, daß jeder, der reingehen wollte, genau begründen mußte, was er wollte, und nur wer angemeldet war, wurde dann reingelassen. Im Gebäude standen ebenfalls Polizeibeamte, ihren Helm griffbereit neben sich, und einer schrieb die Namen von allen Leuten auf, die reingingen. Ein Komiteemitglied wurde sich unsicher, ob es nicht besser sei, wieder nach Hause zu gehen, denn wir waren inzwischen erst sieben und dies Polizeiaufgebot konnte einem schon einen Schrecken einjagen. Doch dann diskutierten wir, daß es gerade jetzt darauf ankommt, hier zu bleiben, denn dies zeigt doch nur: Wenn der Staat sich so massiv schützen muß, um sein Strafgesetz durchzusetzen, welches bewiesenermaßen auf große Ablehnung bei den Menschen stößt – dann können wir auch mit der Empörung der Menschen über diesen Polizeieinsatz rechnen.

Das zeigte sich dann auch.

Wir diskutierten mit den Frauen und Männern, die ins Gebäude rein- und rausgingen, verteilten unsere Flugblätter und sammelten Unterschriften. Ein Passant, der gerade vorbeikam, ging zum Telefon, um sich bei der Bild-Zeitung darüber zu beschweren, wofür unsere Steuergelder ausgegeben würden! Sie sollten das mal knipsen! Wie stießen mit unserer Aktion auf große Zustimmung bei den Leuten. Ein junger Mann, dessen Freundin oben im Wartezimmer saß, verteilte spontan mit Flugblätter und sammelte Unterschriften.

Wir fragten den Pressesprecher des Hauses, der an der Tür stand und jeden kontrollierte, was hier eigentlich los sei. Wir würden doch nur Unruhe unter den Frauen schaffen, meinte er, das wären aber Patienten, die unter Schweigepflicht stünden und sowieso nichts sagen dürften; und die Polizei wäre von ganz allein gekommen, und sie hätten im Haus unseretwegen extra Büros verlegen müssen.

Drei von uns kamen schließlich unter Begleitschutz zum geschäftsführenden Arzt der Ärztekammer. 90 Prozent der Frauen wären hier zufrieden, meinte der, er wäre für eine Liberalisierung des Paragrafen, aber er wäre ganz und gar gegen die restlose Abschaffung des § 218. Wie zufrieden die Frauen sind, das hatten wir gerade unten erfahren. Vor dem Haus erzählte uns noch eine Frau, daß man da oben einfach geduzt wird, als wäre man doof, und daß man da zu Kreuze kriechen muß.

Sie und einige andere Frauen wollen uns schreiben. Wir haben etwa 25 Unterschriften gesammelt und 12 Zeitungen verkauft. Flugblätter hatten wir auch keine mehr – nur die Mannschaftswagen standen noch da. – (m., Komitee gegen den § 218 Hamburg-Eimsbüttel)



Hören Sie, Frau - ich habe nicht umsonst sieben Jahre Medizin studiert, wieviele Kinder Sie kriegen oder nicht, entscheide also ich!

DKP-Aktion für Fristenlösung

Opportunismus erfolglos

In der vergangenen Woche hat die DKP in ihrer Zeitung "UZ" eine bundesweite Unterschriftensammlung angekündigt für die Forderungen: "Weg mit dem § 218 – Für Selbstentscheidung der Frau – Für Fristenregelung."

Warum diese Aktion der DKP? Bisher, das heißt vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, zog die DKP bereits für die Fristenlösung ins Feld – nicht etwa, weil das die ideale Lösung sei, sondern als einzig durchsetzbarem Kompromiß (denn mit dem Staat Kompromisse zu schließen, hielt die DKP auch damals schon für notwendig). So konnte sie sich einerseits fortschrittlich gebärden, nach dem Motto "Wir sind ja auch gegen den § 218", und gleichzeitig den Kampf des Volkes in eine falsche Richtung lenken. Denn daß die Fristenregelung nicht die Abschaffung des § 218 bedeutet, daß sie vielmehr die Frauen und Familien weiterhin der Schikane und Unterdrückung durch den Staat ausliefert, ist inzwischen vielen klar.

Aber jetzt ist die Lage anders. Das Volk weiß: Es soll im Parlament die Aufrechterhaltung des § 218 und sogar seine Verschärfung durch zusätzliche bürokratische Schikane und staatliche Kontrolle beschlossen werden. Darüber gibt es eine große Debatte im Volk, vor allem darum, wie man dagegen den Kampf führen muß. Aus dieser Diskussion kann die DKP sich nicht heraushalten, will sie nicht offen kundtun, daß sie die Probleme des Volkes seine Probleme sein läßt, sobald der Staat die Zähne zeigt.

Sie sagt: "Wir müssen trotz BVG-Urteil an der Fristenregelung festhalten. Für die Abschaffung des § 218 können wir nicht eintreten, weil nur in den ersten drei Monaten die Abtreibung einigermaßen ungefährlich ist. Nach dem dritten Monat aber muß der Arzt entscheiden, weil dann nämlich die Frage 'Abtreibung oder nicht' eine medizinische ist, und das kann eben nur der Arzt beurteilen."

Aber die Abschaffung des § 218 ist doch kein medizinisches Problem! Es geht doch darum, daß das Volk dem Staat (und auch jeder anderen Institution, die er damit beauftragen mag) grundsätzlich das Recht abspricht, in dieser Frage zu entscheiden, weil die Frauen durch die sozialen Verhältnisse zur Abtreibung gezwungen werden. Die Frauen sind auch nicht so

Aber die Abschaffung des § 218 ist doch kein medizinisches Problem! Es geht doch darum, daß das Volk dem Staat (und auch jeder anderen Institution, die er damit beauftragen mag) grundsätzlich das Recht abspricht, in dieser Frage zu entscheiden, weil die Frauen durch die sozialen Verhältnisse zur Abtreibung gezwungen werden. Die Frauen sind auch nicht so

dumm, daß sie nicht selber wissen, daß Abtreibungen, sollen sie möglichst gefahrlos sein, so früh wie's geht gemacht werden müssen. Das wird auch jeder Arzt sagen, und das soll er ja auch. Aber zu entscheiden hat er darum doch nichts!

Als die DKP mit ihrer Unterschriftensammlung für diese Forderungen am Samstag in der Innenstadt in Kiel auftrat, hatte sie denn damit auch wenig Erfolg. Die Menschen wissen, daß die Fristenregelung die Frage der Abtreibung nicht in die alleinige Entscheidung der Frauen und Familien stellt, die sich kein oder kein weiteres Kind leisten können. Die Forderung der DKP: "Weg mit dem § 218 – Für Fristenregelung" ist ein Widerspruch in sich und eine falsche Forderung. Darum konnten die sechs DKP-Mitglieder auch in der belebten Innenstadt in drei Stunden nur ganze fünf Unterschriften sammeln. Darum konnten die Unterschriftensammlung keinen Erfolg haben.

Das letzte Argument, das sie in einer Diskussion mit Mitgliedern des Kieler Komitees "Weg mit dem § 218" auftischten, war: "Wer sich nicht für die Fristenregelung einsetzt, der spaltet die Bewegung gegen den § 218", denn die Gewerkschaften träten für diese Forderung ein und selbst die KPD habe schon unter dieser Losung gekämpft. Aber das ist eine Lüge. Die Forderung der KPD lautete "Hinweg mit dem § 218". Und in den Gewerkschaften sind schon viele Beschlüsse gefaßt worden für die ersatzlose Streichung des § 218 und einen Volksentscheid gegen den § 218. Und wenn in den Gewerkschaften noch falsche Auffassungen vertreten werden, so ist das kein Grund, sich damit abzufinden, statt sie zu bekämpfen. Genau dies aber haben sich die Komitees und Initiativen gegen den § 218 zur Aufgabe gemacht.

Die Forderungen der Komitees haben auch die Kraft, die Menschen zum Kampf gegen den § 218 zusammenzuschließen und diesen Kampf voranzutreiben. Sie weisen den richtigen Weg. Die Forderungen der DKP weisen überhaupt keinen Weg gegen den § 218 und mit diesen Forderungen wird auch kein Kampf gegen den § 218 geführt werden können. Das hat dieser Aktionstag der DKP erneut bewiesen. – (em, Kiel)

sammenzuschließen und diesen Kampf voranzutreiben. Sie weisen den richtigen Weg. Die Forderungen der DKP weisen überhaupt keinen Weg gegen den § 218 und mit diesen Forderungen wird auch kein Kampf gegen den § 218 geführt werden können. Das hat dieser Aktionstag der DKP erneut bewiesen. – (em, Kiel)

Im Kampf gegen den Paragrafen 218 . . .
„ .... direkte Betriebsstörung"
Westberlin. Gedat ist eine Druckerei in Tiergarten mit knapp 100 Ar-
im Drucksaal, brüllte die Kollegen an: "Ich bezahl Sie hier für Arbeitslei-
"Immer wieder das Gleiche: für die Reichen, die fett leben auf unsere

Im Kampf gegen den Paragrafen 218 . . .

„ .... direkte Betriebsstörung"

Westberlin. Gedat ist eine Druckerei in Tiergarten mit knapp 100 Arbeitern und Angestellten, in zwei Betriebsteilen. Kurz vor der ersten Lesung des Schandparagrafen 218 im Bundestag hat sich die Mehrheit des Betriebes hinter die Forderungen der Komitees mit ihrer Unterschrift gestellt.

Diese selbständige politische Willensbildung in der Belegschaft stieß dem Gedat-Kapitalisten auf. Er witterte Gefahr für die ungehinderte Profitschinderei, die in der letzten Zeit im Betrieb scharf gesteigert worden war. Die von der Belegschaft organisierte Streikversammlung zur Unterstützung der kämpfenden spanischen Arbeiterklasse gegen den Franco-Faschismus ignorierte er noch, beim § 218 zeigte er die Zähne und begann unter dem Aufschrei: "Wehret den Anfängen und erhaltet die Familie" den Gegenschlag.

Der Anlaß war ein Wandzeitungsplakat am schwarzen Brett der Belegschaft, welches die Entwürfe der bürgerlichen Parteien zum § 218 als Fortsetzung der Unterdrückungs- und Gängelungspraxis des Staates herausarbeitete und aufforderte, die Forderungen der Komitees aktiv mitzutragen und zu unterschreiben.

"Dies ist so ein heisses Eisen, wo so viele dagegen demonstriert und agitiert haben – dies bringt Unruhe in den Betrieb und wir haben doch ganz andere Sorgen", ließ er verbreiten und den Anschlag entfernen. Der Geschäftsleiter, darauf zur Rede gestellt im Drucksaal, brüllte die Kollegen an: "Ich bezahl Sie hier für Arbeitsleistung, jetzt sind schon wieder 3 Minuten verdiskutiert worden, dies ist direkte Betriebsstörung."

Der "Betriebsfrieden" ist durch die herrschende kapitalistische Ordnung durchs Betriebsverfassungsgesetz und die Gerichte gesichert. Insbesondere dient dazu das "Verbot parteipolitischer Betätigung im Betriebsverfassungsgesetz. Auf dieser Grundlage verbot die Geschäftsleitung das Unterschriftensammeln und die Agitation und konnte den Betriebsrat knebeln, zumal gerade kurz vorher das Landesarbeitsgericht Westberlin entschieden hat, daß die Agitation gegen den § 218 "parteipolitische Betätigung" ist und deswegen verboten und zwar im Prozess der Mercator-(Tagesspiegel-Druckerei)Belegschaft aus Anlaß ihrer Unterschriften und Anzeigenaktion gegen das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum § 218 und für seine ersatzlose Streichung. Und die Gewerkschaftsführung riet zum Abwarten, was in Bonn rauskäme und daß man hier nichts machen könne.

Die Belegschaft ließ sich nicht knebeln: "Was denken Sie sich eigentlich, wenn wir nicht abgetrieben hätten, hätten wir ganze Dutzend von Kindern – wo wären wir denn da – der Chef, der kann sich das leisten, aber wir mit dem Lohn und der Arbeit und bei den Wohnungen . .", so stellte kurz darauf eine Frauenabteilung den Geschäftsleiter, der darauf kopfschüttelnd abzog.

"Immer wieder das Gleiche: für die Reichen, die fett leben auf unsere Kosten, das Sanatorium beim "Ausrutscher" in der Schweiz – für die Armen die Peitsche und Unterdrückung und eine zuchthausmäßige Ackerei", meinte ein Setzer.

"Dies sind die so schönen Freiheiten, abackern sollst du dich wie ein Irrer, darfst wählen zwischen Pest und Cholera, zwischen Herzinfarkt und Arbeitslosigkeit. Wann werden die Arbeiter die Kraft haben, diesem ein Ende zu setzen? "

Ein alter Drucker zu einem jungen: "Weißt du, ich bin ja schon zu alt dafür, aber wenn's drum geht, dem Staat eins auszuwischen, wie du sagst, dem zu zeigen, wer hier eigentlich zu bestimmen hat, dann bin ich immer dabei – der zieht uns ja immer das Fell ab, und die Unternehmer stopft er immer mehr voll und rauskommt nur Blödsinn."

Der Geschäftsleiter rannte rum, wie aufgescheucht und beklagte sich beim Betriebsrat, warum nicht alle strammstehen jetzt, worauf der Betriebsrat grinste und die Schultern hob.

Anstatt der vom Kapitalisten erhofften "Familieneinheit" zum Zwecke seines Profits hat sich die Belegschaft entschieden, wo sie steht und mehrheitlich in die Unterschriftenlisten des Komitees eingetragen, eine ganze Anzahl von Literatur gegen den § 218 dazu wurde verkauft. Die Wandzeitung wurde wohl vom schwarzen Brett abgenommen, aber an anderer Stelle gut sichtbar aufgehängt. – (t., Westberlin)

Für Ministersessel zu jeder Schandtat bereit

Revisionisten in Italien gegen Straffreiheit der Abtreibung

Gemeinsam mit den italienischen Christdemokraten und den Neofaschisten tritt die revisionistische KP Italiens gegenwärtig gegen die Straffreiheit der Abtreibung in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft (Fristenlösung) ein und für die Entscheidungsgewalt des Arztes über eine Erlaubnis zur Abtreibung in bestimmten Ausnahmefällen. Die italienische bürgerliche Presse hat angesichts dieses Bücklings vor der bürgerlichen Reaktion ein großes Gelächter angestimmt über die revisionistische KP. Anläßlich von öffentlichen Protesten weiblicher Parteimitglieder spotten sie: "Die Kommunistinnen sind in einer Partei, die sich einmal revolutionär nannte, der letzte Stoßtrupp der Freiheit, während sich der Parteigipfel als Verein von ideologischen Geschäftemachern präsentiert, die wie Gummilöwen durch die italienische Arena schleichen." Der sozialistische Abgeordnete Fortuna nannte KP-Chef Berlinguer ein "obszönes Kasperle". Bei ihrem Versuch, einen "historischen Kompromiß" mit der bürgerlichen Reaktion einzugehen, zwingen die Revisionisten die Arbeiterfrauen, sich von den Ärzten demütigen zu lassen, wo die Schmiergelder des Bürgertums freie Bahn schaffen. – Obwohl Berlinguer so viel getan hat, um die Arbeiter und die Armen zu ducken: Der Papst ist mit Berlinguer immer noch nicht zufrieden und will der Koalition zwischen Christdemokraten und Revisionisten nicht seinen Segen geben. Am Montagmorgen brachte die italienische Bischofskonferenz eine neue scharfe Erklärung gegen den "gottlosen Marxismus" heraus. (Nach: Stuttgarter Zeitung, 16. Dezember)

Den Wahlkampf nutzen

SPD-Abgeordnete zogen sich zurück

Am Sonnabend, dem 13.12.1975, stellte der SPD-Bundestagsabgeordnete und Porzellankapitalist Rosenthal seinen Nachfolger, den Bundestagskandidaten der SPD, Dr. Linde, öffentlich in der Fußgängerzone der Langen Herzogstraße in Wolfenbüttel vor.

Das Komitee für die ersatzlose Streichung des § 218, für Volksentscheid, hatte beschlossen, die Gelegenheit zu nutzen, um die beiden SPD-Politiker zu dem Gesetzentwurf der SPD zur Rechenschaft zu ziehen.

Vier Gegner des § 218 fanden sich vor dem Stand der SPD zusammen, sammelten Unterschriften und verkauften Komiteezeitungen. Dabei wiesen sie besonders darauf hin, daß der Gesetzesentwurf der SPD/FDP-Koalition abzulehnen ist, weil er die Unterdrückung und Schikane des Volkes durch den bürgerlichen Staat zementiert.

Den Herren der SPD wurde sichtlich unwohl, als sie bemerkten, daß direkt vor ihrer Nase die Menschen, die wir angesprochen haben, unsere Forderungen unterschrieben und den Gesetzesentwurf der SPD/FDP-Koalition ablehnten; in einer knappen halben Stunde sammelten wir 15 Unterschriften und verkauften 10 Komiteezeitungen unter der Überschrift "Soziale Notlagenindikation – ein Betrug!".

Ein Komiteemitglied forderte die SPD-Politiker auf, die Forderungen zu unterschreiben. Herr Rosenthal weigerte sich, zu unterschreiben, weil nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nichts mehr zu machen sei. Gleichzeitig behauptete er aber, im Parlament für die ersatzlose Streichung gestimmt zu haben. Als wir ihn darauf hinwiesen, daß er wohl über die Fristenlösung abgestimmt habe, suchte er Zuflucht bei seiner Zigarre und sprach: Wie dem auch sei, auf jeden Fall, der Volksentscheid ist verfassungswidrig.

Herr Rosenthal und die umstehenden Funktionäre suchten im weiteren ihr Heil in Ausflüchten. Es ist uns nicht mehr gelungen, sie festzunageln.

Wir setzten dann unsere Unterschriftensammlung und den Verkauf der Komiteezeitung fort und die Herren der SPD suchten nach kurzer Zeit das Weite.

Wir haben gesehen, die Wolfenbütteler Bevölkerung interessierte sich mehr für den Kampf gegen den § 218 als für Herrn Rosenthal und seine Funktionärsclique (wir haben festgestellt, daß zum SPD-Stand kein Mensch ging und die kleine Traube von Funktionären dort unter sich blieb).

Wir haben weiterhin festgestellt, daß die SPD noch nicht mal mehr den Versuch macht, ihren Gesetzentwurf öffentlich, direkt vor dem Volk, zu verteidigen.

Daß wir mit Erfolg den bürgerlichen Politikern entgegentreten können, hat uns diese Aktion, die noch Mängel hatte, bewiesen. – (Wolfenbütteler Komitee für die ersatzlose Streichung des § 218)

Der "Konflikt mit der Ärzteschaft"

Hannover. Nachdem der Studentenrat der Medizinischen Hochschule bereits vor einigen Wochen sich für die ersatzlose Streichung des § 218 ausgesprochen hatte, fand am 3. Dezember eine Veranstaltung gegen den § 218 statt. Über 300 Studenten waren erschienen. Es kam zu einer heftigen Auseinandersetzung mit zwei Frauenärzten der Medizinischen Hochschule, die sich für die Beibehaltung des Abtreibungsverbots einsetzen. "Wenn Sie die Streichung des § 218 fordern, suchen Sie den Konflikt mit der Ärzteschaft . . . Nach bestem Wissen und Gewissen empfehle ich Ihnen, nicht die dienstrechtlichen Konsequenzen daraus zu tragen!" meinte einer der beiden Frauenärzte. Solche Drohungen machten den Studenten, die selbst häufig genug von diesem Strafparagraphen betroffen sind, deutlich, daß der "Konflikt" mit einer solchen "Ärzteschaft" unvermeidlich ist.

Bundestag verabschiedet Hochschulrahmengesetz

Sondergesetze gegen den Kampf der Studenten

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP hat der Bundestag das Hochschulrahmengesetz verabschiedet. Kernpunkt des Gesetzes: ein verschärftes, bundesweit geltendes Ordnungsrecht. Danach kann die Einschreibung widerrufen werden, "wenn ein Student durch Anwendung von Gewalt, durch Aufforderung zu Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt" den Hochschulbetrieb behindert oder auch nur an "ruhestörenden Handlungen" teilnimmt.

Verhängt werden soll diese Strafe durch Sondergerichte an den Hochschulen, in denen die Professoren das Sagen haben. Die "Männer der Wissenschaft" werden auf die Studenten losgelassen und bekommen einen Freibrief als Polizeibüttel. Sie sind aufgerufen, gleichzeitig als Ankläger, Zeuge und Richter gegen die Studenten zu wirken, die aufmucken und sich ihrer Haut wehren. Wo diese Sondergerichte schon eingeführt sind, wie in Schleswig-Holstein, besitzt der Angeklagte keinerlei Rechte: Weder sind die Prozesse öffentlich, noch gibt es ein Einspruchsrecht gegen Urteile.

Vergleichbare Sondergerichte gibt es ansonsten nur in der Armee, wo ebenfalls das Offizierskorps nicht nur Befehlsgewalt, sondern auch Strafbefugnis über die Soldaten besitzt. Was der Professorenschaft und den Hochschulleitungen bloß noch fehlt, ist ein Pendant zu den Feldjägern, um die Studenten niederzuhalten und einen regelrechten Kasernenbetrieb aufzuziehen.

Ersatzweise behelfen sich Hochschulleitungen und Professoren immer häufiger mit gewöhnlicher Polizei, um "den Wissenschaftsbetrieb aufrechtzuerhalten". In Westberlin wird regelmäßig Polizei aufgeboten, um dem Jura-Professor Kloepfer zu ermöglichen, die Studenten zu provozieren, sie als Faulenzer zu beleidigen, sie mit schärferen Prüfungen unter Druck zu setzen. In Kiel tagte in der vergangenen Woche eines der professoralen Sondergerichte unter dem Schutz von Polizeihundertschaften, um in 28 Fällen Ordnungsverfahren, durchweg gegen gewählte Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses und Fachschaftssprecher, zu verhängen. Protestkundgebungen auf dem Universitätsgelände wurden von der Polizei auf Kommando der Universitätsleitung niedergeknüppelt. Das Hochschulrahmengesetz schafft für solches Vorgehen die einheitliche gesetzliche Grundlage.

Allerdings: Der Bundestag hat dieses Gesetz zwar beschlossen, und alle Parteien haben dem Ordnungsrecht zugestimmt, aber durchgesetzt ist das Polizeiregiment über die Hochschulen keineswegs, und "Ruhe an den Hochschulen" ist damit nicht erzwungen. Das gerade Gegenteil ist der Fall.

Der Bundestag hat das Gesetz in aller Eile beschlossen, gerade eine Woche, nachdem bei den Aktionstagen der westdeutschen Studenten der Neuaufschwung der Studentenbewegung unübersehbar geworden ist und seine Kraft bewiesen hat. Wo heute schon Sondergerichte in Landeshochschulgesetzen festgelegt sind, wie in Schleswig-Holstein, kann die Reaktion auch mit diesem gesetzlichen Instrument den Kampf der Studenten nicht verhindern. Sie schafft ihm vielmehr einen zusätzlichen Anlaß.

Universität Kiel

Sondergericht tagt unter Polizeischutz

Nachdem in den ersten zwei Jahren der Gültigkeit des Ordnungsrechts kein bedeutender Schlag gegen die Bewegung unter den Studenten geführt wurde, ist man inzwischen seitens der Kultusbürokratie, des Unipräsidiums und einiger reaktionärer Professoren dazu übergegangen, die Ordnungsverfahren bei jeder sich bietenden Gelegenheit anzudrohen und die angesetzten Verfahren mit aller Brutalität durchzuziehen.

Das Ordnungsrecht stößt in der Studentenschaft auf breite Ablehnung. Keine studentische Gruppierung hat es sich bisher getraut, die Ordnungsverfahren zu befürworten; lediglich der sozialliberale Student Leichtle fand sich zur Mitarbeit im Ordnungsausschuß bereit, weshalb auch die Studenten in vielen Resolutionen gefordert haben, daß Leichtle sofort den Ordnungsausschuß verlassen soll.

Dennoch hat sich aktiver Widerstand gegen die zahlreichen angekündigten Ordnungsverfahren in diesem Semester an der Kieler Universität zunächst langsam entwickelt.

Am letzten Dienstag fanden die ersten Verfahren statt in diesem Semester. Der Ordnungsausschuß traute sich nicht, die Verfahren wie im Sommer im Zentrum der Universität durchzuführen; zu auffällig die Sache, zuviel Auflauf und Aufsehen bei Polizeieinsätzen. Im äußersten Winkel der Universität, einen Kilometer vom eigentlichen Unigelände zwischen halbfertigen Rohbauten in einem leicht abzuriegelnden Gebäude tagte der Ordnungsausschuß. Termin: morgens um 8 Uhr, in der Hoffnung, die Studenten ließen ihren Protest wegen der frühen Zeit vielleicht ausfallen.

Ab viertel nach sieben sammelten sich etwa 200 Studenten vor dem Gebäude, die Zufahrtsstraße wurde abgesperrt. Mitglieder des Ordnungsausschusses kamen durch Kellergangsysteme und über weite Felder zu Fuß von hinten in die Gebäude; zu dieser Zeit waren etwa 70 bis 80 Polizisten in dem Gebäude, wobei man sagen muß, daß es in dem Gebäude jämmerlich nach Buttersäure stank, der Ordnungsausschuß sollte sein übelriechendes Geschäft in einem stinkenden Gebäude vollbringen. Kurz vor acht taucht auf der Zufahrtsstraße der Präsidiumswagen mit dem Denunzianten auf. Er kommt nicht durch. Die Denunzianten steigen aus, die Studenten umringen sie: "Brecht das Ordnungsrecht!" "Einstellung aller Verfahren" wird gerufen. Ein paar Spritzer stinkender Flüssigkeit markieren die Denunzianten. Die Polizei weiß nicht recht, ob sie eingreifen soll oder weiter das Gebäude schützen. Schließlich wird Nachschub angekarrt. Es fahren vier Mannschaftswagen mit Blaulicht, die Polizei schützt den Mercedes und errichtet eine Straßensperre. Die Studenten ziehen zum Gebäude und beginnen eine Kundgebung.

Der Redner hat gerade angesagt, daß man sich nun geordnet zurückziehen wolle und die Kundgebung beenden will, da stürmt die Polizei mit "Knüppel frei" vor. Zwei Studenten werden verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt, mehrere verletzt.

Wir ziehen uns zum Audi Max zurück, wo der AStA vorschlägt, durch die Lehrveranstaltungen zu ziehen, um den anderen Studenten zu berichten. Die Polizei, die uns teilweise nachgefahren ist und das Hochhaus abgeriegelt hat (keiner weiß warum), ist verwirrt. Teilweise verfolgen die Polizisten die Studenten bis in die Hörsäle, wo sie natürlich ganz schön blöd dastehen. Um 11 Uhr beginnt das zweite Verfahren. Inzwischen sind 500 Studenten versammelt. Wir demonstrieren geordnet zum Ordnungsausschuß. Die Polizei riegelt allerdings schon die Hauptstraße ab u.a. mit spanischen Reitern. Wir führen eine Kundgebung durch und verlassen die Absperrung wieder. – (h., Kiel)



Polizei in der Kieler Universität geht gegen Studenten vor

Universität Kiel

Professor als Denunziant entlarvt

Am ersten Aktionstag der Vereinigten Deutschen Studentenschaften fand in der Vorrklinik eine Erstsemesterveranstaltung statt, auf der zwei von Ordnungsverfahren (wegen Streik gegen das schleswig-holsteinische Ordnungsrecht) Betroffene ausführlich die Erstsemester informierten. Dort wurde beschlossen, am nächsten Tag während einer Fachschaftsveranstaltung Professor Pehlemann zur Rede zu stellen. Pehlemann, der es liebt, unter der Maske des biederen Wissenschaftlers zu posieren, ist einer der reaktionärsten Gesinnungstäter innerhalb der Professorenschaft. Von ihm wurden während des letzten Streiks sieben Ordnungsverfahren in Gang gebracht, das sind rund ein Viertel aller Ordnungsverfahren, und alle wegen der Sprengung des Histologiekurses während des Streiks.

Am nächsten Tag fand die Veranstaltung der Fachschaft statt, auf der Pehlemann vor Erstsemestern über die Umorganisierung des Biologiekurses referierte. Er jammerte über die schreckliche Lage der Professoren, denen kaum noch Zeit zur Forschung bliebe. Dann erzählte er, wie gerade er die Verschulung bedauere, doch sehe er sich leider gezwungen, auch im Biologiekurs für Mediziner eine Abschlußklausur einzuführen. Als ihm entgegnet wurde, in anderen Städten ginge es auch ohne diese Klausur, und die Prüfungsbelastung gerade der Kieler Mediziner sei sowieso schon extrem hoch, konnte er nichts mehr entgegnen.

Da die festgemachte Zeit fast vorüber war, wurde Pehlemann jetzt befragt, ob er bereit sei, Fragen zum Ordnungsrecht, bzw. seine Rolle hierbei zu beantworten. Trotz empörter Zwischenrufe lehnte er es arrogant ab. Es meldete sich ein Kommilitone und fragte: "Kennen Sie mich?" Pehlemann: "Ja ... ja" "Wie heiße ich denn?" fragte der Student weiter. Pehlemann grinste verlegen, sagte aber nichts weiter und wußte offensichtlich den Namen nicht. Erstaunt hörten die Studenten, daß es eben dieser Fragesteller erstaunlicherweise von Pehlemann persönlich mit Namensnennung denunziert wurde. Ein anderer Betroffener entlarvte das Manöver des Universitätspräsidiums, das mit Hilfe solcher Professoren eine ganze Liste von Anzeigen gegen Fachschaftsvertreter zusammengebastelt hat. Das Präsidium schickte die Namen, Denunzianten wie Pehlemann, Leonhardt etc. unterschreiben gewissenlos Anzeigen gegen Leute, die sie nicht kannten. Es wird interessant sein, vor dem Ordnungsausschuß zu hören, daß Pehlemann wie durch ein Wunder des Himmels dann den Betroffenen namentlich kennt und wiedererkennt.

Deutlich eingeschüchtert stand Pehlemann vor den empörten Studenten und wollte wahrhaftig weiter über Kursformalitäten reden. Daraufhin wurde ihm im Namen aller von Ordnungsrecht Betroffenen ein (etwas fauliger) Grabkranz überreicht, um seine besonderen Verdienste im Streben um die Friedhofsruhe an der Universität öffentlich gebührend zu belohnen.

Pehlemann war nach wie vor nicht bereit, in irgendeiner Form auf die Anklagen zu reagieren. Wie alle Leute, die nichts mehr zu sagen haben und die gewohnt sind, mit heimtückischen Methoden zu arbeiten, suchte er sein Heil in der Flucht, als sein Verhalten vor die Öffentlichkeit gebracht wurde.

Anschließend kam es mit den Erstsemestern, die nicht alle am Vortage dagewesen waren, zu einer sehr fruchtbaren Diskussion. Einige bemängelten das hastige Übergehen von der Klausurfrage zum Ordnungsrecht. Hätte man aber noch länger gewartet, wäre Pehlemann zum festgesetzten Zeitpunkt mit ein paar gemurmelten Entschuldigungen einfach entwichen. Trotz einiger Mängel war die Aktion in den Augen der meisten Studenten ein Erfolg. Wir sind endlich auch in die Öffentlichkeit gegenüber den Denunzianten und Durchpeitschern des Ordnungsrechts gegangen. Zugleich war die Aktion ein gutes Beispiel dafür, wie es gelingen kann, die Lügengebäude des Präsidiums und seiner Komplizen vor den Studenten zu entlarven. (aus: AStA-Info Kiel Nr. 130)

Braunschweig: Aktiver Streik durchgesetzt!

An drei von vier Braunschweiger Hochschulen wurde in der vergangenen Woche der Lehrbetrieb bestreikt, um den Forderungen der Studenten Geltung zu verschaffen.

An der Technischen Universität wurde der Streik durchgesetzt trotz des von Rektor Pierick erwirkten Gerichtsurteils, das den Studenten bei Strafe bis zu 5 000 DM die "Störung von Lehrveranstaltungen" verbot.

Der Allgemeine Studentenausschuß der Technischen Universität (Jusos/MSB Spartakus) forderte die Studenten mehrmals öffentlich auf, keine Lehrveranstaltung gegen den Willen der Lehrenden zu verhindern. Jedoch setzte sich an den folgenden Tagen durch, daß ein aktiver Streik nötig ist, weil jede stattfindende Veranstaltung die Streikfront schwächt. Die Streikausschüsse gingen deshalb häufig so vor, die Studenten vor den Hörsälen zu versammeln und niemanden hereinzulassen, damit klar wurde, daß hier nichts stattfindet.

Mehrfach versuchten die Professoren, die Namen der Streikenden zu erfahren, um sie zu denunzieren. "Ich bin Rosa Luxemburg, und das ist Henry Kissinger", stellten sich die Mitglieder der Streikausschüsse vor, wenn sie nach dem Namen gefragt wurden.

Übungen und Praktika wurden ebenfalls bestreikt, so daß der Lehrbetrieb an den Hochschulen weitgehend lahmgelegt war.

Gießener Studenten demonstrierten

In Gießen demonstrierten am 10. Dezember etwa 700 Studenten gegen die Verschlechterung ihrer Lebens- und Studienbedingungen und gegen politische Entrechtung.

Demonstration der Fachhochschüler

Wiesbaden. Mehr als 1 000 Fachhochschüler demonstrierten am 10. Dezember gegen die miserablen Ausbildungsbedingungen.

Studentenaktion gegen Schließung von Mensagebäuden

Dortmund. 800 Studenten haben den Verwaltungsrat des Studentenwerks veranlaßt, seine Sitzung öffentlich durchzuführen und die vom Wissenschaftsminister angeordnete Schließung von neun Mensen und Cafeterien per Beschluß abzulehnen.

BAFöG-Umfrage der IG-Psychologie in Frankfurt

Die Institutsgruppe Psychologie führte zum BAFöG eine Fragebogenaktion im Fachbereich durch. Die Aktion brachte folgende Ergebnisse: Insgesamt wurden 123 Fragebögen (ein Drittel der Studenten am Fachbereich) ausgefüllt. Von diesen 123 bekommen 56 BAFöG, 19 leben ausschließlich vom Geld der Eltern und 6 von sonstigen Unterstützungen. 98 Studenten müssen zur Aufbesserung ihrer finanziellen Lage arbeiten. Von diesen jobben 49 das ganze Semester über, während der Rest nur in den Semesterferien oder unregelmäßig jobbt. 14 der BAFöG-Empfänger bekommen in diesem Semester weniger. Diese Zahl wird sich aber noch vergrößern, weil ein großer Teil überhaupt noch keinen Bescheid für dieses Semester hatte (wir haben ja "erst" den 7. Dezember!). Insgesamt spiegeln die Ergebnisse anschaulich die beschissene materielle Lage der Studenten wider und zeigen die Notwendigkeit der Erhöhung des BAFöG auf einen konstanten Satz. – (h.)

Aktionstage Niedersachsen

Über 7 000 Studenten aus Niedersachsen demonstrierten am 12.12. in Hannover. Nach Streik- und Boykottaktionen an den Hochschulen bekräftigten die Studenten mit dieser Demonstration ihre Forderungen gegenüber den Regierungen und vertraten sie in der Öffentlichkeit. "Kostendeckende Ausbildungsförderung: 600 Mark, 1 200 Mark Elternfreibetrag – sofort!", "Für die Einstellung aller Lehrer in den Schuldienst!", "Arbeitslosengeld für arbeitslose Lehrer", "Weg mit dem Berufsverbot – Kampf dem KPD-Verbot!", "Gegen den bürgerlichen Staat, für das politische Mandat!", waren die Forderungen, die von der großen Mehrheit der Demonstranten immer wieder gerufen wurden. "Regierung und Landtag ist nicht zu trauen, wir können (nur) uns selber bauen!" – (rn, Göttingen)

Berichtigung

In der KVZ Nr. 49 hieß es, daß in Köln während der Aktionstage 1 000 Studenten demonstrierten. Tatsächlich waren es 2 500.

„Mannschaften und Offiziere - Zwei Welten"

Kleine Ursache - Große Wirkung!

Oldenburg (Caspari-Kaserne). Große Wirkung hat der Artikel "Mannschaften und Offiziere – zwei Welten" in der 4. Kompanie des Technischen Bataillons Sonderwaffen 160 gehabt. Der Artikel, der in der vorletzten KVZ-Ortsbeilage Oldenburg und in der letzten KVZ (Nr. 49, S. 11) abgedruckt war, schilderte das "Leben im Felde" der Offiziere der 4. Kompanie und der Mannschaften. Der folgende Artikel hält in Tagebuchform die Reaktionen auf diese Schilderung fest.

Freitag, 5. Dezember 1975

Der Kompaniechef Hauptmann Stegmann erklärt im Zuge eines Unterrichts, daß im Rahmen der Angliederung unserer Kompanie an ein neues Bataillon Soldaten versetzt werden. Für den Fall, daß die Überprüfung durch den MAD irgendwelche Sicherheitsbedenken ergibt. Für eine Reihe von Soldaten wird klar: wenn jemand versetzt wird, dann der Vertrauensmann, der als Kommunist bekannt ist.

Montag, 8. Dezember 1975

Der Vertrauensmann Gefreiter Cielak wird zum Kompaniechef zitiert. Ihm wird die Urheberschaft des Artikels "Mannschaften und Offiziere – zwei Welten", einem Bericht über das Leben der Mannschaften und der Offiziere auf einer Übung in der Ortsbeilage Delmenhorst der KVZ Nr. 48, siehe auch KVZ Nr. 49, Seite 11, vorgeworfen. Ohne jeden Beweis sieht der Chef ein Dienstvergehen als erwiesen an.

Dienstag, 9. Dezember 1975

Die Ortsbeilage mit dem Artikel kursiert in der Kompanie. Die Kameraden halten den Artikel für richtig und finden es gut, daß die geschilderten Dinge in das Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden. Im Transportzug "Ho Jo" fordert der Zugführer Kameraden, bei denen er die Ortsbeilage sieht, auf, diese herauszurücken – ohne Erfolg, die Kameraden weigern sich.

Im Transportzug "Sergeant" wird dem Zugführer arglos und schadenfroh der Artikel gezeigt. Er nimmt das Exemplar an sich.

Nachmittags werden drei Kameraden verhört, bei denen man die Ortsbeilage gesehen hatte.

Bei Dienstschluß erklärt der Spieß, daß er die Namen derjenigen, die versetzt werden, erst am 18. Dezember bekannt geben wird, also unmittelbar vor der Weihnachtsdienstbefreiung, wenn die halbe Kompanie nach Hause fährt. Damit keine Unruhe entsteht, wie er meint.

Anschließend heißt es, vor den Stuben antreten, keiner darf sie mehr betreten. Im Stil einer Polizeirazzia werden die Spinde und Wertfächer der Kameraden durchsucht. Im Nachschub-Zug werden die Kameraden aufgefordert, die zersetzenden Flugblätter freiwillig herauszugeben. Woanders weiß man überhaupt nicht, worum es geht. Die Aktion wird ein Fehlschlag, keine einzige Ortsbeilage wird gefunden. Überall wird heftig diskutiert, so daß auch der letzte, der noch nicht von dem Artikel gehört hatte, sich ihn besorgte und las. Die Kompanieführung hatte eine Lehrvorführung in Sachen politische Entrechtung gegeben. Was vorher abstrakt klar war, daß der Soldat ein Bürger ohne politische Rechte ist, wurde zur persönlichen Erfahrung.

Am Abend wurde der Vertrauensmann verhört. Ihm wurde eröffnet, daß ihm ein Verstoß gegen den § 15 des Soldatengesetzes zur Last gelegt wird:

§ 15 Politische Betätigung

. . . Der Soldat darf insbesondere nicht als Werber für eine politische Gruppe wirken, indem er Ansprachen hält, Schriften verteilt oder als Vertreter einer politischen Organisation arbeitet.

Mittwoch, 10. Dezember 1975

Alle zehn Kameraden des Sicherungstrupps, von dem der besagte Artikel handelt, werden verhört – ohne Ergebnis.

Die Forderung nach einer Mannschaftsversammlung wird von vielen Kameraden gestellt. Es wird die sofortige Nennung derjenigen verlangt, die versetzt werden sollen.

Eine Unterredung zwischen Kompaniechef und Vertrauensmann ergibt die Zusicherung, daß bis spätestens Montag alle Versetzungen bekanntgegeben werden. Die Frage, ob er, der Vertrauensmann, auch betroffen ist, wurde mit "Ja" beantwortet. Für den nächsten Tag wurde eine Mannschaftsversammlung um 17.30 Uhr angesetzt.

Ein Kreis von Soldaten diskutiert Forderungen für die bevorstehende Mannschaftsversammlung, wie: "Keine Versetzungen ohne Zustimmung der Betroffenen!"

Donnerstag, 11. Dezember 1975

Das Gerücht geht um, daß ein Orientierungsmarsch stattfinden soll. Um 14.30 Uhr: "Alarm", um 16 Uhr werden wir etwa 35 bis 40 Kilometer von Delmenhorst entfernt abgesetzt, die letzte Gruppe kehrt um 2.30 Uhr in die Kompanie zurück.

Um den Vertrauensmann offensichtlich von seinen Kameraden zu isolieren, wird er vom Kompaniechef aus der Marschgruppe seiner Kameraden herausgenommen und als einziger Mannschaftsdienstgrad in eine Gruppe mit vier Unteroffizieren gesteckt.

Der Kompaniechef hatte mit dem Orientierungsmarsch entgegen seiner vorherigen Zustimmung die Mannschaftsversammlung verhindert.

Freitag, 12. Dezember 1975

Durch die Anstrengungen des Orientierungsmarsches und weil damit zu rechnen war, daß zwei Gruppen den Marsch wiederholen sollten, weil sie sich verlaufen hatten, rückten die Ereignisse der Woche in den Hintergrund. Der Kompaniechef genehmigte eine Mannschaftsversammlung für den Montag.

Um 12 Uhr bei Dienstschluß verliest er den Artikel "Offiziere und Mannschaften . . ." aus der KVZ vor der angetretenen Kompanie. In seiner folgenden Erwiderungsrede versucht er die geschilderten Tatbestände zu entkräften. Er behauptet, daß von seiner Seite aus für den betroffenen Sicherungstrupp ein Höchstmaß an Fürsorge geleistet wurde. Man habe uns schließlich ein Feldheizgerät (Ölofen), ein Gefechtszelt und eine Petromax-Lampe (Petroleum) mitgegeben und er sei auch noch in der Kompanie geblieben bis zur Abfahrt der Sicherungstruppe, eine Stunde nach Dienstschluß. **Aber**: Den Ölofen durften wir wegen Feuergefahr, da auf Stroh geschlafen wurde, nicht benützen, bei den mit Stroh ausgelegten Schlafzelten der Offiziere bestand diese Gefahr allerdings nicht, sie wurden mit Öl beheizt. **Und**: In dem besagten Zelt können maximal **fünf Mann** schlafen, wir waren aber mit Unteroffizieren **elf Mann**! Daß die Offiziere im Warmen und die Mannschaften im Kalten saßen, begründete er damit, daß die Offiziere ja schließlich Schreibarbeiten zu erledigen haben und mit klammen Fingern ginge das nicht. Von dem Artikel allgemein meinte er, daß er dazu dienen soll, einen Keil zwischen Mannschaften auf der einen Seite und Offizieren und Unteroffizieren auf der anderen Seite zu treiben.

Angesichts dessen, daß jeder mit einem Pickel oder wer weiß was auf der Schulter uns zu allen Angelegenheiten Befehle erteilen kann – mögen diese noch so widersinnig und der Befehlende ein noch so großer "Schwachkopf" sein: Wir müssen sie ausführen. Und da soll es keine Spaltung zwischen Mannschaften und Offizieren geben – jeder Soldat weiß, daß es anders ist.

Der Beitrag des Kompaniechefs konnte keinen sonderlichen Eindruck auf die Kameraden machen, schon allein deshalb, weil er auf die geschilderten Tatsachen kaum einging.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Herrn Hauptmann Stegmann bedanken, daß er unsere Zeitung und deren Inhalt allen Soldaten bekannt macht, ich möchte ihm vorschlagen, das Verlesen der KVZ zu einer regelmäßigen Einrichtung werden zu lassen. Er wird damit sicher einen guten Beitrag zur Verbreitung der Ideen der Kommunisten leisten.

Montag, 15. Dezember 1975

11.30 Uhr Mannschaftsversammlung, anwesend sind nur rund 30 Kameraden von rund 55 Soldaten, die anderen haben Urlaub, sind abkommandiert und ähnliches.

Tagesordnungspunkt sind die Versammlung, anwesend sind nur rund 30 Kameraden von rund 55 Soldaten, die anderen haben Urlaub, sind abkommandiert und ähnliches.

Tagesordnungspunkt sind die Versetzungen. Nach fünf Minuten erscheint der Kompaniechef auf der Versammlung, auf der eigentlich nur die Mannschaften versammelt sein dürfen, ohne Vorgesetzte. Er erklärt, damit kein falscher Ton aufkommt, die Versetzungen von vier Kameraden finden statt auf Grund von Sicherheitsbedenken, die sich auf Grund einer MAD-Überprüfung ergaben. Weiter meinte er, daß sich diese Versetzungen zwingend aus entsprechenden Sicherheitsbestimmungen ergeben.

Die Ereignisse der vergangenen Woche mit den Verhören von 15 Kameraden und der Spinddurchsuchung und das Auftreten des Kompaniechefs führte zu einer Einschüchterung eines Teils der versammelten Kameraden. Die kurze Zeit (eine halbe Stunde) und die Tatsache, daß der größte Teil des "Ho Jo"-Zuges, als rebellischster Teil der Kompanie, fehlte, verhinderte, daß es zu einem Beschluß gegen die geplanten Versetzungen kam.

Auf der Versammlung gab es drei Strömungen: die Unentschlossenen, dann einige wenige, die offen dagegen auftraten, einen Beschluß zu fassen, aus rechtlichen Bedenken und aus der Haltung, daß man nichts dagegen machen kann und deshalb die Versetzungen hinzunehmen hat. Die dritte Gruppe waren eine Reihe von Soldaten, die aktiv für einen Beschluß gegen die Versetzungen waren. Unter diesen Umständen kam es bisher zu keinem einheitlichen Vorgehen.

Auch wenn die Versammlung keine Einheit herstellen konnte, der Widerstand gegen die Versetzungen ist gerecht und absolut notwendig.

– Keine Versetzungen ohne Zustimmung der Betroffenen!

– Keine Versetzung des Vertrauensmannes! – (ein Soldat, Tech Bat Sw 160)

Koblenz: 3 Strafanzeigen gegen den Pionier G. Bayha

Koblenz. Nach der Verhängung einer Disziplinarstrafe von zehn Tagen Arrest wegen der Teilnahme in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 wurden jetzt drei Strafanzeigen gegen den Pionier Gerhard Bayha gestellt: 1. Anzeige wegen Beleidigung nach § 185 b durch den Kompaniechef der 4./850, der Ausbildungskompanie des Pioniers; 2. Anzeige wegen Gehorsamsverweigerung nach § 20 Wehrstrafgesetz und Meuterei nach § 27 Wehrstrafgesetz vom Kompaniechef der 2./850 und 3. Anzeige wegen Wehrkraftzersetzung nach § 89 Strafgesetzbuch und wegen Verteilen verfassungsfeindlicher Schriften nach § 109 Strafgesetzbuch. Die Anzeigen werden zum Teil mit der angeblichen Mitarbeit an der Koblenzer Militärzeitung begründet und zum Teil mit der o.g. Demonstration.

6 Tage Arrest für Teilnahme an Demonstration gegen Paragraf 218

Lüneburg. Christoph Fietze hat jetzt sechs Tage Arrest wegen seiner Teilnahme in Uniform an der Demonstration in Bonn bekommen. In der Woche vorher sind von der Initiative "Weg mit dem § 218" zirka 200 Postkarten der Komitees an die Lüneburger Bevölkerung verkauft worden und an den Kommandeur des Panzergrenadierbataillons 82, Oberstleutnant von Wedel, geschickt. Auch 32 Soldaten sprachen sich gegen eine Disziplinierung aus. Ein Teil der Kameraden Fietzes hat sich gegen eine eventuelle Absetzung als Vertrauensmann ausgesprochen. Fietze hat Beschwerde gegen die Strafe beim Truppendienstgericht eingelegt.

Leserzuschrift:

Das Kantinenwesen - Teil der Kasernierung

In der letzten KVZ brachte c. eine Einschätzung zur Kantinenreform mit dem Ergebnis, daß diese "Reform" den Soldaten nichts bringt, und "der Kampf . . . gegen ein solches Kantinenwesen wird deshalb nicht mit dieser Maßnahme kleinzukriegen sein."

Als positives Ziel des Kampfes taucht die Forderung nach Selbstverwaltung der Kantinen durch die Soldaten auf. Ich finde, daß c. an die Frage des Kantinenwesens falsch herangeht. Er sieht, daß es Unmut gibt über das Kantinenunwesen und versucht anhand der Kritik an der Kantinenreform positive Ziele zu entwickeln.

Er sieht jedoch nicht, daß das Kantinenwesen insgesamt Ausdruck der Kasernierung und der Entrechtung der Soldaten ist, vielmehr betrachtet er den Kampf gegen Kantinenwucher usw. als losgelöstes Problem.

Was sind die Ursachen für die Empörung über das Kantinenwesen?

Die entscheidende Ursache für die Empörung über die Kantinen ist, daß der Sold zu gering ist. Zum einen sind wir gezwungen, in den Kantinen zu kaufen (z. B. heißt es im Kasernenbefehl für die Graf Haeseler-Kaserne I/74: " . . . Hiernach sind Genuß- und Nahrungsmittel (Speisen, Getränke etc.) grundsätzlich nicht von außerhalb des Kasernenbereichs zum Verkauf und Verzehr einzubringen, sie sind ausschließlich vom Kantinenpächter der Graf Haeseler Kaserne zu beziehen . . . "). Auf der anderen Seite können wir uns in den Kantinen nur das kaufen, wofür unser Sold reicht – und der reicht für wenig!

Es ist falsch, die Kritik an der Kantine nur unter dem materiellen Aspekt "alles zu teuer" zu führen. Denn die Kantinenpreise sind politische Preise. Politisch deshalb, weil wir per Zwang hier in der Kaserne festgehalten werden, weil der Sold vom bürgerlichen Staat als ein Mittel – das strengste materielle Abhängigkeit bedeutet – eingesetzt wird, um uns politisch zu entrechten und vom Volk zu trennen. Beim Bund wird der Sold festgesetzt, nicht der Wert unserer Arbeitskraft wird uns bezahlt. Wir sollen den Kampf um den Wert unserer Arbeitskraft aufgeben beim Bund ebenso wie alle Kämpfe, die verbunden sind mit den Zielen der Arbeiterklasse und des Volkes. Das ist eine rein politische Zielsetzung des bürgerlichen Staates. Dem treten wir gegenüber mit der Forderung nach Lohnfortzahlung und Beteiligung der Soldaten an den Kämpfen des Volkes, um die erzwungene Trennung vom Volk zu bekämpfen.

Von der Ursache für den Unmut, dem geringen Sold und seiner politischen Bedeutung, ist allerdings bei c. keine Rede. Auch das Kantinenwesen insgesamt stellt er nicht ernsthaft in Frage. In einer Korrespondenz aus Homberg schrieb uns ein Soldat, was nach seiner Meinung das Kantinenwesen bedeutet und wie wir uns dagegen zur Wehr setzen müssen:

"Die Kantine ist ein normales Wirtshaus, privat geführt, zum Teil unter Preisaufsicht der Standortverwaltung (StoV). In den Kantinen wird vor allem gesoffen, gegessen und gespielt. Flipper und Fußball zu vergesellschaften, dürfte schwierig werden. Wenn die Mannschaftsverpflegung nicht gut ist, muß man dagegen etwas unternehmen. Und wenn das Geld nicht reicht zum täglichen Suff, fordern wir nicht, daß die umliegenden Wirtschaften und Discotheken verstaatlicht oder der 'Selbstverwaltung der Gäste' unterstellt werden, sondern Lohnfortzahlung während der Dienstzeit. Außerdem ist es schlecht, sich zu besaufen, kämpfen ist besser. Diese Forderungen (nach Selbstverwaltung der Kantinen durch die Soldaten, r.) sind Mitbestimmungsforderungen, die die Illusion verbreiten, daß sich dadurch an den Zuständen etwas ändern würde. Aber gegen wen wollen wir kämpfen, gegen den kleinen Pächter, der nimmt, was der Markt hergibt, oder für die Abschaffung dieses Systems, in dem Wucher und Preistreiberei tägliche Praxis sind und die es geben wird, solange es dieses System gibt? "

Klar wird, daß das Kantinenwesen ein Mittel ist, um die Soldaten sogar noch in ihrer freien Zeit an die Kaserne zu binden, die Kasernierung auch im "dienstfreien Bereich" durchzusetzen. Es kommt also darauf an, den Kampf gegen das Kantinenunwesen einzureihen in den Kampf gegen die Kasernierung, gegen die bürgerliche Armee insgesamt. Was aber schlägt c. stattdessen vor? Selbstverwaltung der Kantinen durch die Mannschaften.

Was hat es mit dieser Selbstverwaltung auf sich?

Weder können wir durch die "Selbstverwaltung" entscheidenden Einfluß nehmen auf die Preise in den Kantinen, die werden nämlich ausgehandelt in der kapitalistischen Konkurrenz. "Gerechte Preisgestaltung", wie sie besonders von DKP-Soldaten als Aufgabe der Selbstverwaltung genannt wurde, quasi in einem Freiraum, das ist in diesem System nicht möglich. C. regt sich in seinem Artikel über die Kantinenreform darüber auf, daß zwar die Preise für ein Grundwarensortiment festgelegt werden (Waren zur Körperpflege und für den Dienstbedarf) sollen, und zwar "hoheitlich", daß aber wahrscheinlich "der Billigkeit wegen (diese Waren, r.) von niederer Qualität sein werden." Weiterhin beschwert er sich darüber, daß die Mahlzeiten in den Kantinen (außer Gulaschsuppe und Brühe) nicht "hoheitlich" festgelegt seien und somit der "Preisgestaltung" durch den Pächter überlassen sind. Sollten das etwa die Aufgaben der selbstverwalteten Kantinen sein?

Richtig ist zwar, daß die Mannschaftsverpflegung miserabel ist, falsch wäre es, deshalb dafür einzutreten, daß die "Alternativmahlzeiten" in der Kantine billiger werden. Es kommt vielmehr darauf an, die Soldaten zusammenzuschließen dafür, daß sie aus der Mannschaftsküche ein Angebot von besseren, reichhaltigeren und unterschiedlichen Mahlzeiten bekommen. Genauso verhält es sich mit dem "Grundwarenangebot . . . Nicht die Gefahr, daß wir schlechtere Schuhwichse kriegen, sollte uns aufregen, wir müssen vielmehr dafür kämpfen, daß wir die zur Körperpflege und den täglichen Bedarf nötigen Waren umsonst (!) zur Verfügung gestellt bekommen, denn wo gibt es denn so etwas. Man stelle sich einen Betrieb vor, wo sich die Kollegen ihr Werkzeug und die Seife auch noch selber kaufen müßten. An diesen Punkten müssen wir den Kampf aufnehmen und als entscheidenden Punkt die Forderung nach Lohnfortzahlung verankern."

Man sieht, wo man hinkommt, wenn man das Kantinenwesen nicht als einen Teil der Kasernierung begreift, in dem Artikel von c. deutlich: nämlich zu Mitbestimmungsparolen, die nichts grundsätzlich ändern, sondern nur auf eine bessere Verwaltung der Kantinen hinauslaufen. c. kritisiert an dem Reformwerk nicht die scheinheilige Mitbestimmung, nicht das Kantinenwesen insgesamt, sondern bloß, daß die neuen "Heimbewirtschaftungsausschüsse" die Mitbestimmung der Soldaten gerade nicht gewährleisten, weil die Soldaten (vertreten durch ihre Vertrauensleute) unterrepräsentiert seien.

So aber liegt das Problem doch gar nicht.

Die Kantinenfrage politisch betrachten

Offensichtlich kommt es darauf an, die Kantinenfrage unter dem Gesichtspunkt der Kasernierung, d. h. politisch zu betrachten und nicht materiell (gegen den Wucher). Wenn die Soldaten an die Kaserne gebunden werden sollen (sogar per Befehl, wie man am Beispiel der Graf Haeseler Kaserne sieht), so müssen wir dafür eintreten, daß sich die Soldaten mit der Bevölkerung verbinden, ihre freie Zeit mit gewerkschaftlichen und politischen Gruppen zusammen verbringen, ihr Bierchen in den Jugendhäusern trinken usw. "Kämpfen ist besser", schreibt der Homberger Soldat. Recht hat er. Aber zum Kämpfen braucht man keine Kantine. Und wenn man innerhalb der Kaserne einen Ort zu Beratung und Versammlung der Soldaten braucht, dann muß das nicht die Kantine sein. Kämpfen und Siege erringen kann man nur auf einer richtigen Grundlage. Die Linie der Selbstverwaltung der Kantinen ist meines Erachtens falsch, da sie auf Mitbestimmungsparolen hinausläuft.

Richtig ist es, bei der Empörung über das Kantinenwesen auszugehen von der Forderung nach Lohnfortzahlung und von dort aus Kämpfe gegen schlechte Verpflegung usw. einzuleiten. – (r., Kassel)

Spanien: Das Regime manövriert in engen Grenzen

Einzelheiten über das Programm der neuen spanischen Regierung sind zur Zeit noch nicht bekannt. Doch heißt es, die Männer der neuen Regierung, der ersten Regierung der Monarchie, seien in ihrer Mehrheit für eine "kontrollierte Öffnung": "Das Programm dieser Männer beinhaltet die Gewährleistung der demokratischen Freiheiten durch schrittweise Reformen der geltenden Verfassung Francos." (Süddeutsche Zeitung, 12.12.)

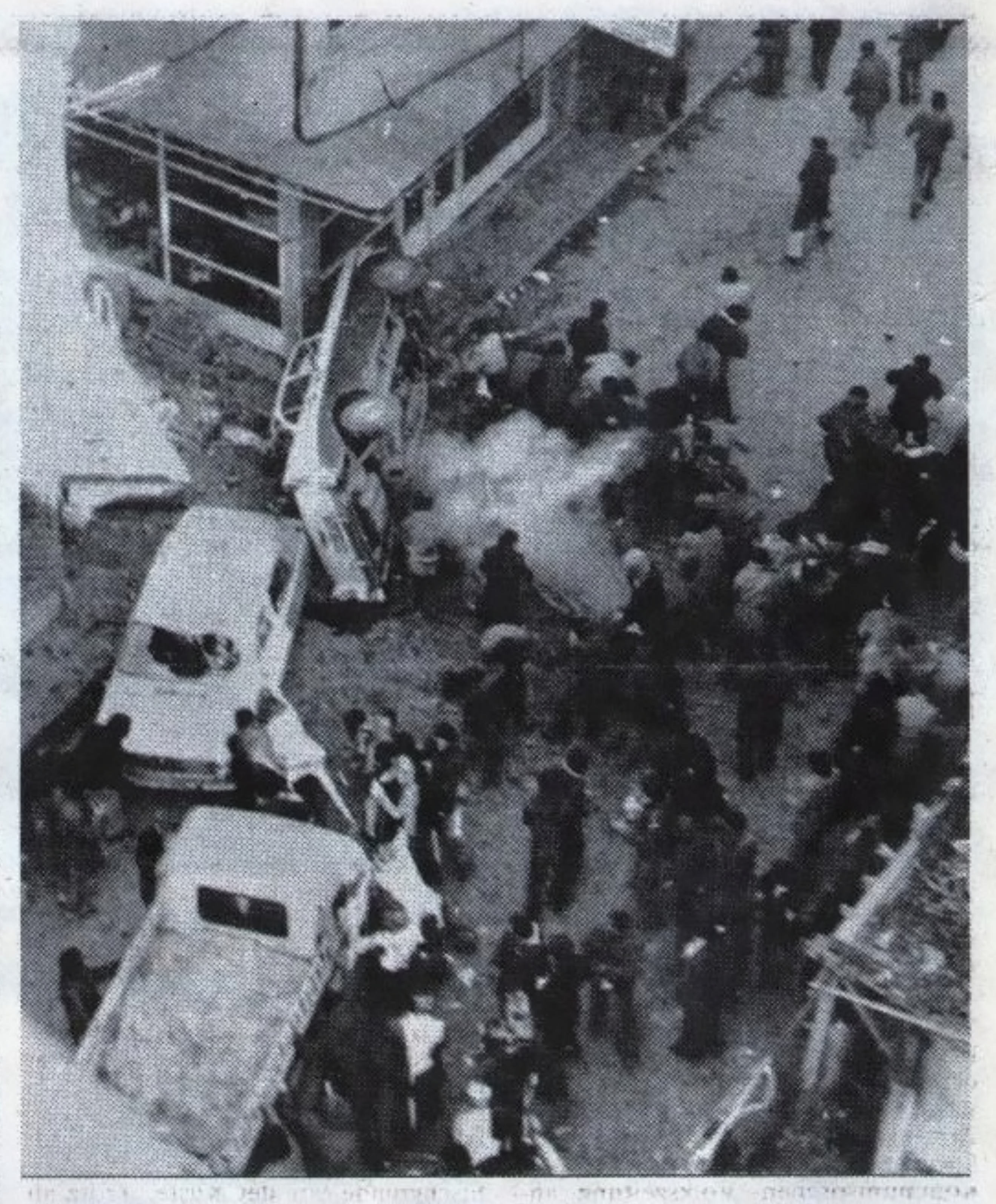
Unter dem Franco-Regime hat es keinerlei Freiheiten für die Arbeiterklasse und die Volksmassen gegeben. Im Gegenteil. Das Volk wurde mit den brutalsten Mitteln unterdrückt. Jeder Gedanke an Freiheit war unter Strafe gestellt und jede freiheitliche Regung wurde mit Polizeistiefeln zertreten. Die "Verfassung Francos" schreibt die Todesstrafe vor für alle, die den Kampf aktiv gegen dieses Terrorregime führen. Die "Verfassung Francos" sieht für die Volksmassen die totale Kontrolle und Überwachung vor.

Kein Wunder, daß diese "Verfassung Francos" bei den spanischen Volksmassen verhaßt ist, daß die Volksmassen trotz des herrschenden Terrors den Kampf gegen das Franco-Regime aufgenommen haben.

Einige Beispiele: Die Arbeiterklasse Spaniens führt seit Beginn des Franco-Regimes den Kampf für eigene, selbständige und unabhängige Gewerkschaften. Diese für die Arbeiterklasse unverzichtbaren Organisationen und der Kampf dafür stehen unter Strafe. Das Franco-Regime befahl die Mitgliedschaft aller Arbeiter in den faschistischen Zwangsgewerkschaften, die vollständig in der Hand des Regimes waren und unter der Kontrolle der Kapitalisten Kontrolle stehen. Ebenso wie die Gewerkschaften sind die politischen Organisationen der Arbeiterklasse verboten. Alle politischen Parteien und Organisationen, in denen die Arbeiterklasse und die Volksmassen vor und während des Bürgerkriegs organisiert waren, wurden von dem Franco-Regime nach Beendigung des Bürgerkriegs sofort verboten. Zugelassen war nur die faschistische "Nationale Bewegung" als einzige Organisation. Der Kampf um Organisationsfreiheit hat niemals aufgehört in Spanien. Gegen das faschistische Ständeparlament, die Cortes, deren Abgeordnete teils von Franco, teils vom "Nationalrat" und zum geringeren Teil von den Haushaltsvorständen bestimmt wurden, hat das Volk niemals aufgehört, das allgemeine Wahlrecht zu fordern. All diese Forderungen sind jetzt in der vergangenen Woche und in der gegenwärtigen Woche breit auf den Straßen in den Städten Spaniens erhoben worden. In zahlreichen Städten haben Demonstrationen stattgefunden und finden weiterhin statt. In vielen Betrieben wurde und wird gestreikt, nachdem für den 11.12. ein Generalstreik angekündigt war. Ihre aktuelle Zuspitzung findet die Bewegung, in der die Arbeiterklasse die Hauptkraft stellt, in der Forderung nach sofortiger Beseitigung des Lohnstopps, nach Generalamnestie und in der Forderung nach demokratischen Freiheiten. Die Studenten an den Universitäten fordern völlige Rede- und Informationsfreiheit. Sie versammeln sich zu Tausenden trotz Verbot und Polizeieinsatz.

Überall in Spanien zeigen die Volksmassen heute, daß sie kämpfen können und wollen. Der Druck von unten ist stark. Die neue Regierung sucht nach einem Ventil, um Dampf abzulassen, bevor der Kessel platzt. In welche Klemme sie dabei gerät, zeigt ihr Vorgehen in der Frage der Amnestie. Die geforderte Amnestie wurde nur sehr eng durchgeführt: Ein sehr kleiner Teil der politischen Gefangenen wurde entlassen. Das gab neuen Protest. Und noch während der Demonstrationen gegen die enge Begrenztheit der Amnestie wurden ebensoviel Menschen wieder verhaftet, wie vorher freigelassen worden waren. Die Polizei schlug so hart zu wie in Franco-Zeiten. Der Arbeiterführer Camacho etwa wurde bereits acht Tage nach seiner Freilassung wieder verhaftet. Inzwischen ist er wieder freigelassen. Die Regierung laviert in höchsten Nöten.

Die neue Regierung, die von dem alten Ministerpräsidenten, Arias Navarro, geführt wird, setzt sich mehrheitlich aus solchen Ministern zusammen, die sich für die von der Monarchie beabsichtigte Gangart eignen: Es sind das Männer, die allesamt bereits vom Franco-Regime einmal verschlissen worden sind. Besonders heraus ragt dabei der neue Innenminister Fraga Iribarne, der unter Franco sieben Jahre lang Zensurminister war. Wenn ein Mann auf dem Posten den Ruf eines "Liberalen" bekommt, dann hat er im Lavieren gegenüber den Volksmassen einige Kunststücke vollbracht: Man kann ihn zum Polizeiminister berufen, wie eben geschehen. Franco hatte mit diesem jetzt ernannten Minister bereits in den 60er Jahren seinem Regime einen liberaleren Anstrich zu geben versucht. Aus Furcht vor den Volksmassen, die das "Lockern der Zügel", das "Öffnen" anders verstanden, hatte Franco das Scheitern dieser Politik feststellen müssen und die "liberaleren" Minister ausgewechselt. Anders als Franco hat die Monarchie diese Wahl heute nicht mehr: Der Druck der Arbeiterklasse und der werktätigen Volksmassen ist so stark geworden, daß sie darauf mit einer "Öffnung" von Ventilen antworten muß. Zugleich aber sind ihren Möglichkeiten, eine "Öffnung" durchzuführen, sehr enge Grenzen gesetzt. Jeder Millimeter Spielraum wird von den Volksmassen genützt, um sich über die gesetzten Grenzen hinwegzusetzen. – (gj)



Der faschistische Terror in der Türkei nimmt zu: Straßenkämpfe in Istanbul

Türkei: Terror gegen das Volk

In der Türkei nehmen Verfolgung und faschistischer Terror gegen fortschrittliche und oppositionelle Menschen zu, seitdem die sozialdemokratische Ecevit-Regierung von der Koalition der vier rechten Parteien unter Demirel vor etwa einem Jahr gestürzt wurde. Das berichtet ein Türke in einer Zuschrift. Weiter beschreibt er:

"Alle fortschrittlichen Menschen auf dem Land und in den Städten sind den Angriffen der Regierung und der faschistischen Schlägertruppen der an der Regierung beteiligten Parteien ausgesetzt. Oppositionelle Beamte, besonders Lehrer, werden versetzt, geschlagen und ermordet. Bisher wurden sechs Lehrer auf dem Land von Schlägertruppen (ähnlich der SS im "Dritten Reich") erschossen. Zahlreiche Landbesetzungen und Streiks werden durch Einsatz der Armee und Polizei brutal zu verhindern versucht. Bisher wurden über 70 Studenten und Arbeiter auf offener Straße, in der Universität und vor den Fabriken erschossen.

Alle Täter, obwohl sie bekannt sind, wurden nicht gefaßt. Am 4. Dezember wollten über zehntausend Studenten und Arbeiter an der Beerdigung eines der am 3. Dezember auf der Straße ermordeten Studenten teilnehmen. Da griff die Polizei ein und es gab zwei Stunden lang eine Straßenschlacht. Die Läden und Autos an der Straße wurden ruiniert, zahllose Arbeiter und Studenten wurden verhaftet. Fast jeden Tag sterben einige Revolutionäre, es finden Verhaftungen statt. Besonders stark sind die Angriffe auf die kurdische Bevölkerung. Vor kurzem sind die Einwohner eines ganzen Dorfes vor den Übergriffen der Polizei in die Berge geflüchtet.

Obwohl ein heftiger Kampf in der Türkei tobt und die faschistischen Überfälle große Ausmaße angenommen haben, ist in der BRD rein gar nichts darüber zu hören. Das liegt an den handfesten Interessen des westdeutschen Imperialismus in der Türkei. Nachdem die Amerikaner dort unerwünscht sind, sind die BRD-Imperialisten an ihre Stelle getreten. Und sie sind sehr bemüht, daß die Türkei unter der Herrschaft des Westens bleibt. Besonders aus deshalb, weil die Sozialimperialisten in der Türkei Fuß fassen wollen und zuletzt die faschistische Regierung mit einem 2-Milliarden-Kredit gestützt haben.

UNO fordert Unabhängigkeit von Französisch Somaliland

Der Kolonialausschuß der UNO hat Frankreich aufgefordert, der Kolonie Französisch Somaliland in Ostafrika die Unabhängigkeit unverzüglich und ohne Bedingungen zu gewähren. Die Resolution wurde mit 94 Stimmen verabschiedet.

Island ruft UNO-Sicherheitsrat an

In einer Beschwerde an den UNO-Sicherheitsrat klagt Island die "bewaffnete Aggression britischer Kriegsschiffe in isländischen Gewässern" an. Zum dritten Mal innerhalb der letzten sieben Jahre operierten britische Kriegsschiffe illegal in Territorialgewässern Islands. Entstanden ist der Streit dadurch, daß die britischen Fischereikapitalisten die Plünderung der isländischen Fischgründe nicht aufgeben wollen und ihnen jetzt die britische Flotte dabei Schutz gewährt gegen die gerechtfertigten Maßnahmen Islands zur Abstellung dieses Diebstahls. Nachdem Großbritannien die Kriegsschiffe bisher nicht abgezogen hat, wurde von Island jetzt offiziell der UNO-Sicherheitsrat angerufen. (Süddeutsche Zeitung, 15.12.)

USA klagen über die UNO

Als die PLO vor dem UNO-Sicherheitsrat auftreten konnte, bekam der US-Delegierte Daniel Patrick Moynihan einen Herzanfall. In einer Debatte über den Vorwurf, daß die Amerikaner militärische Stützpunkte auf den karibischen Jungferninseln unterhielten, bemerkte er: "Die Vollversammlung der Vereinten Nationen ist zum absurden Theater geworden." Absurd sei der Vorwurf, weil auf den Inseln nur "eine mit drei Mann besetzte Küstenwache unterhalten würde". (Süddeutsche Zeitung, 13./14.12.) Ablenken will er davon, daß es darum geht, die imperialistischen Supermächte aus allen ihren militärischen Stützpunkten auf fremdem Boden zu vertreiben. Mulmig wird ihm noch sein von der Abstimmung der UNO-Vollversammlung gegen die US-Basen auf Guam, und jetzt meint er, mal auftrumpfen zu können. Nach der Niederlage in Indochina hat der US-Imperialismus die "zweite Verteidigungslinie" zur Sicherung der US-imperialistischen Interessen in Südostasien und im Pazifik ausgebaut und die Insel Guam spielt darin eine wichtige Rolle. So wurden von hier zum Beispiel die ununterbrochenen Bombenangriffe gegen Vietnam geflogen. Mit 89 gegen 32 Stimmen bei 6 Enthaltungen hat nun die UNO-Vollversammlung die amerikanischen Militäreinrichtungen auf Guam als unvereinbar mit der UNO-Charta erklärt. Moynihan meinte jedoch, "die Bewohner der Inselgruppe hätten bisher keine Opposition gegen die Militäreinrichtungen gezeigt ... Das Recht der USA, auf ihrem eigenen Territorium Militärstützpunkte zu unterhalten, stimme mit dem Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung überein, das in der UNO-Charta ausdrücklich festgehalten sei." (Süddeutsche Zeitung, 10.12.) Was die US-Imperialisten so als ihr "eigenes Territorium" kreuz und quer in der Welt ansehen, interessiert allerdings die Völker immer weniger, und immer lauter schallt ihnen entgegen: "Ami go home!"

Papierarbeiterstreik in Griechenland

Am 25. November ist in Griechenland der 85-tägige Streik der Arbeiter der papierverarbeitenden Industrie zu Ende gegangen.

Erreichen konnten die Arbeiter eine 20-26 % Lohnerhöhung (vor dem Streik lag der Tageslohn bei ca. 15 17 DM), die Einstellung aller während des Streiks Entlassenen, die Bezahlung aller Streiktage. Über die Regelung der 15 % Zulage wegen gesundheitsgefährdender Arbeit wird noch verhandelt. Der Kampf der Papierarbeiter ist gerade deshalb so wichtig, nicht nur weil die Streikenden diesen Marathon-Streik unter schwierigsten Bedingungen durchstehen konnten, sondern auch weil dort zum ersten Mal Forderungen gegen den Staat und die Kapitalistenklasse erhoben wurden, die soziale Befreiung propagiert und die Notwendigkeit der Organisierung aller Arbeiter gefordert wurde. Es sind ebenfalls Kampfformen und Solidarität entwickelt worden, die einmalig in der neueren Geschichte der griechischen Arbeiterbewegung sind.

Die Beziehungen zwischen der BRD und Israel

Auch in Israel versucht der BRD-Imperialismus, dem angeschlagenen US-Imperialismus zu Hilfe zu kommen, um sich einen größeren Anteil an der Ausbeutung der arabischen Völker zu sichern. Das konnte Genscher bei seinem kürzlichen Besuch nicht genug betonen. In einer Tischrede am 27.11. an seinen "lieben Freund Yigal", gemeint ist der Außenminister Allon und früherer Führer der berüchtigten zionistischen Terrorbande "Palmah", betonte er "wie eng und intensiv unsere Beziehungen inzwischen geworden sind", gemeinsam werden sie entschlossen "der Gleichsetzung von Rassismus und Zionismus" entgegentreten und sich "gegen den Terrorismus in allen seinen Formen" stellen, "auch in seinen geistigen Anfängen". Eine gemeinsame deutsch-israelische Wirtschaftskommission wurde gebildet, um westdeutsches Kapital besser an der Ausbeutung der arabischen Völker partizipieren lassen zu können und andererseits mit Steuergeldern der westdeutschen Arbeiterklasse und des Volkes besser zur Erhaltung der Bastion Israel beizutragen. Die chauvinistische Aufhetzung der Jugend soll dieses imperialistische Projekt sichern. In der Tischrede heißt es weiter: "Der Jugendaustausch für das nächste Jahr ist erst vor wenigen Tagen in der Sitzung der deutsch-israelischen Kommission mit dem Ziel besprochen worden, die Wirkung der Austauschprogramme weiter zu steigern.

Wir alle wissen, im Austausch zwischen der Jugend unserer beiden Völker, im gegenseitigen Kennenlernen und Verstehenlernen liegt die beste Gewähr dafür, daß die vertrauensvollen Beziehungen, die wir aufzubauen im Begriffe sind, in die ferne Zukunft reichen." (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 28.11.75)

Die Zukunft gehört jedoch den Völkern, sie werden den Imperialisten und Zionisten einen Strich durch die Rechnung machen, wie die jüngste Entwicklung zeigt. (hl)

Tokio. Fast eine Million japanische Arbeiter des öffentlichen Dienstes führten vom 26. November an einen 10 tägigen Streik durch, um ihre Forderung nach Recht auf Streik durchzusetzen.

Oman: 4 Stützpunkte der britischen und iranischen Armee befreit

In der Frankfurter Rundschau stand kürzlich die Erklärung eines hohen britischen Offiziers, bis Ende Dezember werden die "Rebellen" in Dhofar erledigt sein. Am 10. 12. erreichte uns telefonisch folgende Erklärung der PFLO:

"Seit 11 Jahren und mit jeder neuen Offensive, die sie starten, verkünden die Imperialisten, daß in wenigen Wochen die Revolution zerschlagen sein würde. So auch dieser britische Offizier, dem die BRD-Presse bereitwillig ihre Spalten zur Verfügung stellt. Dem stehen die politischen und militärischen Siege der Revolution entgegen. In den letzten 6 Wochen ist es den Truppen der Volksbefreiungsarmee gelungen, 4 Stützpunkte der iranischen und britischen Truppen zu befreien. Alle befinden sich im westlichen Teil der befreiten Gebiete, der an die Demokratische Volksrepublik Jemen grenzt. Es handelt sich um den Stützpunkt Handub, der 60 km von der Küste entfernt im Inneren der Westregion liegt, um einen Stützpunkt nördlich von Dalkut sowie um 2 Stützpunkte südlich von Sarfit."

Kennwort: Druckmaschine für die PFLO
Commerzbank Mannheim
Nr. 325 85 89

Sammlung für den Befreiungskampf des Volkes von Oman

Friedberg. Zugunsten des Befreiungskampfes des Volkes von Oman hat die Sympathisantengruppe des KBW Friedberg eine Bildungsveranstaltung und einen Verkaufsbasar durchgeführt.

Auf dem Basar wurde ein Verkaufserlös von 67 DM erzielt.

Die Sammlung auf der Bildungsveranstaltung und in der Organisation beläuft sich auf 147 DM.

Die Gesamtsumme von 214 DM wird jeweils zur Hälfte für den Wiederaufbau einer zerstörten Schule und die Anschaffung einer Druckmaschine überwiesen.

Duisburg. Zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Oman hat die Hochschulzelle der Sympathisantengruppe Duisburg des KBW während der VDS-Aktionstage einen kleinen Basar an der Gesamthochschule Duisburg gemacht. Lebkuchenbuchstaben wurden gebacken und verkauft, die die Wörter buchstabierten: "Für die Alphabetisierung des omanischen Volkes." Auf diese Weise kamen für die wiederaufzubauende Schule im befreiten Gebiet 60 DM zusammen.

Humanitäre Hilfe Dhofar
Kto-Nr.: 100 4704 305
Bank für Gemeinwirtschaft Westberlin

Mittwoch den 10.12. hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit 88 gegen 0 Stimmen bei 41 Enthaltungen eine Resolution angenommen, die von Algerien vorgeschlagen war. In ihr wird das Recht auf Selbstbestimmung des Volkes von Sahara bekräftigt und die Organisierung eines Referendums dazu durch die UNO gefordert. Gleichzeitig wurde von Tunesien, Marokko und Mauretanien eine zweite Resolution eingebracht, die mit 56 gegen 42 Stimmen bei 34 Enthaltungen verabschiedet wurde und in der eine "Übergangsverwaltung gefordert wird, um die Selbstbestimmung durch freie Konsultationen mit Hilfe eines UNO-Vertreters sicherzustellen". (Süddeutsche Zeitung, 12.12.75)

Diese Übergangsverwaltung soll von Spanien, Marokko und Mauretanien gebildet werden, letztere unterstellen jeweils Vizegouverneur dem spanischen Generalgouverneur.

Damit soll gesichert werden, daß der vom Volk von Sahara erzwungene Rückzug des spanischen Kolonialismus abgelöst wird durch die neuerliche Besetzung durch Mauretanien und Marokko. Davon erhofft sich besonders der US-Imperialismus, daß die Rohstoffvorkommen, insbesondere die größten Phosphatlager der Welt, weiterhin von US-Monopolen ausgebeutet werden können.

Für seine Unabhängigkeit und Selbstbestimmung hat das Volk von Sahara gerade in letzter Zeit seinen bewaffneten Kampf verstärkt. Eine Delegation der Vereinten Nationen am 12. Mai 75 erlebte 15 Massendemonstrationen, in denen das Volk unter Führung der "Volksfront für die Befreiung von Saguia-el-Hamra und Rio de Oro" (FPOLISARIO) seinen Willen zur Unabhängigkeit Ausdruck gab.

Um den imperialistischen Plan durchzusetzen, sind am 12. Dezember marrokanische Truppen in die Hauptstadt El Aiun einmarschiert. Der "Nationalrat von Spanisch-Sahara" verurteilte in einer Botschaft diesen verbrecherischen Akt. *"Marokko besetzt brutal unser Land mit Hilfe Spaniens und Mauretaniens. .. Unser Land ist das Opfer eines entsetzlichen Völkermords durch die marokkanischen Soldateska."* (Süddeutsche Zeitung 13./14.12.)

In Unterstützung der POLISARIO hatte sich am 6. Dezember die von Spanien eingesetzte einheimische Versammlung aufgelöst und einen provisorischen Nationalrat gebildet, der die Befreiungsfront unterstützt. Er tritt für den bewaffneten Kampf bis zur vollständigen Befreiung ein und rief die OAU, UNO und Arabische Liga auf, "ihrer historischen Verantwortung nachzukommen angesichts der Invasion auf dem Territorium Saharas".

Die Frente POLISARIO, die führende Kraft der Revolution, hat den Kampf gegen die Invasionstruppen aufgenommen. Zahlreiche Soldaten aus der ehemaligen spanischen Kolonialarmee sind zum Volk übergegangen. Der Genosse Yusuf Ahmed, Vertreter der Frente POLISARIO, hat im folgenden Interview, das am 4.12. in Frankfurt auf einer Pressekonferenz gegeben wurde, einen Überblick über den Kampf des Volkes von Sahara und seine Ziele. Dieser gerechte Kampf findet weltweite Unterstützung, neben der UNO hat auch die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts ohne fremde Einmischung gefordert.

Unabhängigkeit für West-Sahara

Freiheit und Selbstbestimmung für das Saharauische Volk!

Am 4.12.1975 gab Jussuf Ahmed, Vertreter der "Volksfront für die Befreiung von Saguia-el-Hamra und Rio de Oro" (Frente Polisario) und Mitglied der Kommission für auswärtige Beziehungen der Frente Polisario, in Frankfurt eine Pressekonferenz, auf der Vertreter der Frankfurter Rundschau, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, des Arbeiterkampfs, der Liga gegen den Imperialismus und der Kommunistischen Volkszeitung anwesend waren. Der folgende Bericht stützt sich auf diese Pressekonferenz und die Oktober/November-Ausgabe der Zeitung "Solidaridad y lucha", die von der Union de Trabajadores Emigrantes (U.T.E.) herausgegeben wird.

"Die Behauptung, die westliche Sahara sei Niemandsland gewesen, als die spanische Kolonialisierung begann, ist falsch. Es war ein Land, bewohnt von den Vorfahren der Saharauis, die in Stämmen lebten, ähnlich wie in ganz Afrika üblich vor der Kolonialisierung. Das Land wurde verwaltet von einem Rat bestehend aus 40 Vertretern der einzelnen Stämme. Dieses Komitee erfüllte die Aufgaben der Verteidigung des Landes, des Aufbaus der Landwirtschaft und der Organisierung des Schulwesens. So war es möglich, sich eine lange Zeit gegen die Kolonialisierung, hauptsächlich gegen protugiesische Eindringlinge, die auf der Suche nach Reichtümern und Sklaven waren, zur Wehr zu setzen. Unzweifelhaft hat das saharauische Volk eine eigene Geschichte und Kultur. Was Marokko anbelangt, so waren die Saharauis niemals dem Sultan von Marokko unterworfen, noch waren sie unter mauretanischer Herrschaft. Und was die gegenwärtigen Grenzen der West-Sahara betrifft, so sind diese durch Kolonialverträge festgelegt worden.

Die Spanier kamen Ende des 19. Jahrhunderts ins Land und ihnen gelang es, den Rat zu spalten. Sie paktierten 1848 mit einigen Küstenstämmen und nutzten eine Dürreperiode, wo sich die einzelnen Stämme weiter auf das gesamte Land verteilen mußten, aus, um größere Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen. Seit 1934 ist die spanische Kolonialherrschaft total, der Widerstand der Saharauis wurde durch Bombardierung der Wasser- und Viehbestände niedergeschlagen. 1958 wurde die West-Sahara von Franco zur spanischen Provinz erklärt. Gleichzeitig wurde ein Teil des Gebietes an Marokko, bzw. Mauretanien abgetreten und das Volk gezwungen, in diesen Gebieten zu bleiben. Daher gründeten Marokko und Mauretanien ihren Anspruch auf West-Sahara. Saguia-el-Hamra und Rio de Oro sind äußerst reich an Bodenschätzen: Die reichsten Phosphatvorkommen der Erde, Petroleum, Eisen, Kupfer, Uran, Erdgas und die überaus ertragreichen Fischgründe vor der Küste. Trotz all dieser Reichtümer mußte das saharauische Volk unter der 40-jährigen Kolonialherrschaft Hunger leiden und in größtem Elend leben. Tausende von Saharauis finden keine Arbeit und sind zur Arbeitslosigkeit oder Emigration gezwungen. Und die wenigen, die einen Arbeitsplatz haben, müssen unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten. Z. B. in Bucraa beim Abbau des Phosphats kann man sie mit der Spitzhacke bei 40 bis 50 Grad Hitze inmitten von dichten Staubwolken arbeiten sehen. Dabei erhält ein saharauischer Arbeiter nur halb so viel wie z. B. ein spanischer Arbeiter. Ein großer Teil der Saharauis lebt in Elendsbehausungen, die Kindersterblichkeit ist erschreckend und das Durchschnittsalter der Saharauis unglaublich niedrig. Leicht heilbare Krankheiten wie z. B. das Trachom (eine Augenkrankheit) fordern viele Menschenleben oder hinterlassen Invalidität. Auch Grippe und Bronchitis führen aufgrund der fehlenden Gesundheitsversorgung häufig zum Tod.

Eine andere Folge der verhaßten Kolonialherrschaft ist das Analphabetentum. In 40 Jahren wurden im ganzen Land nur 5 Schulen gebaut, der "Unterricht" ist natürlich in spanischer Sprache. Weder die Muttersprache noch die Geschichte, Sitten und Gebräuche der Saharauis dürfen unterrichtet werden. Dazu kommt noch die Verfolgung derjenigen, die sich gegen diese brutale Unterdrückung auflehnen. Ihnen droht Mord, Gefangennahme, Folter und Exil.

Aber trotz dieser Unterdrückung hat das Volk der Sahara 1967 wieder begonnen, den Widerstand zu organisieren. Zu diesem Zeitpunkt war die Widerstandsbewegung jedoch ideologisch noch gespalten, es herrschte Unklarheit über den Weg des Kampfes, ein Teil hoffte noch auf eine friedliche Einigung mit Spanien, während andere für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes eintraten. Von großer Bedeutung waren die großen Demonstrationen für die Unabhängigkeit vom 17. Juni 1970. In der Hauptstadt El Ayun versammelte sich eine große Menschenmenge. Die spanische Militärpolizei ging mit äußerster Brutalität vor, tötete 40 Saharauis und verhaftete Tausende, unter ihnen auch der populäre Patriot Mohamed Bachir, von dem man seither nichts mehr gehört hat. Damit war klar geworden, daß eine friedliche Lösung nicht möglich war, weil Spanien die gerechten Forderungen der Saharauis mit äußerster Härte unterdrückte. Der Rest der Widerstandsbewegung zog sich in die Berge zurück, um sich dort zu reorganisieren. Am 10. Mai 1973 wurde die "Volksfront für die Befreiung von Saguia-el-Hamra und Rio de Oro" -"Frente Polisario" gegründet, die sich "die nationale Befreiung von jeglicher Art des Kolonialismus und die Verwirklichung der vollständigen Unabhängigkeit" mittels des bewaffneten Kampfes zum Ziel setze. Auf dem 2. Kongreß der Frente Polisario, der vom 25. bis 31.8.74 stattfand, wurde folgendes Programm verabschiedet:

1) Nationale Befreiung von jeglicher Art des Kolonialismus und die Verwirklichung einer vollständigen Unabhängigkeit.

2) Gründung einer republikanischen nationalen Regierung mit effektiver Beteiligung der Volksmassen.

3) Die wahre nationale Einheit verwirklichen.

4) Die fundamentalen Freiheiten der Bürger garantieren.

5) Eine vielseitige nationale Wirtschaft aufbauen. Nationalisierung der Bodenschätze. Durchführung einer Politik der Industrialisierung.

6) Mobilisierung der Massen und Erwecken der Initiative der Massen im Hinblick auf den wirtschaftlichen Aufbau.

7) Gerechte Verteilung der Reichtümer, Aufhebung des ungleichen Niveaus zwischen Stadt und Land.

8) Aufhebung jeglicher Ausbeutung.

9) Dem ganzen Volk ein würdiges Leben garantieren.

10) Dem ganzen Volk das Recht auf Wohnung garantieren.

11) Gleiche politische und soziale Rechte für die Frauen.

12) Nationaler arabischer Unterricht, obligatorischer allgemeine und auf allen Ebenen kostenlose Erziehung und Ausbildung.

Beziehungen mit dem Ausland

1) Mit aller Welt auf der Grundlage der 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz zusammenarbeiten.

2) Das saharauische Volk gehört zur arabischen Revolution und zu den nationalen und demokratischen Befreiungsbewegungen.

3) Unterstützung aller Völker, die gegen Kolonialismus, Neokolonialismus, Imperialismus und Apartheid kämpfen.

Um diese Ziele zu erreichen, muß die Frente Polisario kurzfristig

1) die Volksmassen politisieren, organisieren, sie in die Volksfront eingliedern,

2) die Bande zwischen der Volksrevolution von Saguia-el-Hamra und ihren Verbündeten auf arabisch-afrikanischer Ebene in aller Welt stärken,

3) die nationalen und demokratischen Kräfte zur Verteidigung und Weiterführung der Volksrevolution von Saguia-el-Hamra vorbereiten.

Am 20. Mai 1973, also 10 Tage nach Gründung der Frente Polisario, kam es zur ersten bewaffneten Auseinandersetzung mit der spanischen Militärpolizei. Sie endete erfolgreich mit der Erbeutung einer Reihe von Waffen. Seitdem hat die Frente Polisario eine große Zahl von Siegen errungen. Unter den schwersten Bedingungen der Kolonialherrschaft wurden in den Städten und auf dem Land illegale Volkskomitees gegründet, die den Kampf organisierten. Zusammen mit den bewaffneten Aktionen erfolgte eine Aufklärung und Erziehung der Bevölkerung. Das Franco-Regime hat des öfteren versucht, den Kampf des Volkes zu spalten, so durch das Dokument vom 20. Februar 1973, in dem eine etappenweise Unabhängigkeit versprochen wird.



Kämpfer der FPOLISARIO, der Befreiungsfront von West-Sahara

Kämpfer der FPOLISARIO, der Befreiungsfront von West-Sahara

se Unabhängigkeit versprochen wird.
Ebenso die "Wahlen" vom 10. Juni 1973 und die Gründung von mehreren Parteien, die als Vertreter des Volkes hingestellt wurden, in Wirklichkeit aber reinster Betrug waren und als jämmerliche Fehlschläge endeten wie die sogenannte "Fortschrittliche Revolutionäre Partei". Nach deren Scheitern versuchte es noch einmal mit der "Partei der Nationalen Union der Sahara" (PUNS). Auch diesen Trick durchschaute das Volk, und vor kurzem war in der internationalen Presse zu lesen, daß sich der Chef der PUNS mit den Parteigeldern aus dem Staub gemacht hat. Die "Frente Polisario" ist die einzige Vertreterin des saharauischen Volkes. Jetzt verlegten sich die Spanier vollkommen auf Gewalt. In einem Brief der Frente Polisario an die OAU heißt es: "Die spanischen Militärautoritäten praktizieren z. Zt. einen äußerst scheußlichen Wirtschaftskrieg. Sie schneiden die Lebensmittel-, Medizin- und Wasserversorgung zu den Dörfern ab. Und dies zu einer Zeit, wo Spanien im Ausland seinen Willen, die Region zu verlassen, proklamiert. Der Zweck dieser Kampagne ist, unserem Volk eine Marionettenorganisation (die PUNS) aufzuerlegen, durch die sie ein Regime, das ihren lokalistischen Interessen entspricht, einsetzen wollen. Aber unser Volk hat endgültig den Weg des Kampfes gewählt, um sein Recht auf wirkliche Unabhängigkeit durchzusetzen. "Trotz mehrerer Maßnahmen wie die Vergiftung von Brunnen z. B. ließ sich die Volksrevolution nicht aufhalten. Seit ca. 2 bis 3 Monaten sind 2/3 des Landes befreit. Diese Gebiete werden von den im Kampf entstandenen Volkskomitees verwaltet und von der Volksmiliz geschützt. Die Spanier haben beim Abzug alles Produktionsinstrumente mitgenommen, sodaß der Aufbau sehr schwierig ist. Als erstes wurde der Aufbau der Schulen und des Gesundheitswesens in Angriff genommen sowie ein System der Wasserversorgung organisiert. Die Mitglieder der Volkskomitees sind aus freien, demokratischen Wahlen hervorgegangen und jederzeit abwählbar.

Die Frente Polisario und das Selbstbestimmungsrecht der Saharauis sind international anerkannt. 31 von 35 Mitgliedsländern haben auf der letzten Konferenz der OAU in Kampala für das Recht der Saharauis auf Selbstbestimmung gestimmt. Die OAU unterstützt die Frente Polisario mit Lebensmitteln und Medikamenten. Auch in der UNO ist eine Resolution, die das Recht auf Selbstbestimmung der Saharauis enthält, angenommen.

Allein den Imperialisten, an der Spitze die USA, kann eine solche Entwicklung nicht recht sein. Sie verfolgen ganz spezielle Interessen, Interessen der Ausbeutung der Bodenschätze und Fischgründe. Schon seit langem unterstützen sie Hassan II von Marokko. Das ist Teil ihres Herrschaftsplans über die arabischen Länder. Sie wollen auf alle Fälle verhindern, daß das saharauische Volk seine Unabhängigkeit erlangt, denn damit wäre ein neuer revolutionärer Staat vorhanden und mit ihm für die Amerikaner wachsende Probleme im Nahen Osten und in Nordafrika. So verhandeln im Augenblick die spanische und marokkanische Regierung unter Miteinbeziehung der USA über den Willen des saharauischen Volkes hinweg, als ob dieses überhaupt nicht existieren würde. Was den König von Marokko betrifft, so hat dieser großen Appetit, die Nachbarländer zu verspeisen. In seinen höchsten Träumen fordert er das gesamte Land bis zum Senegal. Heute will er sich über das saharauische Volk hermachen. Zu diesem Zweck vergiftet er sein eigenes Volk mit Expansionsgedanken und falschem Nationalstolz. Der "Friedensmarsch" Hassans ist nichts

und falschem Nationalstolz. Der "Friedensmarsch" Hassans ist nichts
anderes als eine massive Invasion der Sahara im Interesse des Imperialismus. Die spanische Regierung hat beschlossen, ihre Truppen aus der Sahara abzuziehen und das Land den Marokkanern zu überlassen. Als Gegenleistung soll Spanien einen Anteil der Gewinne aus dem Phosphatabbau und die Fischfangrechte vor der Küste erhalten. Man sieht die US-Drahtzieher im Hintergrund deutlich an der Arbeit. Der Plan der Teilung von West-Sahara ist nichts anderes als ein imperialistisches Komplott mit Marokko, Spanien und Mauretanien als Akteuren und den USA als Regisseur. Schon jetzt hat Marokko Fallschirmjäger, Artillerieeinheiten und Panzerbrigaden in West-Sahara. Marokko will dort die Politik des spanischen Faschismus fortsetzen. Dörfer werden verbrannt, Frauen und Kinder getötet.

Der Kampf des sahaurischen Volkes ist ein gerechter Kampf und verdient unsere Unterstützung.

Unabhängigkeit und Selbstbestimmung für das Volk von Saguia-el-Hamra und Rio de Oro!

Anerkennung der Frente Polisario!

Schließen möchte ich mit einem Aufruf der Frente Polisario, der folgendermaßen lautet:

"Ein Volk, durstig nach Gerechtigkeit, erhebt sich, um sein Recht auf Existenz durchzusetzen. Es ist zu allen Opfern bereit, um dieses Ziel zu verwirklichen. Es ruft die Völker der Welt auf, seinen gerechten Kampf zu unterstützen."

Kontaktadresse der "Frente Polisario" in Europa ist:

137 Rue-Saint-Antoine
75004 – Paris

Dort kann man auch das Zentralorgan der Frente Polisario bestellen sowie weitere Auskünfte einholen. – (i. Kommunistischer Studentenbund, Frankfurt/M.)

6 Monate langer Kampf der Massen

In Laos wird die Volksmacht errichtet

Seit dem 2. Dezember ist nach Südvietnam und Kambodscha nun auch in Laos eine Regierung der revolutionären Volksmacht errichtet. Prinz Souphanouvong, Vorsitzender der Patriotischen Front von Laos, ist Präsident der Republik; Kaysone Phoumvihan, der Generalsekretär der Revolutionären Partei des Volkes Neo Lao Haksat und erster stellvertretender Vorsitzender des Pathet Lao, wurde Premierminister.

Der Ausrufung der Volksdemokratischen Republik folgten zwei Wochen andauernde Volkskampagnen zum Kampf "gegen alte Überbleibsel". Die jetzt beendete Monarchie, weit entfernt davon, die "ehrwürdige" Institution zu sein, als die sie die bürgerliche Presse darstellt, war tatsächlich von Frankreich wieder aufgerichtet worden als Instrument der kolonialen Unterdrückung. Der bisherige Premierminister Souvanna Phouma, von der imperialistischen Presse stets als "Neutralist" hingestellt, war tatsächlich die Gallionsfigur einer über zehn Jahre andauernden US-imperialistischen Aggression, die über ein Drittel der drei Millionen Bevölkerung tötete, verwundete oder heimatlos machte.

Mit der Errichtung der revolutionären Volksmacht hat das laotische Volk sich die Möglichkeit geschaffen, sein Land in Unabhängigkeit und im eigenen Interesse selber aufzubauen.

Der folgende Bericht von G.C. Hildebrand schildert die Phasen, die der Kampf des Volkes seit der Bildung der Koalitionsregierung durchlief und in die Errichtung der Regierung der Volksmacht mündete. Er wurde dem "Guardian" vom 17. Dezember entnommen.

Endgültiger Rauswurf der US-Imperialisten

Die Ausrufung der Regierung des Volkes war der Höhepunkt eines angestrengten Kampfes über sechs Monate hinweg gegen den verbliebenen Einfluß der USA und einheimischer Reaktionäre in Laos. Nach der Unterzeichnung des Abkommens vom Februar 1973 über die "Wiederherstellung des Friedens und die Verwirklichung der Nationalen Eintracht" in Laos brauchte es mehr als ein Jahr Verhandlungen, bevor die Provisorische Regierung der Nationalen Einheit im April 1974 gebildet wurde. Eine künstliche Balance wurde hier hergestellt, wo Linke und Rechte gleichermaßen die Kabinettsposten teilten. Jeder Pathet-Laos-Minister hatte einen Stellvertreter von der Königlichen Laotischen Regierung und umgekehrt.

Diese Regelung erlaubte es den Rechten, in den Gebieten der Königlichen Regierung die Kontrolle zu behalten und alle Maßnahmen zu blockieren, die sie nicht akzeptieren wollten. Noch wichtiger war, daß sie die Tatsache ignorierten, daß der Pathet Lao 80 Prozent des Landes verwaltete und eine solide Basis an Unterstützung im Volk hatte. Im Gegensatz dazu war die Königliche Regierung vollständig abhängig von US-Hilfe. Ihre einzige wirkliche Stärke war die von CIA organisierte "Geheimarmee" von "General" Vang Pao, die aus Teilen des Meo-Volkes gebildet wurde.

Unter Bruch des Abkommens von 1973 waren diese "Spezialeinheiten" des CIA nie aufgelöst worden, sondern stattdessen wurden sie in die Streitkräfte der königlichen Regierung eingegliedert. Vang Pao verweigerte auch die Zusammenarbeit mit den Kommissionen, die die Waffenstillstandsgrenzen festzulegen versuchten.

Im vergangenen Frühjahr, als die US-Positionen in Kambodscha und Vietnam zusammenbrachen, versuchte die Rechte in Laos angestrengt ihre Verteidigung zu organisieren. Phoui Sananikone, der die Interessen der Kompradoren-Finanz repräsentierte, und Sisouk Na Champassak, ein Mitglied einer mächtigen Großgrundbesitzerfamilie des Südens, stellten einen Plan auf, dessen offenbares Ziel ein Militärputsch war.

Phoui traf sich mit Offizieren der Königlichen Regierung im Lager Chinaimo außerhalb Vientianes, während Sisouk als Verteidigungsminister für Thai-Hubschrauber sorgte, die Munition herbeischaffen sollten. Vang Phao seinerseits führte Angriffe gegen die Positionen der Volksbefreiungsarmee von Laos.

Aber andere Kräfte waren auch beim Organisieren. Zum ersten Mal wurde der 1. Mai offen in Vientiane gefeiert mit einer großen Volksdemonstration. In den folgenden Tagen wurden führende rechte Persönlichkeiten der Abhay- und Na-Champassak-Familie umgebracht. Innerhalb der Königlichen Armee begannen die Armee-Offiziere und Soldaten ihre Rolle zu diskutieren. Am 9. Mai war es soweit, daß Luftwaffeneinheiten sich geweigert hatten, Sisouks Befehl zum Angriff auf die Truppen des Pathet Lao auszuführen, und führende Rechte begannen, sich über den Mekong nach Thailand abzusetzen und die Reste von zwanzig Jahren US-Hilfe mitzunehmen.

Die US-"Agentur für Internationale Entwicklung" (AID) wurde danach der Brennpunkt der Angriffe der Volkskräfte. Tausende von militanten Soldaten, Arbeiter, Bauern und andere nahmen den Kampf auf. Das AID-Lager in Savannakhet wurde geplündert und die US-Angestellten als Geiseln festgehalten. Die Botschaft in Vientiane wurde besetzt. Die Parole der Studenten war einfach und klar: "Wir wollen Laos für die Laoten!" Arbeiter bei der Luftfahrt führten eine Solidaritätsaktion durch, indem sie einen heimlichen US-Berater mit Namen Peterson aufdeckten und seine Ausweisung forderten.

AID war das Hauptinstrument für die direkte US-Intervention in Laos. 1958 torpedierte die abrupte Streichung aller US-AID-Maßnahmen die erste Einheitsregierung, an der der Pathet Lao beteiligt war. AID finanzierte dann die Regierung von Souvanna Phouma nach der Zerstörung auch der zweiten Nationalen Einheitsregierung 1962. Der AID-Posten war der zweitgrößte Arbeitgeber in Laos und seine tatsächliche Aufgabe war, wie ein US-Beamter im Juni der "Washington Post" gegenüber zugab, "nicht das Leben der gewöhnlichen Laoten zu verbessern, sondern zur Unterstützung der antikommunistischen Kräfte im Land beizutragen".

Nachdem die führenden Rechten im vergangenen Frühjahr nach Thailand geflohen waren, war die Linke innerhalb der Provisorischen Einheitsregierung stark genug, um die Beendigung der zwanzig Jahre andauernden Statthalterschaft der AID in Laos zu fordern. Die Ford-Regierung, durcheinandergewirbelt durch die Niederlagen in Kambodscha und Vietnam, war gezwungen nachzugeben. Die Einrichtungen des AID wurden geschlossen und das amerikanische Personal um mehr als 90 Prozent reduziert.

Der Kampf richtete sich nun gegen die Reaktionäre der zweiten Garnitur, die in der Regierung geblieben waren. Vor Regierungsbüros fingen jetzt Plakate an aufzutauchen, in denen diese karikiert waren. Bald traten die Rechten zurück und leisteten öffentliche Selbstkritik oder, was vielfach der Fall war, flohen einfach nach Thailand. Innerhalb der Königlichen Armee führten Soldaten "Aufstände für Frieden und Gerechtigkeit" durch, um sich mit der Patriotischen Front von Laos zu verschmelzen.

Offiziere und Beamte der Rechten wurden zu Umerziehungskursen bestimmt, wo sie zum ersten Mal konfrontiert wurden mit den Folgen ihrer Komplizenschaft mit den USA. Freiwillige Arbeiter der Mennoniten (US-Sekte), die noch in Laos sind, berichteten, daß die schlimmsten Verbrechern befohlen wurde, Krater auf der Ebene der Tonkrüge, dem Ziel der amerikanischen Terrorbombardierungen von 1968 bis 1969, zu füllen.

Die Kampagne der Volkskämpfe erreichte im August den Höhepunkt. In den Distrikten um die Hauptstadt stürzten Bauern, was von der alten Königlichen Regierung übrig geblieben war. Am 23. August versammelten sich dann 200 000 Menschen am That-Luang-Denkmal in Vientiane, um die Konsolidierung der Volksmacht zum Ausdruck zu bringen. Bei dieser, nach freundlich gesinnten amerikanischen Beobachtern "eindeutigen Feier des Volkes", wurden ein weißer Sarg, der den CIA symbolisierte, und Strohpuppen, die Sananikone und Na Champassak symbolisierten, verbrannt.

"Alles Alte wegwaschen"

"Schmeiß raus, schneide raus und wasch weg die alte Herrschaft!" lautete eine der Parolen bei den Feiern in Vientiane, mit denen in Wirklichkeit eine neue Ordnung errichtet wurde. Unter Benutzung von Lastwagen, die vom AID-Lagerplatz beschlagnahmt worden waren, richtete die Bevölkerung den ersten Busverkehr in Vientiane ein. Das erste Frauenzentrum wurde eingerichtet. Staatliche Geschäfte, die billigen Reis verkaufen, wurden organisiert. Junge Laoten, die erklärten, sie hätten früher "vergessen, was es heißt, Laote zu sein", begannen damit, die Stadt zu reinigen und Gemüse anzubauen, um die Lebensmittelknappheit zu verringern. Auf große Demonstrationen am 12. Oktober, dem dreißigsten Jahrestag des Aufstandes von 1945, der die Unabhängigkeit von Laos erklärte, bereitete sich das Land auf Wahlen für November vor auf Dorf-, Distrikt-, Stadt- und Provinzebene.

Vientiane wählte einen Stadtrat, dem 12 Kader angehören, zwei Arbeiter, zwei Bauern, zwei Soldaten, neun Mitglieder nationaler Minderheiten und fünf Frauen. Damit ist jetzt die Situation für Wahlen im April zur Nationalversammlung vorbereitet. Ehrliche Wahlen für die Versammlung wurden seit 1958 nicht mehr abgehalten, als der Pathet-Lao-Vorsitzende Souphanouvong die meisten Stimmen im Land bekam und zum Vorsitzenden der Nationalversammlung ernannt wurde.

Während die laotische Revolution im Land große Fortschritte in den vergangenen sechs Monaten gemacht hat, ist sie von außen noch wie vor bedroht. Seit Mai haben thailändische Flugzeuge und Kriegsschiffe wiederholt die laotische Grenze überschritten und eine Anzahl von Thai-Agenten konnte entdeckt werden. Ihr Auftrag war offensichtlich, Umerziehungskurse zum Scheitern zu bringen, Verräter zu organisieren, Waffen für sie bereitzustellen und Sabotage auszuführen. Die "Far Eastern Economic Review" berichtet am 5. Dezember, daß jetzt Anstrengungen unternommen werden, Thai-Söldner, die zuvor in Laos gekämpft hatten, und Mitglieder der Armee von Vang Pao, die nach Thailand geflohen sind, zu rekrutieren dafür, daß sie als Agenten nach Laos zurückkehren.

Die Unterentwicklung schlagen

Die Feindschaft der USA ist bereits spürbar in der zweiten Hauptfront der neuen Republik, der wirtschaftlichen Entwicklung. Als ein großes hydro-elektrisches Projekt in Nam Ngum bereit war, in die zweite Bauphase einzutreten, strichen die USA ihre finanzielle Beteiligung. Japan und die Bundesrepublik haben ihre jedoch ausgedehnt, so daß das Projekt wie geplant weitergehen kann.

Obwohl Laos mineralische Rohstoffe und Holz hat, wird Laos von der UNO als eines der 27 ärmsten Länder der Welt geführt. Unentwickelt hat es jetzt als Ausgangsbasis auch noch mit den Zerstörungen eines zehn Jahre langen Krieges fertig zu werden.

Laos hat bereits Erdöl aus China erhalten, Reis von Vietnam, Kleider von Cuba und Transportmittel für die Flüchtlinge von der Sowjetunion. Es erwartet einen wesentlichen Beitrag von den USA als Hilfe bei der Reparatur der Schäden, die die US-Aggression verursacht hat.

Gleichzeitig stützt sich die Volksdemokratische Republik auf das Prinzip des Selbstvertrauens "kum ton aeng", gestützt auf vorhandene Fähigkeiten und Materialien. Um die Reisproduktion zu erhöhen, wird der Einsatz neuer Sorten und Bewässerung gefördert, damit wenigstens zwei Ernten im Jahr ermöglicht werden. 50 000 Familien wurden außerdem dazu überredet, den mit ständigem Nomadisieren verbundenen Brandschwendbau aufzugeben und dafür seßhaften Reisanbau zu betreiben.

Die Volksregierung hat außerdem eine Untersuchung der natürlichen Reichtümer des Landes durchgeführt, um sie zu erschließen, wenn genügend Kapital dafür zur Verfügung steht. Sie erwartet, die Flüsse für Elektrizitätserzeugung nutzen zu können, für den Export nach Thailand. Einige wichtige Eisenerzvorkommen wurden in der Ebene der Tonkrüge entdeckt, die, wie die Regierung glaubt, japanische Industrien interessieren wird. Große Phosphat-Vorkommen wurden bei Vientiane gefunden. Die Holzreserven von Laos sind gleichfalls beträchtlich, und es soll auch Erdöl geben.

Welche wirtschaftlichen Möglichkeiten auch genutzt werden, die neokoloniale Wirtschaft, die Tabak und Kaffee exportierte und amerikanische Zigaretten und Nescafe importierte, hat einen tödlichen Schlag erhalten mit der Vertreibung des AID. Der Weg in die Zukunft liegt, wie der Premierminister Kaysone sagt, "in der sozialistischen Planung", um die "Volksmassen noch wirksamer zu mobilisieren, um den Geist, daß es der Herr ist, zur vollen Wirkung zu bringen" für das Ziel, "ein unabhängiges, geeintes, demokratisches und blühendes Laos" aufzubauen.



Demonstration in Vientiane, der Hauptstadt von Laos

Chile: Erklärung des MIR

Die faschistische Junta in Chile hat am 30. November "im Namen" der "Bewegung der revolutionären Linken" (MIR) ein "Kommunique" verbreitet, in dem die Rede von der "Verurteilung" zweier führender Mitglieder durch die Organisation ist. Mit diesem angeblichen Kommunique des MIR versuchte die Junta die Öffentlichkeit darüber zu täuschen, daß die Schergen der Junta Jagd auf die beiden Mitglieder des MIR machten. Den beiden MIR-Mitgliedern gelang es, sich vorerst in der Botschaft von Costa Rica bzw. der apostolischen Nuntiatur in Sicherheit bringen. Sie warten dort jetzt darauf, ins Ausland ausreisen zu können. Im folgenden eine Erklärung des MIR zu dem Vorgang:

"Am 30. November 1975 verbreiteten die internationalen Presseagenturen in Santiago de Chile eine Nachricht, in der Andres Pascal Allende, Generalsekretär des MIR, und Nelson Gutierrez Yanez, Mitglied der Politischen Kommission des MIR, die sich nach nun mehr als zwei Tage andauernden Hetzjagd in die Botschaft von Costa Rica bzw. die apostolische Nuntiatur geflüchtet haben, vom Zentralkomitee des MIR wegen "Verrat der Partei und der Arbeiterklasse" zum Tode verurteilt worden sein; die Nachricht beruft sich auf eine angeblich offizielle Mitteilung unserer Parteiführung, die der Presse in Chile übergeben worden sein soll.

Diese Nachricht ist haltlos und offensichtlich falsch. Sie ist ein Teil des schmutzigen Planes des Geheimdienstes der Militärjunta, den Widerstand des Volkes zu entmutigen, sowie die Organisation, die wegen ihrer Entscheidung zu kämpfen, in Chile die Hauptlast der Repression zu tragen hat: den MIR.

Diese Machenschaften der Junta schließen sich an die Pläne an, die die Botschaft von Costa Rica aufdeckt hat und die in der vorigen Woche in der europäischen Presse veröffentlicht worden sind, nach denen Andres Pascal Allende aus der Residenz des Botschafters entführt und ermordet werden sollte, wie es von den Terrormethoden dieser Mörderbande paßt.

Solche Manöver bringen trotz allem die Schwierigkeiten zum Ausdruck, die der Junta der MIR und der Volkswiderstand machen.

Wir rufen die internationa le Öffentlichkeit und die Revolutionäre der ganzen Welt auf, ihre Aktionen zur Anklage, Isolierung und Boykottierung der Henker des chilenischen Volkes zu vervielfachen.

Der Volkswiderstand wird siegen!

1. Dezember 1975

(Auslandskomitee des MIR)

Die Länder der dritten Welt bekämpfen die Ausbeutung durch den Imperialismus

Am 16. Dezember begann in Paris die "Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit". Auf der Ministerkonferenz von 19 Vertretern der Entwicklungsländer auf der einen und 8 Vertretern der USA und der westlichen imperialistischen Länder auf der anderen Seite sollen vier Kommissionen gebildet werden für Energie, Rohstoffe, Entwicklung sowie finanzielle und Währungsfragen. Die Kommissionen sollen in etwa zwölf Monaten ihre Ergebnisse einer erneuten Ministerkonferenz zur Beschlußfassung vorlegen.

In der auf der UNO-Sonderkonferenz für Rohstoffragen im April/Mai 1974 verabschiedeten Erklärung heißt es: "Die Früchte des technischen Fortschritts werden nicht gerecht von allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft geteilt. Die Entwicklungsländer, die 70 Prozent der Weltbevölkerung stellen, bringen nur 30 Prozent des Welteinkommens auf. Es hat sich als unmöglich erwiesen, im Rahmen der bestehenden internationalen Wirtschaftsordnung eine gleichmäßige und ausgeglichene Entwicklung der internationalen Gemeinschaft zu erreichen.

In einem System, welches zu einer Zeit geschaffen wurde, da die meisten Entwicklungsländer noch nicht einmal als unabhängige Staaten existierten und welches die Ungleichheit verewigt, vertieft sich die Kluft zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern weiterhin."

Das Verlangen der Entwicklungsländer nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung besteht völlig zu Recht. Die Imperialisten setzen alles daran, um die Auspressung der unterdrückten Länder beständig noch mehr zu steigern. In der gegenwärtigen Situation, da sich die kapitalistische Welt einschließlich der revisionistischen Länder in der ernstesten Wirtschaftskrise seit dem Weltkrieg befindet, wird dies noch bedrohlicher. Allen voran verschärfen die beiden Supermächte ihren Kampf um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Einflußsphären und verstärken ihre Anstrengungen, die Krise auf andere abzuwälzen. Skrupelloser als jemals zuvor beuten und plündern die Imperialisten die Dritte Welt aus.

Im Juni erklärte ein Vertreter der Weltbank, ul Haq, in einem Aufsatz, "daß die Einkommenssteigerung pro Kopf für mehr als zwei Drittel der Menschheit in den letzten zwanzig Jahren (1950 bis 1970) weniger als
Jahren (1950 bis 1970) weniger als
ein Dollar betrug ... die ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung ... bekommen noch weniger als vor zwanzig Jahren. (...) Der Abstand im durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen zwischen reichen und armen Nationen hat sich in diesen zwanzig Jahren unaufhörlich erweitert." Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen betrage 2 400 Dollar in den imperialistischen Ländern, 180 Dollar in der Dritten Welt. "Und alles deutet darauf hin, daß diese Kluft sich immer mehr ausdehnt." (Zitiert nach: epd, Entwicklungspolitik Nr. 7/75) Trotz der Entwicklung der Medizin beträgt die Lebenserwartung nach UNO-Angaben in Afrika 46 Jahre, in der BRD und den USA 71 Jahre.

Die Wirkung der Preisschere

Eine der hauptsächlichen Praktiken der erbarmungslosen Aussaugung der Länder der Dritten Welt ist der ungleiche Tausch durch den billigen Kauf und den teuren Verkauf. In den letzten Jahren verschärfte sich dieser ungleiche Austausch von Tag zu Tag. Auf der UNO-Sondertagung im April 1974 führte der algerische Präsident Boumedienne aus: "Der Preis für die von den Entwicklungsländern am meisten gebrauchten Düngemittel hat sich in der Zeit von Juni 1972 bis September 1973 fast verdoppelt. Diese maßlose Preissteigerung geht allein auf die Industrieländer zurück, die die Düngemittelproduktion auf dem Weltmarkt zu neun Zehnteln kontrollieren." Zusätzlich müßten wegen dieser Preiserhöhung für mehr als sieben Milliarden Dollar Getreide eingeführt werden. Gleichzeitig hat sich der Preis für Weizen auf dem Weltmarkt erhöht. "Vom Juni 1972 bis zum Juli 1973 verdoppelte sich der Weizenpreis, im letzten Halbjahr von 1973 hat er sich fast schon wieder verdoppelt." Noch deutlicher seien die Preise für Industriewaren gestiegen. "Während der letzten drei Jahre hat sich der Preis für Stahl verdreifacht, der für Zement fast vervierfacht; der Preis für Holz stieg um das Zweieinhalbfache, der für Traktoren um das Doppelte – um nur die wenigen Produkte zu nennen, die für die Entwicklung von grundlegender Bedeutung sind."

Die Preise für die Waren, die die Entwicklungsländer dringend brauchen, steigen; die Preise für die Waren, die sie exportieren, haben die Imperialisten über lange Jahre gedrückt. Auf der siebten Sondertagung der UNO im September hat der Vertreter Kameruns darauf hingewiesen: "Die Festsetzung der Preise für Rohstoffe hat sich praktisch hergestellt ohne die Zustimmung der Produzenten dieser Produkte." Und der Vertreter Senegals hatte hinzugefügt: "Der Senegal hat immer die Verschlechterung der Handelsbedingungen angegriffen, als einen schweren Tribut, mit dem wir für das nur scheinbar freie Spiel der Kräfte zahlen müssen."

Am Öl, dessen Preisangleichung die Imperialisten so lautstark verurteilen und bejammern, sah die Preispolitik der Imperialisten so aus: Wie vom Finanzminister des Iran auf der IWF-Jahrestagung am 1. Oktober 1974 zu erfahren war, wurde der Ölpreis zwischen 1947 und 1970 von 2,17 Dollar auf 1,30 Dollar heruntermanipuliert. Auch dem Monatsbericht der Bundesbank vom Februar 1974 kann man entnehmen, daß die Einfuhrpreise für Rohöl von 1962 bis 1970 von 71,30 DM pro Tonne auf 60,11 DM pro Tonne gefallen sind. Bis 1972 betrug die Preiserhöhung gerade ein Prozent.

In seiner zitierten Rede führte Präsident Boumedienne aus: "Der grundlegende Unterschied, der die unterschiedlichen Reaktionen auf die Preiserhöhungen für Düngemittel und Weizen einerseits und für Öl andererseits erklärt, liegt in der Tat darin, daß die Wirkungen der Preiserhöhungen im ersten Fall für die Industrieländer, im zweiten Fall für die Entwicklungsländer spürbar werden."

Immer skrupellosere Ausbeutung fest eingebaut

Die Wirtschaft der Entwicklungsländer ist aus der Kolonialzeit zerstört und völlig einseitig auf den Raubbau der Rohstoffe ausgerichtet.
Raubbau der Rohstoffe ausgerichtet.
1970 produzierten sie 40 Prozent der Eisenerze (ohne UdSSR), doch an der Stahlherstellung sind sie nur mit 4,5 Prozent beteiligt. Sie lieferten 64,5 Prozent des Bauxits, doch an der Aluminium-Herstellung mußten sie sich mit 6,5 Prozent begnügen. 93 Prozent ihres Zinns bezogen die westlichen Imperialisten aus der Dritten Welt, doch nur 11 Prozent wurden dort verbraucht. (Nach: Le Monde Diplomatique, 12. Januar 1974)

75 Prozent der Exporterlöse haben die Entwicklungsländer aus Rohstoffausfuhren, nur etwa 6 Prozent aus Fertigwaren. Mehr als die Hälfte der Länder erzielten mehr als 50 Prozent ihrer Exporterlöse aus einem einzigen Rohstoff.

Bis Mitte des Jahres ist z.B. der Kupferpreis auf etwa 20 Prozent des Preises von 1970 gefallen. Man kann sich leicht vorstellen, was das für ein Land wie Sambia bedeutet, das etwa 80 Prozent seiner Erlöse aus Kupfer erzielt.

Durch diese einseitige Abhängigkeit ist im "freien Welthandel" die Progression der Ausbeutung fest eingebaut. Für jede Tonne exportierten Rohstoff erhalten die unterdrückten Länder wegen des ungleichen Tauschs, wie er an der Preisschere erkennbar wird, weniger Industriewaren oder Nahrungsmittel. Um die Verschlechterung der Austauschverhältnisse auszugleichen, müssen die Entwicklungsländer ihren Export steigern. Mit jeder Tonne, die sie mehr exportieren, steigert sich aber automatisch die Ausplünderung, jede Ausdehnung des Handels bewirkt automatisch eine höhere Ausplünderung. Die Ausbeutung wächst mit einer Rate, die der Verschlechterung der Ausfuhrverhältnisse, multipliziert mit der Ausdehnung des Handels, entspricht.

Von 1955/56 bis 1968/69 stiegen die Exporte der Entwicklungsländer um 32 Prozent. Ihre Deviseneinnahmen aber stiegen nur um 13 Prozent, und berücksichtigt man die Abwertung dieser Devisen um 15 Prozent in dieser Zeit, so blieb von der Exportsteigerung nichts an Einnahmen. (Der Spiegel Nr. 18/72 und 16/72) Ein Viertel des Exports wurde diesen Ländern also schlicht geraubt – einige Hundert Milliarden DM.

Die Imperialisten erzwingen die Schuldknechtschaft

Im letzten Jahr betrug der Verlust der Handelsbilanz der Entwicklungsländer nach Angaben des letzten Jahresberichts des GATT 40 Milliarden Dollar, ein Jahr zuvor 18 Milliarden Dollar. Im ersten Halbjahr 1975 erreichte der Handelsbilanzüberschuß der USA gegenüber den asiatischen und lateinamerikanischen Entwicklungsländern 3,2 Milliarden Dollar, der Überschuß der Sowjetunion betrug 1964 gegenüber den Entwicklungsländern 1,36 Milliarden Dollar. (Peking Rundschau Nr. 39/75) So treiben die Supermächte den Ausverkauf der Dritten Welt voran und zwingen sie zur Verschuldung und unters Joch der Zinsknechtschaft. Von 1961 bis 1969 stiegen die Schulden von 69,6 Milliarden DM auf 190,1 Milliarden DM. Chile z.B. mußte 1972 Schulden in Höhe von 35 Prozent seines Volkseinkommens zurückbezahlen. (Der Spiegel Nr. 18/72 und 16/72) Die jährliche Zinslast beträgt gegenwärtig rund 9 Milliarden Dollar. Von der Sowjetunion ist bekannt, daß sie sich selbst die Getreidelieferung an das hungernde Indien 1973 innerhalb von fünf Jahren zurückzahlen läßt. Nach Angaben einer Studie der NATO (Kölner Stadtanzeiger vom 23. Oktober) waren sowjetische Kredite mit der Verpflichtung verbunden, nur im "Rubel-Bereich" einzukaufen. 1973 seien die Rückzahlungen der Dritten Welt genauso hoch gewesen wie die Zahlungen.

Besondere Bedeutung hat, daß die beiden Supermächte ihren Waffenexport gewaltig gesteigert haben und die Dritte Welt damit überschwemmen. 1974 kassierten die USA dafür 11 Milliarden Dollar, dreimal so viel wie 1973. (Kölner Stadtanzeiger, 31. Oktober) Die Sowjetunion verkaufte für 5,5 Milliarden Dollar Rüstungsgüter, mehr als doppelt so viel wie ein Jahr zuvor. (Peking Rundschau Nr. 39/75)

Gesetzmäßig erweitert der "freie Welthandel" die Abhängigkeit der unterdrückten Länder. 1950 hatten die Entwicklungsländer noch einen Anteil am Weltexport von 32 Prozent, 1960 nur noch 21 Prozent und 1971 noch 17,5 Prozent.

Kapitalexport

Dem Warenexport läßt die Finanzbourgeoisie, die in den imperialistischen Ländern herrscht, den Kapitalexport folgen, der wiederum den Warenexport stützt, die Ausplünderung mittels Warentausch ergänzt durch die Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung und die wichtigsten Bereiche der Wirtschaft direkt in Besitz nimmt. Der Kapitalexport vollendet wirtschaftlich gesehen die Unterwerfung der Menschheit unter ein paar Finanzkapitalisten.

Durch ihre ökonomische Überlegenheit vernichten sie die bescheidene einheimische Industrie und das Handwerk, unterwerfen sich ganze Länder und saugen sie aus. Zwischen 1958 und 1967 kamen 45 Prozent der Investitionen der 187 wichtigsten US-Firmen in Lateinamerika durch Aufkauf lateinamerikanischer Firmen zustande. 1972 gingen allein in Sao Paulo 4 777 kleine und mittlere Betriebe pleite, 778 wurden von ausländischen Kapitalisten zu Spottpreisen aufgekauft.

Von den riesigen Investitionen der US-Firmen in Lateinamerika wurden im Zeitraum 1963 bis 1965 lediglich 9 Prozent mit ausländischen Finanzierungsmitteln bezahlt. Gewaltige Profite besorgten, was über die Ausplünderung durch den Warentausch noch nicht erreicht wurde. 1961 bis 1970 flossen 3,2 Milliarden Dollar an Kapital nach Lateinamerika, und 10,6 Milliarden flossen in die USA zurück. In einer Untersuchung von 1972 stellte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung fest, daß die Profitrate der US-Konzerne in der Dritten Welt im Schnitt etwa doppelt so hoch sei wie in den USA selbst. Insgesamt seien die Profite aus ausländischen Direktinvestitionen ungefähr doppelt so hoch wie der Neuzugang ausländischer Anlagen. (Stuttgarter Nachrichten, 25. Februar 1972)

US-Firmen kontrollieren fast 30 Prozent des Exports der Entwicklungsländer überall in der Welt. Die Sowjetunion läßt sich da nicht lumpen und betreibt – da sie viel nachzuholen hat – eine große Ausdehnung ihres Kapitalexports mittels staatlicher "Hilfe", "Gemeinschaftsunternehmen", Verkauf veralteter Maschinen zu überhöhten Preisen usw.

Krönung von Raub und Betrug

In der Weltwährungsordnung haben sich die Imperialisten ein wirksames Instrument geschaffen, um ihre Räuberei durch den vollendeten Betrug zu verfeinern. 25 Jahre lang konnte der US-Imperialismus den Kurs des Dollars gegenüber den anderen Währungen künstlich hoch halten und so zu Schleuderpreisen die halbe Welt aufkaufen. Umgekehrt bedeutete dies für die anderen Länder überhöhte Preise für Waren aus den USA. Das ist weitgehend vorbei, doch immer noch hat die Supermacht USA bedeutende Möglichkeiten der Manipulationen durch den Umstand, daß der Dollar als Weltgeld fungiert.

Allein durch die Abwertung des Dollar Ende 1971 hatten die Entwicklungsländer Währungsverluste von 950 Millionen Dollar. (Der Spiegel Nr. 18/72 und 16/72) Sie hatten für ihre Rohstoffexporte Dollars erhalten und diese z.T. als Währungsreserve behalten. Jetzt war diese Reserve über Nacht weniger wert geworden.

Durch betrügerische Manipulationen versuchen gegenwärtig die Imperialisten ihre Lieferungen aus den Ländern der Dritten Welt durch weltweite Inflation zu finanzieren und diese noch mehr auszubeuten. Während sich in den fünfziger und sechziger Jahren die offiziellen Währungsreserven um etwa 3 Prozent jährlich erhöht hatten, haben sie nach Angaben der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in den letzten vier Jahren von Ende 1970 bis Ende 1974 um 250rozent zugenommen. Die Imperialisten handeln im Weltmaßstab genauso wie es im nationalen Maßstab eine Regierung tut, die die Notenpresse in Gang setzt, um ihre Aufrüstung zu finanzieren.

Sie produzieren Geldscheine, hinter denen wertmäßig nichts steht außer dem Staatswappen der USA, um Rohstoffe oder Fabriken in fremden Ländern einzukaufen.

Auf wen der Schwindel zielt, läßt sich leicht erkennen, wenn man die Zusammensetzung der Währungsreserven nach Gold und Devisen (vor allem Dollar) ansieht. Die westlichen Imperialisten hielten im September 1974 knapp 28 Prozent ihrer Reserven in Gold, die Entwicklungsländer aber lediglich 5 Prozent, für den Rest waren sie mit Dollars betrogen.

Das Rückgrat der alten Weltwirtschaftsordnung

Das sind die Tatsachen. Die alte internationale Wirtschaftsordnung bedeutet Räuberei durch die Imperialisten und vollendeter Betrug durch die Währungs- und Finanzordnung.

"Die Bundesregierung bekennt sich zum freien Welthandel und lehnt Forderungen nach einem weltweiten Dirigismus ab." Dies erklärte dieser Tage Staatssekretär Hermes, Leiter der deutschen Delegation bei der Pariser Tagung. Er hielte es "für einen grundlegenden Irrtum, anzunehmen, daß die marktwirtschaftliche Ordnung nur zugunsten der Industrieländer arbeite. Diese Ordnung, richtig verstanden, nützt allen Staaten." – Hat man da noch Worte? ! Da ist hundertfach erwiesen, daß diese "marktwirtschaftliche Ordnung" für den Großteil der Menschheit stetige Verschärfung der Knechtschaft bedeutet, und dieser Herr redet davon, diese "Annahme" dürfe man nicht machen, die Unterdrückten müßten ihr "Verständnis" von ihrer Armut ändern. Die Tatsachen weisen diese "Argumente" als imperialistische Räuberpistolen aus.

In Wirklichkeit kann sich diese Ordnung nur erhalten durch skurpellose finanzielle und wirtschaftliche Erpressung und durch eine starke Armee. Was sollte jedes beliebige Land der Dritten Welt hindern, das Joch abzuschütteln, das ausländische Kapital zu enteignen, ein Außenhandelsmonopol zu errichten und eine unabhängige Wirtschaft aufzubauen? Letztlich hindert sie die Bedrohung durch die imperialistische Armee. Weshalb auch die Supermächte so großen Wert auf eine tüchtige Flotte legen und weshalb auch die imperialistischen Staaten der Zweiten Welt ihre Expansion unter dem Schutz der Supermächte betreiben. Die BRD könnte keine Invasionstruppen "zum Schutz des Eigentums ihrer Staatsbürger" schicken, wenn etwa Honduras kurzerhand seine ausländischen Schulden streichen würde. Die Sowjetunion und die USA können das, die eine aus "antiimperialistischer Solidarität", die andere aus Liebe zu "Freiheit und Demokratie".

Scheinbar können die Supermächte und die Imperialisten mit den Ländern der Dritten Welt machen, was sie wollen. Aber der Schein trügt. Was außer vielleicht den Kunststoffbezügen könnte von einem Auto nicht hergestellt werden, wenn nicht die Rohstoffe geliefert würden? Wenn die Imperialisten die Möglichkeit der riesenhaften Ausbeutung der Dritten Welt genommen wäre, wie sollten sie da ihre Herrschaft weiter aufrechterhalten?

Die Befreiung der Dritten Welt ist unaufhaltsam

Der selbständige und bewaffnete Kampf der Völker hat in der jüngsten Zeit großartige Fortschritte gemacht. Das Signal zur Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung ging aus von der Angleichung der Ölpreise im Oktober 1973. In diesem Jahr haben sich zum ersten Mal die Austauschverhältnisse zugunsten der Dritten Welt verschoben. Zum ersten Mal stieg ihr Anteil am Weltexport weiter. Durch eine Reihe von UNO-Beschlüssen und eigene mutige Maßnahmen haben sie der Forderung nach Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung Nachdruck verliehen.

Die Vorbereitung der Pariser Konferenz wirft ebenfalls ein Licht auf diese Entwicklung. Es gelang, Keile zwischen die Imperialisten zu treiben und einzelne gegen die Supermacht USA zu stellen. Schon die Anregung zu der Konferenz war gegen den Willen der USA. Diese wollten nach der Ölpreisangleichung die westlichen Imperialisten in der Welt-Energie-Agentur um sich und gegen die OPEC scharen. Doch Frankreich blieb fern und schlug stattdessen die Dialog-Konferenz vor. Auf der ersten Vorkonferenz zu Jahresbeginn schließlich wollten die USA nur "Energie-Fragen" auf der Konferenz behandelt wissen, um so die unterdrückten Länder zu spalten in solche mit und ohne Öl. Die Entwicklungsländer haben da nicht mitgemacht und beharrten darauf, daß es nicht ums Öl, sondern um eine neue Weltwirtschaftsordnung geht. Die erste Vorkonferenz endete ohne Ergebnis. Doch auf der zweiten Vorkonferenz im Oktober mußten die USA zurückstecken. In der Zwischenzeit hatte die siebte UNO-Sondertagung nochmal das Verlangen nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung bekräftigt, und die USA mußten dies als Thema für die Pariser Konferenz zulassen. Die "Nachrichten für den Außenhandel" bemerkten dazu am 24. Oktober, die USA hätten sich damit am weitesten von ihrer früheren Position entfernt. Ihr Chefdelegierter erklärte dazu: "Nicht wir haben uns geändert, sondern die Welt hat sich in den letzten Monaten geändert, so daß wir uns anpassen mußten."

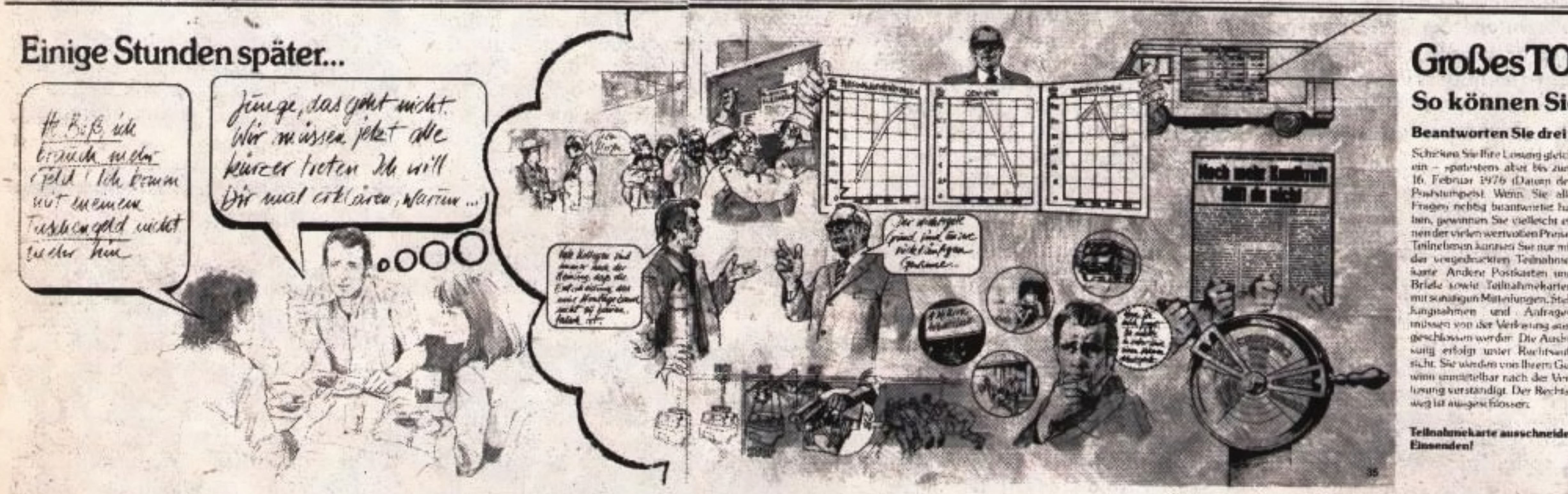
Tiefe Risse beschleunigen diesen "Anpassungsprozeß". Bekanntlich hat es in Rom heftigen Krach unter den Regierungschefs der EG gegeben. Die Briten wollten sich nicht einer gemeinsamen Delegation unterordnen, weil sie als zukünftiges Ölland andere Interessen hätten. Regierungschef Wilson hatte sogar behauptet, sein Land könne Mitglied der OPEC werden. So bemerkt jetzt das "Handelsblatt" vom 11. Dezember: "Die EG geht auf Krücken zum Pariser Dialog." Eine Einigung sei nur möglich gewesen durch "sehr allgemein gehaltene Formeln". Die Kumpanei der Imperialisten geschieht immer nur zum Zwecke der Stärkung gegenüber den Konkurrenten. Die Risse bereits vor Konferenzbeginn bieten gute Aussichten für die Länder der Dritten Welt, den Gegner zu schwächen und besonders die USA zu isolieren.

Die Entwicklungsländern fordern vor allem das Recht, die ausländischen Monopole zu enteignen, den Rohstoffpreis an die Preise der Industriewaren anzugleichen und gegen Schwankungen zu schützen, sowie eine Änderung der Währungsordnung. Die Imperialisten setzen jetzt darauf, daß sie es in Paris nur mit 19 Ländern zu tun hätten und nicht mit allen wie in der UNO. Da ließe sich vielleicht leichter erpressen. Für die zu bildenden Kommissionen wollen sie am liebsten gar keine Festlegungen. Die Entwicklungsländer werden darauf drängen, daß sie klare Aufträge erhalten, entsprechend den in der UNO gefaßten Resolutionen. Sie lassen sich nicht mehr vertrösten und sie beginnen ihre Kraft zu entfalten.

Überlegte sich in der neuesten "Wirtschaftswoche" der CDU-"Experte" Todenhöfer den Versuch, "die Entwicklungsländer davon zu überzeugen, daß ausführliche Diskussionen auf weiteren Konferenzen nötig seien". Und er antwortete sich selbst: "Nur glaube ich, daß die Entwicklungsländer dieses Spiel inzwischen durchschauen." – (fb)

Der Fall Tornado

Mercedes Benz gegen Klassenbewusstsein zu tauschen



Großes TORNADO-Preisausschreiben!

So können Sie gewinnen – ausfüllen, mitmachen!

Beantworten Sie drei Fragen.

Teilnehmerkarte

1 Welches ist die wichtigste Voraussetzung für einen dauerhaften Aufschwung in der Wirtschaft?

2 Durch den Lohnabschluß in der Metallindustrie Anfang 1975 sind die Tariflöhne um 6,8% erhöht worden. Um wieviel Prozent sind 1975 im Vergleich zum Vorjahr die Personalkosten pro Stunde in den Unternehmen der Metallindustrie gestiegen?

(a) 6,8% (b) 8,8% (c) 10,4%

3 Wieviel Prozent Nettogewinn vom Umsatz (nach Abzug der Steuern) hatte die LASTAG 1974?

(a) 1,6% (b) 2,6% (c) 6,5%

Teilnahmekarte ausschneiden. Einsenden!

In der "Einsicht" des Vorarbeiters Alfred Müller: "Wir müssen jetzt alle kürzer treten", gipfelt eine poppige Broschüre, die in großer Auflage in zahlreichen Kieler Betrieben, unter anderem auch in der MaK, von den Betriebsleitungen verteilt wurde. Mit dieser Broschüre versucht das "Institut der deutschen Wirtschaft" (Propagandainstitut des BDI), den Kollegen am Fall eines fiktiven Unternehmens aus der Automobilbranche die Konjunkturpolitik des Kapitals zu verkaufen:

"Die Unternehmer brauchen unbedingt eine Kostenpause. Dann können sie sich wieder erholen, bessere Gewinne machen, wieder mehr investieren. Mit einem Wort: Wir müssen etwas für die Gewinne tun, um die Arbeitsplätze zu sichern." (Seite 32)

Der Leser wird aufgefordert, sich ein eigenes Urteil zu bilden, das heißt zu wählen zwischen Lohnpause und Arbeitslosigkeit. Um ihm das Lesen schmackhaft zu machen, ist die ganze Broschüre als Preisausschreiben aufgemacht. Wenn man erkennt, daß die hohen Lohnabschlüsse an der Krise schuld sind, daß die Gewinne zu wenig und die Löhne zu stark gestiegen sind, dann winken Gewinne vom Mercedes Benz 200 bis zur Kleiderbürste.

Mit der Einsicht: "Wir müssen jetzt alle kürzer treten", die der Vorarbeiter Alfred Müller, "38, verheiratet, 2 schulpflichtige Kinder", im kollegialen Gespräch mit dem Betriebsleiter Walter Kuhnke, "55, verheiratet, ein Sohn, der zur Zeit seinen Wehrdienst ableistet" (Seite 4) gewinnt, wird der Eindruck erweckt, als ob alle, Arbeiter wie Kapitalisten, im gleichen Boot sitzen, das von einer wie eine Naturgewalt hereinbrechenden Wirtschaftskrise gebeutelt wird. Gemeinsame Anstrengungen sind nötig, um das Schiff vor dem Untergang zu bewahren. Aber es macht schon einen Unterschied, ob man in einer Galeere auf der Ruderbank sitzt oder auf der Brücke, ob man nur seine Ketten zu verlieren hat oder eine Schiffsladung Beutegüter. Wenn der Sturm zu stark wird, zögern die Kapitalisten keinen Augenblick, einen Teil der Besatzung zu opfern, um ihre Beute in Sicherheit zu bringen: "Wenn die Auftragslage nicht besser wird und unsere Anlagen nicht auf Dauer nicht ausgelastet werden, dann bleibt uns gar nichts anderes mehr übrig, als einen Teil der Kapazitäten endgültig abzubauen und Leute zu entlassen." (Seite 10)

Kürzer treten soll allein der Arbeiter, denn "heute kommt eben keiner mehr an der Erkenntnis vorbei, daß bessere Gewinne die wichtigste Voraussetzung für einen dauerhaften Aufschwung der Wirtschaft sind." (Seite 26)

Aber damit nicht genug, die gegenwärtigen "wirtschaftlichen Schwierigkeiten" werden den überdurchschnittlich gestiegenen "Personalaufwendungen", bedingt durch übertriebene Lohnforderungen, angelastet. Der Arbeiter ist schuld an der Krise, drum muß er sie jetzt auch auf seinen Schultern austragen.

Das sind, abgesehen von einer ganzen Reihe kleiner Boshaftigkeiten und Seitenhiebe wie: Kurzarbeit als Zusatzurlaub, den das Arbeitsamt bezahlt (mit den Beiträgen der Arbeitslosenversicherung!), die Hauptaussage der Broschüre. Sie ist ein Teil der massiven Propagandawelle der Kapitalisten und ihres Staates gegen die Forderungen der Arbeiterklasse in den kommenden Lohnrunden, die darauf abzielt, die Arbeiterklasse zu verunsichern und zu spalten, um ungestraft den Reallohn abzubauen.

Aber die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist weder ein Naturereignis noch Folge übertriebener Lohnforderungen der Arbeiterklasse, sondern elementarer Ausdruck der kapitalistischen Produktionsweise, des Widerspruchs zwischen der gesellschaftlichen Produktion und privater Aneignung der Produkte durch die Kapitalisten.

Die gesellschaftliche Produktion, wie in dieser Broschüre die Lastwagenproduktion, ist nicht geplant. Es steht nicht im Mittelpunkt die Frage, wieviel LKWs braucht die Gesellschaft, um ihre Güter zu transportieren, sondern die Frage, werfen die LKWs Profit ab oder nicht. Jeder einzelne Produktionsprozeß, sei es der Bau von LKWs oder Nähmaschinen, wird vom jeweiligen Kapitalisten bestimmt, der aufgrund seines privaten Eigentums an den Produktionsmitteln, also ihm gehörenden Gebäuden, Maschinen usw. in dieser Gesellschaft das staatlich garantierte Recht hat, nach seiner Willkür und seinen Zielen produzieren zu lassen.

Da also die Produktion nicht geplant ist und jeder Kapitalist darauf aus ist, seinen Profit zu machen, wird wie toll produziert mit dem Ergebnis, daß die Waren (wie in diesem Beispiel die LKWs) auf Halde produziert werden.

Der Ausweg der Kapitalisten aus der Krise ist dann allemal "Lohnabbau" für den Arbeiter und "mehr Gewinne" für sich selbst. Frei nach dem Motto: "Wir müssen etwas für die Gewinne tun, um die Arbeitsplätze zu sichern." (S. 32)

Für die Gewinne tun die Kapitalisten dann alles, Rationalisieren, die Löhne drücken – bloß sicherer werden die Arbeitsplätze nicht.

Die Broschüre endet damit, daß die Familie des Vorarbeiters Müller bei Tisch sitzt und der Sohn vom Vater mehr Taschengeld möchte. Vorarbeiter Müller: "Junge, das geht nicht. Wir müssen jetzt alle kürzertreten."

So wünschen es sich die Kapitalisten. Die Kapitalisten wollen der Arbeiterklasse vorgaukeln, daß es in der Krise allen Unternehmern gleich schlecht geht. Das ist aber nicht so. Die großen Kapitalisten machen auch in der Krise ihren Schnitt. Mit dem Rücken an der Wand kämpfen die kleinen und mittleren Unternehmen und ihre Zukunft ist nicht gut. Das nutzen die Großkapitalisten und ihre Vertreter in Staat und Regierung, um der ganzen Arbeiterklasse den Reallohn zu kürzen und unter das Existenzminimum zu drücken. Die Arbeiterklasse wird sich darauf nicht einlassen und für die Erhaltung ihrer Lebensbedingungen kämpfen.

Vorarbeiter Müller, der vom Betriebsleiter morgens mit Handschlag begrüßt wird und in seiner korrumpierten Stellung ganz und gar nicht ein durchschnittlicher Arbeiter ist, wird die Preisfrage: "Welches ist die wichtigste Voraussetzung für einen dauerhaften Aufschwung in der Wirtschaft?" sicher im Interesse der Kapitalisten beantworten und sagen:

"Lohnverzicht und mehr Gewinne für die Unternehmer", die Arbeiterklasse wird dagegen aber sagen: "Enteignung der Kapitalisten und Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, wo nach den Bedürfnissen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes produziert wird." – (dg, gb, Stadtteilzelle Friedrichsort, Ortsgruppe Kiel)

Für Trennung von Kirche und Staat

Veranstaltung zum Kirchenaustritt eines Pfarrvikars in Worms

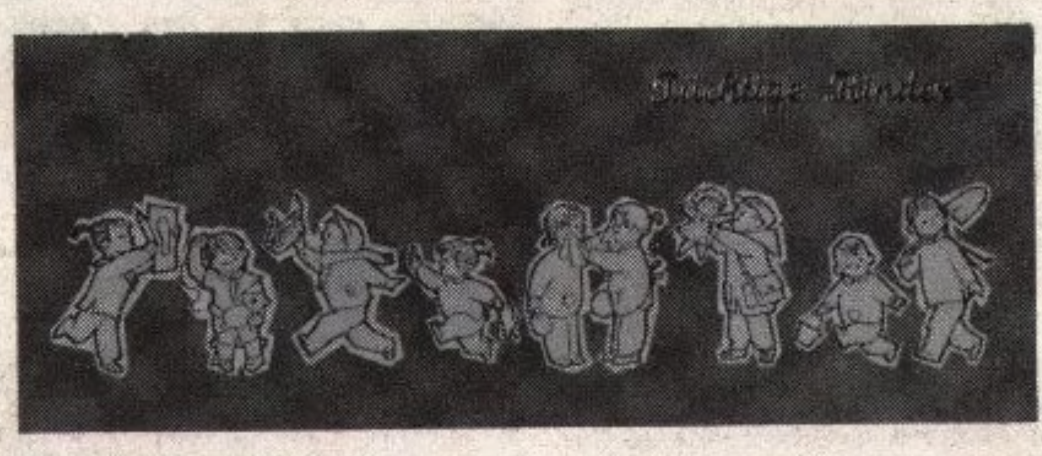
Warum bedeutet Kommunist zu sein und gleichzeitig Pfarrer zu sein einen unüberbrückbaren Gegensatz? Warum kann ein Kommunist dem Kampf der Arbeiterklasse zur Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung als Pfarrer nicht nützen, sondern nur indem er mit der Religion bricht und den Kampf gegen Religion und Kirche aufnimmt? Und unter welchen Forderungen muß dieser Kampf geführt werden? Um diese Fragen ging es auf einer Veranstaltung der Kommunistischen Gruppe Worms zum Kirchenaustritt von Rainer Kessler, der seit einem halben Jahr Pfarrvikar in Worms war.

Auf ganz materielle Weise bindet die Kirche die Arbeiterklasse und das Volk zunächst an sich: durch ihre sozialen Einrichtungen, deren Trägerschaft ihr staatlich zugesichert werden. Über 50 Prozent der sozialen Einrichtungen für Kinder wie Kindergärten, 80 Prozent der Altenheime und -pflegeeinrichtungen und 33 Prozent der Krankenhäuser werden von der Kirche getragen. Die Gelder gibt der Staat: Über 90 Prozent ihrer Ausgaben bestreiten die Kirchen über direkte Zuwendungen des Staates aus Steuergeldern, nur 10 Prozent Anteil haben Kirchensteuern und Spenden. Welches Interesse hat der Staat an dieser engen Zusammenarbeit mit der Kirche? Das eine, direkte Interesse ist das Interesse des Staates an der Spaltung der einen Million kirchlichen Angestellten in den Sozialdiensten von den übrigen 3,5 Millionen Arbeitsbeschäftigten im öffentlichen Dienst, deren geschlossene Front er fürchtet. Als "Tendenzbetriebe" hat er die Sozialdienste der Kirchen ausgenommen von allen Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes. Die Mitarbeiter sind also völlig rechtlos, und die Kirche hat freie Hand für Einschüchterung und gesteigerte Arbeitshetze in Namen der "christlichen Nächstenliebe". Die Arbeiterklasse und das Volk vom Kindergarten bis zum Altenheim, von der Geburt bis zum Tod in ideologischer Umklammerung durch die Kirche zu halten ist das hauptsächliche Bestreben des Staates. Denn die Ideologie der Kirche ist die Ideologie der herrschenden Klasse, und die Erziehung der Arbeiterklasse im Geiste der christlichen Religion dient dazu, sie ruhig und gefügsam zu halten. Der Wirklichkeit, dem Leid und Elend, den Klassengegensätzen, dem Klassenkampf setzt sie das Außerirdische, Gottes unergründlichen Ratschluß, die Gleichheit der Menschen vor Gott, die Nächstenliebe und Versöhnung entgegen. Das schlimmste Elend deckt sie mit Mildtätigkeit zu. Deswegen besteht zwischen Kommunismus und Religion ein radikaler Gegensatz: Der Kommunismus, der aus der Erkenntnis der Klassengesellschaft und ihrer Gesetzmäßigkeiten zum organisierten Kampf für ihre Abschaffung eintritt, und der Religion, die die Wirklichkeit vernebelt und zu großen allgemeinen Einigkeit aufruft. Eben deshalb wurde der Genosse Kessler für die Kirchenleitung unerträglich, als er als Bündnis von Kirche und Staat mißachtend bei der Erhöhung der Kindergartenbeiträge öffentlich die Ausplünderung der Volksmassen durch den bürgerlichen Staat anprangerte. Und als er eine Jugendarbeit anfing, in der sich die Jugendlichen statt mit Erbauung und Beschäftigungstherapie mit den Ursachen ihrer schlechten Lage und den Kampfmöglichkeiten dagegen zu beschäftigen begannen. Und weil ein Kommunist nicht den Blick der Arbeiterklasse auf ihr revolutionäres Ziel, den Sturz der Ausbeuterordnung und den Aufbau des Sozialismus lenken kann, um ihn als Pfarrer durch die Religion wieder zu vernebeln, hat Genosse Kessler den Austritt mit der Kirche und der Religion gebrochen. Das haben die Menschen auf der Veranstaltung schnell verstanden. Sie berichteten über ihre Lage: Einem 68-jährigen Rentner, schwer gezeichnet von einem Leben in den Fabriken und Armeen der Kapitalisten und nicht mehr in der Lage, für sich allein zu sorgen, war vom Sozialamt eine Putzhilfe abgelehnt worden. Ein junger Arbeiter schilderte die Wohnsituation in den "vorübergehenden Notunterkünften", die schon seit vierzig Jahren stehen und an denen schon lange nichts mehr gemacht wird. Und immer wieder wurde die unerträgliche Staubbelästigung durch das Möbelwerk Kübel angeprangert, das den Holzstaub einfach in die Luft bläst. In einem waren sich alle einig: Auf Hilfe kann man da nicht hoffen, weder vom Staat noch von der Kirche.

Die Revisionisten von der DKP witterten da eine Gelegenheit. Sie priesen an, was sie mal hier gegen die Staubbelästigung, mal dort für ein paar neue Fensterläden gemacht hatten: alles fest auf dem Boden des Grundgesetzes und ja kein Wort vom Sozialismus dabei verlieren. Die anwesenden Kirchenleute spendeten Beifall, denn das entspricht ganz ihrer Linie: mal hier ein Trostpflästerchen, mal dort etwas Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe. Aber nicht an den Grundlagen rütteln, dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Die anwesenden Arbeiter waren mit den Revisionisten so unzufrieden wie mit den "sozial" eingestellten Kirchenleuten. Schließlich stellen die Arbeiter diejenige Klasse dar, die allen Reichtum dieser Gesellschaft produziert und deshalb auf niemandes Wohltätigkeit angewiesen ist. Sie nahmen nicht der Staat. Und so kam immer wieder die Frage an die Kommunisten: "Was tut ihr, was schlagt ihr vor? " Wir Kommunisten waren überrascht über die großen Erwartungen, die in uns gesetzt wurden. Wir hatten die Massen unterschätzt. Wir verfielen aber nicht in den Fehler, uns nach der Absage an die Revisionisten und die Kirchenleute als die besseren sozialen Fürsorger anzubieten, sondern wir stellten dar, wie wir begonnen haben, den politischen Kampf zu organisieren: daß wir für die Möbelfabrik Kübel eine Betriebszelle aufbauen und das des Stadtteils weiterarbeiten werden und mit den Jugendlichen einen Kommunistischen Arbeiterjugendbund aufbauen wollen. Der Kampf der Jugendlichen gegen die Bevormundung durch die Kirche, auf deren Räume sie noch angewiesen sind, ist gegenwärtig zusammengefaßt in den Forderungen nach Räumen, in denen sie ein Programm ihrer Wahl mit einem Leiter ihrer Wahl durchführen können. Unterstützt wird ihr Kampf gegen die kirchliche Bevormundung durch die Resolution, die zum Abschluß der Veranstaltung mit großer Mehrheit – bei Gegenstimmen der Kirchenleute und Enthaltung der Revisionisten – angenommen wurde: "Die auf der Veranstaltung der Kommunistischen Gruppe Worms anläßlich des Kirchenaustritts von Rainer Kessler Versammelten beschließen folgende Forderungen: Vollständige Trennung von Kirche und Staat! Alle religiösen Vereinigungen ohne Ausnahme werden vom Staat als private Vereine behandelt. Sie verlieren jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und jeden Einfluß auf Schulen und sonstige öffentliche Einrichtungen."

Die Diskussionen nach der Veranstaltung zeigten, daß wir die richtigen Vorschläge gemacht hatten. Die Frage nach unserer Politik stand überall im Vordergrund. Des Programm des KBW, die Kommunistische Volkszeitung und die Broschüre "Religion – Opium des Volkes" wurden in großer Anzahl verkauft. – (l., Kommunistische Gruppe Worms)

Kinderbücher aus China



Ein funkelnder roter Stern

120 Seiten Best.Nr.: 88G-122 Preis: DM 0,85

Die Bildergeschichte schildert, wie der kleine Sohn eines Kämpfers der Roten Armee, der im Heimatdorf zurückblieb, als diese ihren Langen Marsch (1934–35) antrat, unter der Pflege der Parteiorganisation und der Volksmassen alle Prüfungen der revolutionären Kämpfe besteht und zu einem entschlossenen Kämpfer heranreift.

Tüchtige Kinder

36 Seiten Best.Nr.: 88G-118 Preis: DM 1,25

Ein Bilderbuch mit 17 lustigen Episoden aus dem Alltagsleben chinesischer Kinder. Anschaulich widerspiegelt es die sozialistische Moral im heutigen China.

Eine junge Bahnbrecherin

230 Seiten Best.Nr.: 10G-1345 Preis: DM 3,50

Die Kurzgeschichten in diesem Band, zumeist von jungen Leuten geschrieben, vermitteln einen Eindruck in das neue Denken und soziale Verhalten von Chinas junger Generation.

Buchvertrieb Mannheim
6800 Mannheim
Postfach 5129